B e m e r k u n g e n

und

D e n k s c h r i f t

zur Staatshaushaltsrechnung
des Landes Hessen für das
Rechnungsjahr 1949

nebst

B e r i c h t

über die wesentlichen Ergebnisse
der Prüfung von Unternehmen mit
eigener Rechtspersönlichkeit

- Geschäftsjahre 1948 und 1949 -

Übersicht über verwendete Abkürzungen

Verwendete Abkürzung	Die neben bezeichnete Abkürzung bedeutet:
StHO	Hessische Staatshaushaltsordnung vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 91)
RHO	Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 in der nach § 1 StHO gültigen Fassung
RWB	Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden vom 11. Februar 1929
RKO	Reichskassenordnung vom 6. August 1927 in der Fassung der Verordnung zur Änderung der Reichskassenordnung vom 8. Januar 1931.
RRO	Rechnungslegungsordnung für das Reich vom 3. Juli 1929
VKO	Vorläufige Kassenordnung der Hessischen Finanzverwaltung vom 13. Januar 1949
Haushaltsgesetz 1948	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1948 vom 10. Juni 1948 (GVBl. S. 81)
Haushaltsgesetz 1949	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1949 vom 29. August 1949 (GVBl. S. 125)
Haushaltsgesetz 1950	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 vom 10. Oktober 1950 (GVBl. S. 211)
Haushaltsgesetz 1951	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1951 (Haushaltsgesetz 1951) vom 8. August 1951 (GVBl. S. 53)
StHR 1948	Staatshaushaltsrechnung des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1948
StHR 1949	Staatshaushaltsrechnung des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1949
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt für das Land Hessen
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Rechnungshof	Rechnungshof des Landes Hessen
Rj.	Rechnungsjahr
Epl.	Einzelplan
Kap.	Kapitel
Mio	Million(en)
HV	Verfassung des Landes Hessen

Rechnungshof
des Landes Hessen

B e m e r k u n g e n

zur Staatshaushaltsrechnung des Landes Hessen
für das Rechnungsjahr 1949

- § 1 StHO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 bis 4 RHO -

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
A. Einleitung	6
B. Zur Weiterbehandlung der StHR 1948, Allgemeines zur StHR 1949	6
I. Zur Weiterbehandlung der StHR 1948	6
II. Allgemeines zur StHR 1949	6
C. Bemerkungen zur StHR 1949	8
I. Allgemeine Bemerkungen im Sinne von § 107 Abs.1 Nr. 1 RHO	8
a) über den Abschluß der StHR 1949	8
b) über die Übereinstimmung mit den Beträ- gen in den Kassenrechnungen und über die ordnungsmässige Belegung	9
II. Bemerkungen im Sinne von § 107 Abs.1 Nr.2 RHO	10
a) Sammelbemerkung über Abweichungen vom Haushaltsplan	10
b) Einzelbemerkungen über Abweichungen vom Haushaltsplan und über Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen usw. über Einnahmen, Ausgaben und Landesvermögen	11
III. Bemerkungen im Sinne von § 107 Abs.1 Nr.3 RHO	28
D. Vorbehalte für das Rj. 1949 im Sinne von § 107 Abs. 4 RHO	29
I. Allgemeine Vorbehalte	29
II. Einzelvorbehalte	29
E. Aufhebung und Aufrechterhaltung von Vorbehalten für frühere Rje.	31
I. Aufhebung von Vorbehalten	31
II. Aufrechterhaltung von Vorbehalten	33

A. Einleitung

Die folgenden Bemerkungen und Vorbehalte des Rechnungshofs betreffen die Ergebnisse der Staatshaushaltsführung im Rj. 1949. Sie beziehen sich auch auf Angelegenheiten der Staatshaushaltsführung in früheren Rechnungsjahren, soweit dies durch Vorbehalte des Rechnungshofs in seinen Bemerkungen zu den Staatshaushaltsrechnungen für frühere Rechnungsjahre veranlaßt ist.

B. Zur Weiterbehandlung der StHR 1948, Allgemeines zur StHR 1949

I. Zur Weiterbehandlung der StHR 1948

Die Bemerkungen und Denkschrift des Rechnungshofs zur StHR 1948 sind dem Minister der Finanzen mit Schreiben vom 22. Juni 1951 zugegangen und wurden mit einer Stellungnahme der Landesregierung im November 1951 dem Landtag vorgelegt.

Der Haushaltsausschuß des Landtags hat vorgeschlagen: +)

- a) den sich aus den Bemerkungen des Rechnungshofs ergebenden Mehrbetrag der überplanmässigen Ausgaben des ordentlichen Haushalts von 6 862,86 DM (RM) gemäß § 83 RHO nachträglich zu genehmigen,
- b) die Landesregierung wegen der StHR 1948 zu entlasten mit Ausnahme derjenigen Angelegenheiten und Beträge, bei denen vom Rechnungshof in den Bemerkungen über die Prüfung der Rechnungen für das Rj. 1948 ein Vorbehalt gemacht ist.

II. Allgemeines zur StHR 1949

Grundlage für die Haushaltsführung des Landes Hessen im Rj. 1949 war der Staatshaushaltsplan für das Rj. 1949, festgestellt durch das Haushaltsgesetz 1949. Die darin veranschlagten Einnahme- und Ausgabebeträge bilden, weil der Abschluß der StHR 1948 keine in das Rj. 1949 zu übertragende Haushaltsreste und Haushaltsvorgriffe aufweist (siehe dazu § 7 des Haushaltsgesetzes 1949), zugleich das Rechnungssoll

+) Anmerkung: Der Landtag hat in seiner Plenarsitzung vom 13. März 1952 entsprechend beschlossen.

(Gesamtsoll) für das Rj. 1949. Dieses beträgt mithin:

a) bei den Einnahmen des ordentlichen Haushalts	=	1 511 921 000 DM,
bei den Ausgaben des ordentlichen Haushalts	=	1 511 921 000 " ,
b) bei den Einnahmen des außerordentlichen Haushalts	=	66 000 000 " ,
bei den Ausgaben des außerordentlichen Haushalts	=	66 000 000 " .

Die StHR 1949 entspricht in förmlicher Hinsicht den in den §§ 77 und 78 RHO bezeichneten Erfordernissen. Sie ist jedoch sachlich unvollständig, weil ihr entgegen § 79 Abs.1 Nr.4 RHO noch nicht für alle in Betracht kommenden Sondervermögen die erforderlichen Nachweisungen über Einnahmen, Ausgaben und Bestand beigelegt sind. Die wenigen Ausnahmen ergeben sich aus der Anlage zur Rechnung Epl. II (Seite B 110), der Anlage 2 zur Rechnung Epl. III (Seite B 182), der Anlage zur Rechnung Epl. IV (Seite B 378) und der Anlage zur Rechnung Anhang zum Epl. X (Seite B 646). Der Minister der Finanzen hat künftige Beachtung zugesagt. Abgesehen davon hätte es der Rechnungshof für richtig gehalten, wenn die Erlöse für veräußertes unbewegliches Vermögen, die dem Grundstock zugeführt worden sind (187 867,31 DM), auch in die Nachweisung über die Veräußerung landeseigener Sachen und Rechte aufgenommen worden wären. Die der StHR 1949 beigelegte Nachweisung ist insofern unvollständig.

Anl. 1 Einige Druck- und Darstellungsfehler in der StHR 1949 sind in der Anlage 1 näher bezeichnet. Sie beeinflussen das Rechnungsergebnis nicht.

C. Bemerkungen zur StHR 1949

I. Allgemeine Bemerkungen im Sinne von § 107 Abs. 1 Nr. 1 RHO

a) Die StHR 1949 schließt ab

im ordentlichen Haushalt

mit einer Gesamteinnahme von 1 366 782 108,52 DM,
Gesamtausgabe von 1 482 579 989,53 " ,

und einem Überschuß der Ausgabe
über die Einnahme (Fehlbetrag) von 115 797 881,01 DM;
=====

im außerordentlichen Haushalt

mit einer Gesamteinnahme von 47 396 413,45 DM,
Gesamtausgabe von 47 396 413,45 " ,

und einem Ausgleich -, - DM.
=====

Der Vergleich der nachgewiesenen Gesamteinnahmen und
-ausgaben mit den in Abschnitt B II bezeichneten Gesamt-
sollbeträgen ergibt

im ordentlichen Haushalt

Gesamtsoll der Einnahme 1 511 921 000, -- DM,
Gesamtbetrag der nachgewiesenen
Einnahme 1 366 782 108,52 " ,
Wenigereinnahme 145 138 891,48 DM,
=====

Gesamtsoll der Ausgabe 1 511 921 000, -- DM,
Gesamtbetrag der nachgewiesenen
Ausgabe 1 482 579 989,53 " ,
Wenigerausgabe 29 341 010,47 DM;
=====

im außerordentlichen Haushalt

Gesamtsoll der Einnahme 66 000 000, -- DM,
Gesamtbetrag der nachgewiesenen
Einnahme 47 396 413,45 " ,
Wenigereinnahme 18 603 586,55 DM,
=====

Gesamtsoll der Ausgabe 66 000 000, -- DM,
Gesamtbetrag der nachgewiesenen
Ausgabe 47 396 413,45 " ,
Wenigerausgabe 18 603 586,55 DM;
=====

für die beiden Haushalte zusammen

eine Wenigereinnahme von	163 742 478,03 DM,
eine Wenigerausgabe von	<u>47 944 597,02 " ,</u>
mithin einen Fehlbetrag von	115 797 881,01 DM.
	=====

Der Abschluß der StHR 1949 weist keine Haushaltsreste aus. Der Fehlbetrag wäre noch um 21 912 252,71 DM größer und betrüge 137 710 133,72 DM, wenn nicht in der nachgewiesenen Einnahme des ordentlichen Haushalts 3 000 000 DM und in der des außerordentlichen Haushalts 18 912 252,71 DM enthalten wären, die aus dem Überschuß der StHR 1948 herrühren.

Ausgabereste des Rj. 1949 waren gemäß § 7 Abs.1 des Haushaltsgesetzes 1950 nicht in das Rj. 1950 zu übertragen. Haushaltsvorgriffe im Rj. 1949 waren gemäß Abs.2 derselben Vorschrift als überplanmäßige Ausgaben des Rj. 1949 zu behandeln. Über die Abdeckung des Fehlbetrags im ordentlichen Haushalt des Rj. 1949 soll gemäß § 3 des Haushaltsgesetzes 1951 bei der Verabschiedung des Haushaltsplans für das Rj. 1952 entschieden werden.

- b) Die in der StHR 1949 nachgewiesenen Beträge stimmen in Einnahme und Ausgabe mit den Beträgen überein, die in den vom Rechnungshof oder von Verwaltungsbehörden (Rechnungsprüfungsämtern, Vorprüfungsstellen) bestimmungsgemäß geprüften Kassenrechnungen nachgewiesen sind. Das trifft bei den in der Anlage 2 bezeichneten Ausnahmefällen nicht zu. Diese beeinflussen jedoch das Endergebnis der Rechnung nicht.

Anl. 2

Beträge, die nicht ordnungsmässig belegt waren, sind bei der Rechnungsprüfung nicht festgestellt worden, es sei denn, dass entsprechende Einzelbemerkungen aufgestellt sind.

Die vorstehenden Angaben gelten auch für die bestimmungsgemäß vom Präsidenten des Rechnungshofs geprüfte Rechnung über Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofs für das Rj. 1949.

II. Bemerkungen im Sinne von § 107 Abs.1 Nr. 2 RHO

a) Sammelbemerkung über Abweichungen vom Haushaltsplan

Es ist in verhältnismässig vielen Fällen vom Haushaltsplan für das Rj. 1949 abgewichen worden. Einzelheiten darüber ergeben sich für die Ausgabenwirtschaft aus der Anlage I zur StHR 1949 (Seiten 0 1 bis 80). Darin sind für rd. 600 Verbuchungsstellen nachgewiesen

überplanmässige Ausgaben des ordentlichen Haushalts im Betrage von	128 377 393,02 DM,
außerplanmässige Ausgaben des ordentlichen Haushalts im Betrage von	<u>43 045 222,07 " ,</u>
zusammen	171 422 615,09 DM,
überplanmässige Ausgaben des außerordentlichen Haushalts im Betrage von	3 032 172,62 DM,
außerplanmässige Ausgaben des außerordentlichen Haushalts im Betrage von	<u>2 140 000,-- " ,</u>
insgesamt	<u>176 594 787,71 DM,</u> =====

oder rd. 11,5 v.H. aller in der StHR 1949 nachgewiesenen Haushaltsausgaben (1 529 976 402,98 DM). Dabei handelt es sich nicht selten um verhältnismässig hohe Beträge.

Auch im Rj. 1949 wurde die Vorschrift des § 33 Abs.1 RHO, wonach über- und außerplanmässige Ausgaben im Betrage von 10 000 DM und darüber vierteljährlich dem Landtag mitzuteilen sind, nicht beachtet (siehe die Bemerkungen zur StHR 1948 S. 18). Es konnte wiederum nicht festgestellt werden, ob bei den Haushaltsüberschreitungen und außerplanmässigen Ausgaben in allen Fällen die nach § 33 RHO erforderliche Zustimmung des Ministers der Finanzen vorlag. Der Minister der Finanzen hat in seiner Stellungnahme zu den Bemerkungen zur StHR 1948 ausgeführt, dass künftig, erstmals in der StHR 1951, in der Begründung zu den über- und außerplanmässigen Ausgaben seine Zustimmungserlasse angegeben würden.

Der Rechnungshof ist auf die Frage der über- und außerplanmässigen Ausgaben im Abschnitt A I der Denkschrift (S. 49) näher eingegangen.

Daneben ist in einer Reihe von Fällen auch durch Buchung von Haushaltseinnahmen oder -ausgaben an unrichtiger Stelle (Titelverwechslungen) oder im unrichtigen Rechnungsjahr vom Haushaltsplan für das Rj. 1949 abgewichen worden. Der Rechnungshof hat sich mit solchen Fällen nur dann befaßt, wenn durch unrichtige Buchung grösserer Beträge wesentliche Überschreitungen von Bewilligungen vermieden oder verursacht worden sind, oder wenn Abweichungen wegen des Grundes der unrichtigen Buchung - beispielsweise absichtliche Verschleierung über- oder außerplanmässiger Ausgaben - von grundsätzlicher oder sonst erheblicher Bedeutung sind. Einzelheiten darüber ergeben sich, wenn die Angelegenheit Gegenstand einer Einzelbemerkung in Unterabschnitt b) ist, aus dieser, ferner in allen behandelten Fällen aus den Angaben in der Anlage 3.

Anl. 3

b) Einzelbemerkungen über Abweichungen vom Haushaltsplan und über Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen usw. über Einnahmen, Ausgaben und Landesvermögen

Für das Rj. 1949

1. Epl.	II	Minister des Innern, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap.	12	Gesundheitswesen
Titel	31	Zur Verfügung des Ministers für allgemeine Zwecke des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Aus diesen Mitteln wurde ein Motorrettungsboot für 9 433,85 DM beschafft und zur Verwendung durch die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft in Wiesbaden-Schierstein der Stadt Wiesbaden als Geschenk überlassen. An diese wurden daneben noch 2 000 DM zur Beschaffung weiterer Ausrüstungsgegenstände ausgezahlt. Nach § 47 Abs. 1 RHO bedarf eine derartige Schenkung der Genehmigung durch den Haushaltsplan. Eine entsprechende Genehmigung des Landtags fehlt, so dass gegen die genannte Vorschrift verstoßen worden ist.

2. Epl.	II	Minister des Innern, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap.	16	Sonstige Einnahmen und Ausgaben der Inneren Verwaltung
Titel	6	Unterstützungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter

Aus diesen Haushaltsmitteln wurden verausgabt

- a) an einen im Ruhestand befindlichen Regierungspräsidenten eine steuerfreie einmalige Zuwendung von 400 DM für Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Landesverwaltungsgesetz;
- b) an einen Oberregierungs- und Veterinärerrat 400 DM zur Bestreitung der außergewöhnlichen Unkosten, die ihm als Viehseuchenkommissar in den Kreisen Hanau und Büdingen entstanden sind.

In beiden Fällen handelt es sich nicht um eine außerordentliche wirtschaftliche Notlage, in die die Empfänger unverschuldet geraten sind, sondern um eine besondere dienstliche Inanspruchnahme. Diese konnte auf Grund der Unterstützungsgrundsätze nicht abgegolten werden.

Die für andere Zwecke bereitgestellten Unterstützungsmittel wurden vorschriftswidrig verwendet (Verstoß gegen § 30 Abs. 1 RHO).

5. Epl. IV	Minister für Kultus und Unterricht,
ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap. 13	Hochschule für Bodenkultur und Veterinär-
medizin in Gießen
Titel 2
Unter-
teil a	Zulagen und Aufwandsgelder, Dienstaufwands-
entschädigungen

Die bei Titel 2 Unterteil a) ausgebrachte Dienstaufwandsentschädigung des Rektors wurde um 1 530 DM überschritten. Aus der überplanmäßigen Ausgabe sind noch offenstehende Kosten für Hochschulfeierlichkeiten bestritten worden. Als Deckung sollten die Mehreinnahmen bei Titel 15 - Beiträge Dritter - dienen. Die Haushaltsüberschreitung von 1 510 DM ist von dem Minister der Finanzen nicht genehmigt worden (siehe Anlage I zur StHR 1949, S. C 27).

Es liegt somit ein Verstoß gegen § 33 Abs. 1 RHO sowie gegen § 36 Abs. 1 RHO vor.

4. Epl. IV	Minister für Kultus und Unterricht,
ordentlicher Haushalt, Einnahmen
Kap. 42	Höhere Schulen

Die Mieten für Benutzung von Schulräumen durch Schulfremde werden beim Einnahmetitel 1, die Kostenbeiträge für Heizung, Licht, Wasser usw. jedoch durch Rotabsetzen bei den in Frage kommenden Ausgabetiteln gebucht. Dieses Verfahren stützt sich auf einen Erlaß des Ministers für Erziehung und Volksbildung vom 27. September 1949.

Die Kostenbeiträge für Heizung, Licht usw. stellen Einnahmen mit eigenem Rechtsgrund dar und sind deshalb grundsätzlich bei den Einnahmen nachzuweisen. Der Rechnungshof sieht daher in der Anordnung des Ministers für Erziehung und Volksbildung einen Verstoß gegen die §§ 7 und 69 RHO, die für die Veranschlagung und den Nachweis der Haushaltseinnahmen und -ausgaben das Bruttoprinzip vorschreiben.

5. Epl. VI Minister für Landwirtschaft, Ernährung und
Forsten, ordentlicher Haushalt, fortdauernde
Ausgaben
- Kap. 18 Staatliche Reblausbekämpfung
- Titel 31 Betriebsausgaben

Aus Mitteln für die Reblausbekämpfung wurden 16 000 DM für den Ausbau eines Weges zu einem Quarzitsteinbruch in der Gemarkung Lorch ausgezahlt mit der Begründung, dass durch die Erschließung des Quarzitsteinbruchs allen beteiligten Winzern die Möglichkeit zur Beschaffung des dringend notwendig gewordenen Steinmaterials gegeben wurde.

Die Zweckbestimmung der für die Reblausbekämpfung vorgesehenen Mittel ist damit auch bei weitester Auslegung unzweifelhaft überschritten. Der Wegebau mag in seinen ferneren Auswirkungen auch der Reblausbekämpfung zustatten kommen, er dient aber nicht unmittelbar und nicht in erster Linie diesem Zweck. Nach Mitteilung des Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft handelt es sich um eine einmalige Maßnahme, die sich nicht wiederholen wird.

Der Rechnungshof erblickt in der bestimmungswidrigen Verwendung der Mittel einen Verstoß gegen § 30 Abs. 1 RHO. Er hat sich unter Hinweis auf die Verantwortlichkeit der anordnenden Beamten nach § 33 RHO für künfti-

ge Fälle gleichwohl damit einverstanden erklärt, dass die Angelegenheit beruhen bleibt.

6. Epl. IX Minister der Finanzen, ordentlicher Haushalt, Einnahmen und fortdauernde Ausgaben
 Kap. 2 Steuer- und Zollverwaltung
 Titel 1 persönliche und sächliche Ausgaben
 bis 23

Erstattung der Personal- und Sachkosten des Hessischen Monopolamts Frankfurt/Main durch die Verwertungsstelle Neu-Isenburg der Hessischen Monopolverwaltung für Branntwein.

Die Zollkasse des Hauptzollamts Domplatz, Frankfurt/M., hat Verwaltungseinnahmen in Höhe von 84 588,93 DM nicht als Einnahme gebucht, sondern entgegen der Vorschrift des § 69 Abs.1 RHO an den Ausgaben abgesetzt.

Durch die unrichtige Buchung sind folgende Hauhaalts-einnahmen und -ausgaben zu niedrig ausgewiesen:

	<u>DM</u>
die Einnahmen bei Kap.2 Titel 5 um	84 588,93 =====
die persönlichen Ausgaben bei Kap. 2	
Titel 1 um	44 780,29
" 3 "	8 243,55
" 4 "	10 034,96
" 5 "	400,--
" 7 "	7 841,89
	<hr/> 71 300,69
die sächlichen Ausgaben bei Kap. 2	
Titel 11 um	818,33
" 12 "	1 155,46
" 13 "	424,28
" 14 "	2 615,16
" 16 "	2 207,99
" 18 "	1 939,65
" 19 "	2 109,22
" 21 "	804,75
" 23 "	1 213,40
	<hr/> 13 288,24
die Ausgaben insgesamt	um 84 588,93 =====

Die in der StHR 1949 bei den oben bezeichneten Haushaltsstellen nachgewiesenen überplanmässigen Ausgaben erhöhen sich bei richtiger Buchung der Beträge wie

folgt:

Titel	Überplanmäßige Ausgabe (lt. StHR 1949)	Erhöhung	Berichtigte überplanmäßige Ausgabe
	DM		DM
5	18 497,98	400,--	18 897,98
7	515 328,85	7 841,89	523 170,74
11	764 751,58	818,33	765 569,91
12	12 443,66	1 155,46	13 599,12
13	6 192,43	424,28	6 616,71
14	190 000,08	2 615,16	192 615,24
16	76 121,47	2 207,99	78 329,46
19	152 990,55	2 109,22	155 099,77
21	24 465,07	804,75	25 269,82
23	38 550,98	1 213,40	39 764,38

Die Mehrbeträge der überplanmässigen Ausgaben von insgesamt 19 590,48 DM bedürfen noch der nachträglichen Genehmigung durch den Landtag. Im Falle ihrer Erteilung betrachtet der Rechnungshof die Angelegenheit als erledigt.

7. Epl. IX Minister der Finanzen, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
 Kap. 2 Steuer- und Zollverwaltung
 Titel 11 Geschäftsbedürfnisse

Vergebung von Druckaufträgen durch die Vordruckverwaltung der Hessischen Finanzverwaltung in Frankfurt/M. Der Ansatz bei der oben bezeichneten Haushaltsstelle von 850 000 DM ist um 764 751,58 DM überschritten worden. Diese Überschreitung wird in der Anlage I zur StHR 1949 damit begründet, dass der Mehrbetrag für die Abgabe Notopfer Berlin (Steuermarken) und für Vordrucke für die Wiedererhebung der Rentenbankgrundschuldzinsen und die Festsetzung und Erhebung der Soforthilfeabgabe benötigt worden sei. Die Feststellungen des Rechnungshofs haben ergeben, dass die Aufwendungen für diese Zwecke verhältnismässig gering waren und nicht geeignet sind, die auffallend hohe Überschreitung zu begründen. Bei näherer Untersuchung ergab sich:

Die Beschaffung von Vordrucken für die Hessische Finanzverwaltung oblag bis zur Errichtung der Landesbeschaffungsstelle der Vordruckverwaltung in Frankfurt/Main. Daneben bestand in Darmstadt unter der Dienstaufsicht des Regierungspräsidenten die frühere

Hessische Staatliche Beschaffungsstelle weiter.

In den Rj. 1949 und 1950 wurden Druckaufträge von beiden Dienststellen nicht nach einheitlichen Grundsätzen vergeben. Während sich die Beschaffungsstelle in Darmstadt dabei im Rahmen der geltenden Bestimmungen (§ 46 RHO - Verdingungsordnung für Leistungen) hielt, vergab die Vordruckverwaltung in Frankfurt/Main nach freiem Ermessen. Die Beschaffungspreise der Vordruckverwaltung in Frankfurt/Main lagen infolgedessen um 50 bis 60 % höher als diejenigen der Beschaffungsstelle in Darmstadt. In mehreren Fällen lieferte die gleiche Druckerei an beide Landesdienststellen zu verschiedenen Preisen.

Wenn von der Vordruckverwaltung in Frankfurt/Main bei der Vergebung der Druckaufträge nach den gleichen Grundsätzen wie von der Beschaffungsstelle in Darmstadt verfahren worden wäre, hätten nach den Ermittlungen des Rechnungshofs im Rj. 1949 mindestens 300 000 DM, im Rj. 1950 mindestens 200 000 DM eingespart werden können.

Die überplanmäßige Ausgabe im Rj. 1949 hätte sich dann entsprechend vermindert. Ferner hat die Anschaffung erheblicher Papiervorräte zu der Überschreitung des Haushaltsansatzes beigetragen. Ende des Rj. 1949 waren bei der Vordruckverwaltung in Frankfurt/Main Papiervorräte im Anschaffungswert von 160 490,85 DM vorhanden.

Das Verfahren der Vordruckverwaltung verstieß sowohl gegen § 46 RHO als auch gegen den Grundsatz der wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung der Haushaltsmittel (§ 26 RHO). Die Begründung für die überplanmäßige Ausgabe in der Anlage I zur StHR 1949 entspricht insoweit nicht den Tatsachen.

8. Zu Lasten der nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen wurden Landesmittel im Rj. 1949 zur Erfüllung bestimmter Zwecke an außerhalb der Landesverwaltung stehende Stellen gezahlt:

Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben

Kap. 1 Titel 6 und hinter Titel 6

Zuwendungen für kommunale Baumaßnahmen aus dem Ausgleichsstock

Zuschüsse des Landes zum Wiederaufbau der zerstörten Frankfurter Brücken

Desgleichen außerhaushaltsmässig, Vorschüsse (Auszahlung)

Darlehen an die Wiederaufbau-GmbH., Darmstadt, für Zwecke der Industrieansiedlung und Industrieriverlagerung

Darlehen an die Stadt Frankfurt/Main zum Aufbau des Werderbunkers

Desgleichen außerordentlicher Haushalt, Ausgaben Kap. 5 Titel 1

Förderung kommunaler Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau

In den oben genannten Fällen ist zu beanstanden, dass entgegen der Vorschrift des § 64a RHO keine Bestimmungen über einen Verwendungsnachweis getroffen wurden.

9. Zu Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, ordentlicher Haushalt, Treuhandvermögen aus dem Aufkommen aus Umstellungsgrundschulden, Einnahmen und Ausgaben

Kap. 1 u. 2 der Einnahmen
Kap. 1 u. 3 der Ausgaben

Das oben bezeichnete Sondervermögen wies nach der Rechnung der Staatshauptkasse Hessen im Rj. 1949 folgende Bewegungen auf:

<u>Kap.</u>	<u>Titel</u>		<u>DM</u>
		<u>I. Einnahme</u>	
1	1	Zinsen	26 070 518,40
	2	Tilgungen	15 852 940,26
	3	Nebenleistungen	203 843,59
	4	ao. Kapitalrückzahlungen	818 290,--
	-	Nicht aufgeteilte Beträge	410 275,80
			<hr/>
			43 355 868,05
			<hr/>
		zu übertragen:	43 355 868,05
			<hr/>

<u>Kap. Titel</u>	<u>DM</u>
Übertrag:	43 355 868,05
2 1a Zinsen von Landesbau-	
darlehen	102 041,47
2a Tilgungen von Landesbau-	
darlehen	38 295,85
	<u>140 337,32</u>
Summe der Einnahmen	<u>43 496 205,37</u> =====
<u>II. Ausgabe</u>	
1 1 Kosten der Verwaltung von	
Umstellungsgrundschulden	3 243 915,98
2a Landesbaudarlehen, gegeben	
über die Deutsche Bau- und	
Bodenbank AG., Frankfurt/M.	13 080 000,--
desgl., gegeben über son-	
stige Realkreditinstitute	1 357 000,--
2b Landwirtschaftliche Flücht-	
lingssiedlung, Darlehen ge-	
geben über die Deutsche Bau-	
und Bodenbank AG., Frank-	
furt/Main	1 030 000,--
2c Sonstige Darlehen	2 899 901,--
	<u>21 610 816,98</u>
3 Bestand am 31.März 1949	21 885 388,39
Summe der Ausgaben und des Bestandes	<u>43 496 205,37</u> =====

Der Rechnungshof beanstandet, dass in der StHR 1949 eine Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Bestand des oben bezeichneten Sondervermögens nach § 79 Abs.1 Ziffer 4 RHO fehlt.

10. Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
 Kap. 7 Allgemeine Staatsvermögensverwaltung
 Titel 5 Ausbau und Herrichtung von Wohnungen für Staatsbedienstete in staatseigenen Gebäuden

Für den Ausbau des ehemaligen Offizierskasinos der Mudra-Kaserne in Wiesbaden zu Wohnungen waren bei der oben bezeichneten Haushaltsstelle 60 000 DM vorgesehen. Die Mittel waren nicht übertragbar und bis zum Abschluß der Bücher für das Rj. 1949 nicht verwendet. Um zu

vermeiden, dass sie verfielen, wurde am 31. Mai 1950 der gesamte Betrag auf ein für das Staatsbauamt Wiesbaden errichtetes Bankkonto überwiesen und später vermutlich für den vorgesehenen Zweck verwendet.

Der Minister der Finanzen hat auf die Beanstandung des Rechnungshofs erwidert, dass mit dem Bauvorhaben erst Ende des Rj. 1949 hätte begonnen werden können. Die getroffene Maßnahme sei erforderlich gewesen, weil das zuständige Staatsbauamt das Risiko, das mit einer zu hohen Abschlagszahlung verbunden gewesen wäre, nicht habe übernehmen wollen. Nach § 26 Abs. 2 RHO sei der Minister der Finanzen berechtigt gewesen, die Einzahlung auf ein Bankkonto zuzulassen.

Der Rechnungshof vermag sich dieser Auffassung des Finanzministers nicht anzuschließen. § 26 Abs. 2 RHO bezieht sich auf die Anlegung von Landesmitteln bei Geldinstituten. Im vorliegenden Falle handelte es sich aber nicht um eine Anlegung von Landesmitteln, sondern um eine Maßnahme, die den nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen eintretenden Verfall der Mittel verhindern sollte. Auch eine Abschlagszahlung wäre nicht zulässig gewesen, da entsprechende Arbeiten noch nicht ausgeführt waren.

Das Verfahren verstieß gegen § 26 Abs. 1 RHO, wonach Haushaltsmittel nur insoweit und nicht eher in Anspruch genommen werden dürfen, als es zur wirtschaftlichen und sparsamen Führung der Landesverwaltung erforderlich ist; außerdem gegen das Verbot der Bildung sog. schwarzer Fonds (§ 26 Abs. 2 RHO).

11. Epl.	X	Allgemeine Finanzverwaltung, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap.	7	Allgemeine Staatsvermögensverwaltung
Titel	7	Sonstige Ausgaben
Kap.	8	Besondere Aufwendungen
Titel	2	Zur Verfügung der Landesregierung zwecks Gewährung von Entschädigungen an Dienststellen für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen
Titel	3	Zur Verfügung der Landesregierung zu allgemeinen Zwecken, für die andere planmäßige Mittel nicht vorhanden sind

Verstöße gegen § 38 RHO und § 15 BesG sind auch im Jahre 1949 in folgenden Fällen vom Rechnungshof festgestellt worden:

- a) zu Lasten des Epl. X Kap. 8 Titel 2 sind an 10 Staatsbedienstete, die an den Vorarbeiten für ein Hessisches Beamtengesetz beteiligt waren, Vergütungen von je 100 DM gewährt worden;
- b) zu Lasten des Epl. X Kap. 8 Titel 3 sind für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1950 an 5 Ministerialdirektoren je 480 DM Aufwandsentschädigung gezahlt worden;
- c) zu Lasten des Epl. X Kap. 7 Titel 7 wurde einem Bediensteten des Finanzministeriums ein Zuschuß zur Instandsetzung seiner Wohnung von 1 500 DM gewährt. Diesem Zuschuß lagen die Erlasse des Ministers der Finanzen vom 21. Januar und 18. März 1946 zu Grunde, wonach Trennungsentschädigungsempfängern bei Erlangung einer Wohnung ein Instandsetzungszuschuß gewährt werden konnte. Das war jedoch nur zulässig, wenn der Empfangsberechtigte mindestens zwei Jahre im Landesdienst stand. Im vorliegenden Falle war diese Voraussetzung z. Z. der Zahlung noch nicht erfüllt. Die Zahlung wurde daher zunächst vorschußweise geleistet unter der Zusicherung, dass der Vorschuß nach zweijähriger Dienstzeit endgültig belassen werden sollte. Inzwischen waren jedoch die genannten Erlasse geändert und Ausgabemittel für derartige Zuschüsse im Haushaltsplan nicht mehr ausgebracht worden. Der Vorschuß ist daher durch Umbuchung des Betrags auf die oben genannte Haushaltsstelle abgewickelt worden.

Es liegt ein Verstoß gegen die genannten Erlasse des Ministers der Finanzen und gegen die §§ 27, 30 Abs. 1 und 38 RHO vor.

12. Epl. XIII Schuldenverwaltung, ordentlicher Haushalt
Anlage V zur StHR 1949, Übersicht der Staatsschulden
am Schlusse des Rj. 1949

Nach Art. 144 HV sind die Allgemeine Rechnung über den Haushalt jedes Jahres und eine Übersicht der Staats-

schulden mit den Bemerkungen des Rechnungshofs und der Stellungnahme der Landesregierung zu deren Entlastung dem Landtag vorzulegen. Die der StHR 1949 beigelegte Übersicht der Staatsschulden ist unvollständig. Sie enthält nur die langfristige (fundierte) Schuld, während der Stand der kurzfristigen Verschuldung (schwebende Schuld) nicht angegeben ist. Diese belief sich am Ende des Rj. 1949 auf insgesamt 81 039 000 DM und setzte sich wie folgt zusammen:

	<u>DM</u>
a) Darlehen der Deutschen Post laut Vertrag vom 11. September 1948; Verzinsung 4,5 % jährlich, über die Tilgung ist keine Bestimmung getroffen.	7 500 000,--
b) Darlehen der Karlsruher Lebensversicherungs AG., aufgenommen auf Grund des Gesetzes über die Ermächtigung zur Aufnahme von Darlehen für das Staatsbad Bad Nauheim vom 17. Juli 1950 - GVBl. S. 135; Verzinsung 6 % jährlich zuzüglich 1/2 % Verwaltungskostenbeitrag, Tilgung 20 000 DM jährlich ab 1. Januar 1951. Der Zinsen- und Tilgungsdienst obliegt dem Staatsbad Bad Nauheim	190 000,--
c) Kassenkredit der Länder Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden; Verzinsung 5 % jährlich, Rückzahlung bis spätestens 30. Mai 1950	11 700 000,--
d) Lombard-Kredit der Landeszentralbank von Hessen auf Schatzanweisungen der Deutschen Bundesbahn; Verzinsung 5 % jährlich, rückzahlbar am 30. November 1950 bzw. 2. Januar 1951	5 400 000,--
e) Kurzfristige Darlehen der Landeszentralbank von Hessen Kassenkredit gem. § 13 Abs. 1 Nr. 6 des Landeszentralbankgesetzes; Verzinsung 4 % jährlich	19 249 000,--
Schatzwechselfiskalkredit; Verzinsung 4 % jährlich	30 000 000,--
f) Kassenkredit der Hansestadt Hamburg von ursprünglich 8 000 000 DM; Verzinsung 6 % jährlich, rückzahlbar in 8 gleichen Monatsraten zu je 1 000 000 DM	<u>7 000 000,--</u>
	<u>81 039 000,--</u>
	=====

Neben der schwebenden Schuld sollten nach Ansicht des Rechnungshofs in der Schuldenübersicht auch die

Verbindlichkeiten des Landes aus übernommenen Bürgschaften und Garantien angegeben werden (vgl. hierzu auch § 4 des Gesetzes über Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen vom 4. Juli 1949 - GVBl. S. 93).

13. Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, außerordentlicher Haushalt, Ausgabe
Kap. 1, Titel 1, Kap. 2 Titel 1, Kap. 3 Titel 2,
Kap. 3 außerplanmässig hinter Titel 6, außerplanmässig hinter Kap. 4

Haushaltsüberschreitungen und außerplanmässige Ausgaben im außerordentlichen Haushalt

Das Haushaltssoll des außerordentlichen Haushalts ist durch Leistung über- und außerplanmässiger Haushaltsausgaben bei den oben bezeichneten Haushaltsstellen z.T. erheblich überschritten worden. Der Rechnungshof hat dies unter Hinweis auf § 33 Abs. 2 RHO, wonach Ausgabenbewilligungen im außerordentlichen Haushalt nicht überschritten werden dürfen, beanstandet.

Der Minister der Finanzen hat auf die Beanstandung ausgeführt, dass für die getroffenen Maßnahmen ein unabweisbares Bedürfnis vorgelegen habe. Im übrigen seien die Überschreitungen der Haushaltsansätze im außerordentlichen Haushalt in der Anlage I zur StHR 1949 (S. 078) ausführlich begründet. Der Minister der Finanzen verweist ferner auf eine im Schrifttum vertretene Ansicht, wonach in derartigen Fällen Aufwendungen über die verfügbaren Mittel hinaus auch im außerordentlichen Haushalt notwendig werden könnten, die dann allerdings als außerplanmässige Ausgaben des ordentlichen Haushalts zu verrechnen seien (Schulze-Wagner RHO Erläuterung 8 letzter Satz zu § 33).

Da auch diese Ansicht für die Auffassung des Rechnungshofs spricht, muß die Beanstandung aufrecht erhalten bleiben (siehe im übrigen die Ausführungen auf S. 51 ff. der Denkschrift).

14. Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, außerordentlicher Haushalt, Einnahmen
hinter außerplanmässig, Darlehen des Hauptamts für
Kap. 3 Soforthilfe an das Land für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus

Für die Aufnahme des oben bezeichneten Darlehens des Hauptamts für Soforthilfe in Höhe von 2 Mio DM liegt die nach Art. 141 HV vorgeschriebene Ermächtigung nicht vor. Der Rechnungshof hat dies unter Hinweis auf den § 8a RHO beanstandet.

Der Minister der Finanzen hat auf die Beanstandung ausgeführt, dass bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes Rj. 1949 der Zufluß des oben genannten Darlehens nicht vorgesehen gewesen sei. Von der späteren Einholung der Ermächtigung sei abgesehen worden, da entsprechende Kreditermächtigungen in den Haushaltsgesetzen Rj. 1950 und 1951 enthalten seien.

Der Rechnungshof betrachtet die Darlehensaufnahme im Rj. 1949 als durch die in § 8 des Haushaltsgesetzes Rj. 1950 enthaltene Kreditermächtigung gedeckt und begnügt sich mit der Feststellung des förmlichen Mangels.

für frühere Rechnungsjahre

15. Auf Grund des Einzelvorbehalts Nr. 4 zur StHR 1948 (S. 25 der Bemerkungen zur StHR 1948) wird folgende Bemerkung aufgestellt:

Epl. IIa Anhang Wohnungsfürsorgefonds, Einnahmen und Ausgaben

Die Rechnungslegungsbücher der Staatshauptkasse Hessen weisen folgende Bewegung des Wohnungsfürsorgefonds in Reichsmark aus:

Einnahmen

<u>Rj. 1946</u>	<u>RM</u>
von Epl. X Kap.6 Titel 1	9 928 051,32
<u>Rj. 1947</u>	
von Epl. X Kap.6 Titel 1	24 304 291,61
von Betriebsmittelfonds	13 872 881,98
<u>Rj. 1948</u>	
von Epl. X Kap.6 Titel 1	500 000,--
	<u>48 605 224,91</u>

<u>Ausgaben</u>	<u>RM</u>
<u>Rj. 1946</u>	-, -
<u>Rj. 1947</u>	
an HEGEMAG, Darmstadt	48 105 224,91
<u>Rj. 1948</u>	
an HEGEMAG, Darmstadt	. 500 000,--
	<u>48 605 224,91</u>
Bestand am 20. Juni 1948	-, -
	=====

Durch die an die Hessische Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau (HEGEMAG), Darmstadt als Darlehen geleisteten Zahlungen sollte der Wohnungsfürsorgefonds aufgelöst werden. Dies hätte in der Weise geschehen müssen, dass der Bestand des Fonds zunächst haushaltsmässig vereinnahmt und dann über den Haushalt verausgabt worden wäre. Abgesehen davon, stimmt der in den Rechnungslegungsbüchern der Staatshauptkasse Hessen nachgewiesene Bestand am 20. Juni 1948 mit dem tatsächlichen Bestand nicht überein. Die Bücher der Staatshauptkasse Hessen weisen folgende Unstimmigkeiten auf:

Nicht als eingezahlt behandelt sind:	<u>RM</u>
a) von der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Frankfurt/M. nachträglich gebuchte Beträge für die Zeit vom 1. April bis 20. Juni 1948, die der Staatshauptkasse Hessen oder dem Minister der Finanzen gemeldet waren, mit	643 141,55
b) ebensolche, den vorher bezeichneten Stellen jedoch nicht gemeldete Beträge mit	13 286,09
c) Rückflüsse von Darlehen der Hessischen Landesbank - Girozentrale -, Darmstadt, aus öffentlichen Mitteln zur langfristigen Finanzierung des Wohnungsbaus in den Jahren 1927 bis 1930 mit	648 864,70.
Zu Unrecht als eingezahlt behandelt sind:	
a) Rückflüsse von Darlehen der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. (Coffa), Berlin	1 730 764,26

RM

b) Rückflüsse von Darlehen der Deutschen Siedlungsbank, Berlin, jetzt in Lotte	6 101 963,06.
--	---------------

Bei dem Sondervermögen sind nicht als ausgezahlt behandelt Ausleihungen der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Frankfurt/Main aus Rückflüssen der ehemaligen Reichsfonds bis zum 20. Juni 1948 in Höhe von 984 700 RM.

Zu Unrecht sind als ausgezahlt behandelt 8 192 582,85 RM, da die Deutsche Bau- und Bodenbank AG., Zweigstelle Frankfurt/Main, den ihr erteilten Auftrag, 12 749 582,85 RM an die HEGEMAG, Darmstadt zu überweisen, nur in Höhe von 4 557 000 RM ausgeführt hat.

Nach Berücksichtigung dieser Beträge ergibt sich folgendes Bild:

Einnahmen

	<u>RM</u>
Rj. 1946	9 928 051,32
Rj. 1947	30 344 446,27
Rj. 1948	1 805 292,34
	<u>42 077 789,93</u>

Ausgaben

<u>Rj. 1948</u>	
Ausleihungen der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Frankfurt/M. bis zum 20. Juni 1948	984 700,--
Überweisungen der Staatshauptkasse Hessen, der Staatsoberkasse Darmstadt und der Hessischen Landesbank - Girozentrale -, Darmstadt an die HEGEMAG, Darmstadt	36 504 506,76
Überweisung der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Frankfurt/Main, an die HEGEMAG, Darmstadt	4 557 000,--
	<u>42 046 206,76</u>

Bestand am 20. Juni 1948

31 583,17 .

Dieser Bestand ist bei der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Zweigstelle Frankfurt/Main, am 21. Juni 1948 als Guthaben des Landes Hessen (Altgeldguthaben der Gruppe III) erloschen.

Die StHR 1949 war insoweit unvollständig. Der Rechnungshof betrachtet jedoch die Angelegenheit als erledigt.

16. Auf Grund des Einzelvorbehalts Nr. 9 zur StHR 1948 (S. 25 der Bemerkungen zur StHR 1948), der im übrigen aufgehoben wird, wird folgende Bemerkung aufgestellt:

Epl. IX Minister der Finanzen, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap. 1 Ministerium
Titel 31 Zur Verfügung des Ministers

Der Minister der Finanzen hat durch Auszahlungsanordnung vom 16. März 1949 an 29 bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans für das Rj. 1949 beteiligte Beamte und Angestellte des Finanzministeriums einmalige Sondervergütungen in Höhe von insgesamt 14 959 DM und mit Auszahlungsanordnung vom 29. März 1949 an 8 sonstige Bedienstete des Finanzministeriums Sondervergütungen von insgesamt 2 700 DM gezahlt. Entsprechende Zahlungen sind im Rj. 1950 an bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans für das Rj. 1950 und seiner Beratung im Haushaltsausschuß des Landtags beteiligte Beamte des Ministeriums geleistet worden. Die Zahlungen sollten eine Vergütung für außergewöhnliche von den Beamten und Angestellten geleistete Mehrarbeit und einen Ausgleich für hierdurch erwachsene Mehraufwendungen darstellen. Die Zahlungen gingen im Rj. 1948 zu Lasten der Verfügungsmittel des Ministers - Epl. IX Kap. 1 Titel 31 - und im Rj. 1950 zu Lasten der Vermischten Ausgaben - Epl. X Kap. 10 Titel 35. -. Der Finanzminister hat auf Grund des § 131 Abs. 1 der Abgabenordnung (AO) für diese Zuwendungen Steuererlaß gewährt.

Der Rechnungshof erblickt in diesen Zahlungen einen Verstoß gegen § 38 RHO und § 15 des Besoldungsgesetzes (BesG), wonach außerordentliche Vergütungen und Unterstützungen an Landesbedienstete nur aus den im Haushaltsplan ausdrücklich dafür bestimmten Mitteln gewährt werden dürfen. Er hat deshalb die geleisteten Zahlungen beanstandet.

Der Minister der Finanzen hat auf die Beanstandung erklärt, dass er künftig dem Rechtsstandpunkt des

Rechnungshofs Rechnung tragen werde. Er hat ferner darauf hingewiesen, dass eine Rückforderung der gezahlten Beträge bei den Angestellten voraussichtlich an dem inzwischen eingetretenen Wegfall der Bereicherung scheitern werde, dass im übrigen eine Rückforderung aber auch unbillig sei, da bei den besonders gelagerten Verhältnissen die gewährten Vergütungen sachlich gerechtfertigt gewesen seien. Auch eine nachträgliche Besteuerung der Vergütungen sei im Hinblick auf § 96 AO nicht möglich.

Da ein Verstoß gegen haushalts- und besoldungsrechtliche Vorschriften vorliegt und es sich nicht um geringfügige Beträge handelt, muß die Beanstandung aufrechterhalten werden.

17. Auf Grund des Einzelvorbehalts Nr. 10 zur StHR 1948 (S. 26 der Bemerkungen zur StHR 1948), der unter Beschränkung auf die Durchführung der Zweizonenbauaktion im Rj. 1948 aufrechterhalten bleibt, wird folgende Bemerkung aufgestellt:

Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, ordentlicher Haushalt, Betriebsmittelrücklage, Einnahmen und Ausgaben

Aus den Rechnungsüberschüssen der Rj. 1945 bis 1947 wurde eine Betriebsmittelrücklage im Sinne des § 26 Abs. 4 RHO gebildet (S. 9 der Denkschrift zur StHR 1948). Daraus sind vor der Währungsreform der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Zweigstelle Frankfurt/M., zur Durchführung des Wohnungsnotbauprogramms 30 Mio RM zur Verfügung gestellt und im Rj. 1948 13 872 881,98 RM dem Wohnungsfürsorgefonds zugeführt worden (siehe die Einzelbemerkung Nr. 15).

Diese teilweise Auflösung der Betriebsmittelrücklage hätte so durchgeführt werden müssen, dass die entsprechenden Beträge als Haushaltseinnahmen und -ausgaben behandelt worden wären. Statt dessen sind die Auszahlungen unmittelbar in der Rechnung für das Sondervermögen gebucht worden.

Der Minister der Finanzen hat die Berechtigung der Beanstandung des Rechnungshofs anerkannt. Der Rech-

nungshof betrachtet die Angelegenheit damit als erledigt.

18. Auf Grund des Einzelvorbehalts Nr. 10 zur StHR 1948 (S. 26 der Bemerkungen zur StHR 1948), der unter Beschränkung auf die Durchführung der Zweizonenbauaktion im Rj. 1948 aufrechterhalten bleibt, wird folgende Bemerkung aufgestellt:

Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, Vorschüsse
(Ein- und Auszahlungen)

Der Rechnungshof hat im Anschluß an die Prüfung der Vorschüsse der Allgemeinen Finanzverwaltung Rj. 1948 beanstandet, dass in dem genannten Rechnungsjahr mehrfach Darlehen und andere Haushaltsausgaben zu Lasten der Vorschüsse gebucht wurden. Er hat dabei auf die §§ 27, 33, 69 RHO und 53 Abs.2 RWB Bezug genommen. Gleiche Beanstandungen ergaben sich bei der Rechnungsprüfung Rj. 1949.

Der Minister der Finanzen hat die Berechtigung der Beanstandungen des Rechnungshofs grundsätzlich anerkannt und inzwischen die haushaltsmässige Verrechnung der beanstandeten Ausgaben veranlaßt. Damit wird die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

Zu den Einzelbemerkungen Nr. 1 bis 4, 6 bis 9, 11, 12 und 15 hat die Verwaltung noch nicht Stellung genommen.

III. Bemerkungen im Sinne von § 107 Abs.1 Nr. 3 RHO

Die Genehmigung des Landtags ist noch nicht beigebracht zu den überplanmässigen Ausgaben, die bei richtiger Buchung zusätzlich in der StHR 1949 nachzuweisen gewesen wären und lt. Spalte 5 der Anlage 3 insgesamt 24 396,59 DM betragen. Der Rechnungshof erkennt für diese Ausgaben das Vorliegen eines unabweisbaren Bedürfnisses im Sinne von § 33 Abs.1 RHO an.

Anl. 3

Die in Spalte 6 der Anlage 3 bezeichneten Ausgaben von zusammen 24 932,57 DM wären bei richtiger Buchung in der StHR 1949 nicht als überplanmässig nachzuweisen gewesen.

D. Vorbehalte für das Rj. 1949 im Sinne von § 107 Abs.4 RHO

Der Rechnungshof macht für das Rj. 1949 die folgenden Vorbehalte im Sinne von § 107 Abs.4 RHO:

I. Allgemeine Vorbehalte

1. wegen der Ausgaben im Rj. 1949, über die für einen längeren Zeitraum als ein Rj. durch Titelbücher oder über die noch durch besondere Bau- oder sonstige Rechnungen Rechnung zu legen ist;
2. wegen der Haushaltsmittel, die im Rj. 1949 außerhalb der Landesverwaltung stehenden Stellen zur Erfüllung bestimmter Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind (§ 64a RHO) und deren bestimmungsmässige Verwendung vom Rechnungshof noch zu prüfen ist;
3. wegen der Einnahmen und Ausgaben im Rj. 1949, die in Büchern oder Rechnungen nachgewiesen werden, deren Prüfung nach § 93 RHO Verwaltungsbehörden (Rechnungsprüfungsämtern, Vorprüfungsstellen) überlassen worden ist und die daher vom Rechnungshof nur von Zeit zu Zeit eingefordert werden.

II. Einzelvorbehalte

Das Prüfungsverfahren wegen der nachstehenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben für das Rj. 1949 und wegen der bezeichneten Beteiligungen des Landes ist noch nicht abgeschlossen, so dass der Rechnungshof noch keine endgültige Entscheidung treffen konnte:

1. Epl. I	Ministerpräsident, ordentlicher Haushalt
Kap. 1,2
und 3	Ministerpräsident und Staatskanzlei, Statistisches Landesamt, Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung
alle
Titel	Sämtliche Einnahmen und Ausgaben
2. Epl. II	Minister des Innern, ordentlicher Haushalt
Kap. 1,4
und 5	Ministerium, Regierungspräsidenten, Landratsämter
alle
Titel	Sämtliche Einnahmen und Ausgaben
Kap. 9	Landespolizeischulen
Titel 6	Vermischte Einnahmen
" 18	Haltung der Dienstkraftwagen und Krafträder

- Kap. 16 Sonstige Einnahmen und Ausgaben der Inneren Verwaltung
hinter Titel 39 außerplanmäßig, Erstattung der Kosten für die von den Landkreisen auf Anordnung der Militärregierung eingerichteten Sondergefängnisse
3. Epl. IV Minister für Kultus und Unterricht, ordentlicher Haushalt
Kap. 1 Ministerium
alle Titel Sämtliche Einnahmen und Ausgaben
4. Epl. VIII Minister der Justiz, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap. 5 Gemeinschaftliche Ausgaben der in den Kap. 3 und 4 aufgeführten Behörden
Titel 15 Unterhaltung der Dienstgebäude
5. Epl. X Allgemeine Finanzverwaltung, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap. 5 Ausgaben infolge der Übernahme von Bürgschaften und Garantien
Titel 1 Ausgaben infolge Inanspruchnahme aus vom Staate übernommenen Bürgschaften
außerdem Vorschüsse anlässlich der Durchführung der Zweizonenbauaktion in Frankfurt/Main
6. Epl. XI Versorgung und Ruhegelder
Kap. 3a Staatliche Betriebskrankenkasse und Hessische Beamtenkrankenkasse des früheren Landes Hessen (k.w.)
alle Titel Sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Hessischen Beamtenkrankenkasse in Darmstadt
7. Epl. XIIb Kriegsfolgelasten, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben
Kap. 6 Schulkinderspeisung
Titel 31 Staatsanteil an den ungedeckten Kosten der Schulkinderspeisung
" 32 Überwachung der Schulkinderspeisung durch Sonderkommissionen
8. Epl. XIV Landespersonalamt Hessen, ordentlicher Haushalt,
Kap. 1 Landespersonalamt
alle Titel Sämtliche Einnahmen und Ausgaben
9. Beteiligung des Landes an Körperschaften des öffentlichen Rechts:
Hessische Landesbank - Girozentrale -, Darmstadt

Landeszentralbank von Hessen, Frankfurt/Main
Deutsche Genossenschaftskasse

Eine Prüfung war nicht möglich, weil noch keine Prüfungs-
unterlagen übersandt worden waren.

10. Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen:

Gemeinnützige Baugenossenschaft für den Landkreis
Waldeck eGmbH in Arolsen

Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (PREAG)
Berlin, jetzt Hannover

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG. (RWE),
Essen

Rhein-Main-Donau AG., München

Flughafen GmbH., Darmstadt

Grifte-Gudensberger Kleinbahn und Kraftwagen AG.,
Gudensberg

Kleinbahn AG., Frankfurt/M.-Königstein, Frankfurt/M.

Nassauische Heimstätte GmbH., Frankfurt/M.

Kleinbahn Kassel-Naumburg, Kassel

Kur-Aktiengesellschaft, Bad Homburg v.d.H.

Eine Prüfung war nicht möglich, weil die zuständigen Fach-
minister die erforderlichen Prüfungsunterlagen (§ 112 RHO)
noch nicht übersandt hatten.

E. Aufhebung und Aufrechterhaltung von Vorbehalten für frühere
Rechnungsjahre

I. Aufhebung von Vorbehalten

Die folgenden in den Bemerkungen zur StHR 1948 bezeichneten
Einzelvorbehalte sind inzwischen durch Bemerkungen ersetzt
oder auf andere Weise erledigt worden. Sie werden deshalb auf-
gehoben:

1. Epl. II Rj. 1948 Minister des Innern, ordentlicher Haus-
halt, fortdauernde Ausgaben Kap. 14 Veterinärverwaltung
Titel 32 Ausgaben für Zwecke der Bekämpfung von Tierseu-
chen und sonstigen Krankheiten und hinter Titel 36 außer-
planmässig, Einbau der Maul- und Klauenseuchen-Stationen
- siehe Einzelvorbehalt Nr. 2 der Bemerkungen zur StHR
1948 -

2. Epl. II Rj. 1948 Minister des Innern, ordentlicher Haushalt, einmalige Ausgaben Kap. E 7 Landeskriminalbüro und allgemeine Polizeianglegenheiten Titel 4 Neubeschaffung von Kraftfahrzeugen - siehe Einzelvorbehalt Nr. 3 Buchst. a) der Bemerkungen zur StHR 1948 -
3. Epl. II Rj. 1948 Minister des Innern, ordentlicher Haushalt, einmalige Ausgaben Kap. E 12 Gesundheitswesen Titel 4 Für die Unterhaltung von GK-Stationen (3.Rate) - siehe Einzelvorbehalt Nr. 3 Buchst. b) der Bemerkungen zur StHR 1948 -
4. Epl. IIA Rj. 1948 Minister des Innern - Hauptabteilung Wiederaufbau -, Anlage Wohnungsfürsorge Einnahmen und Ausgaben - siehe Einzelvorbehalt Nr. 4 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
5. Epl. III Rj. 1948 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, ordentlicher Haushalt, Einnahmen Kap. 1 Ministerium Titel 2 Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbar oder entbehrlich gewordener Geräte, Ausstattungsgegenstände, Drucksachen, Akten, von Altstoffen und dergl. - siehe Einzelvorbehalt Nr. 5 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
6. Epl. VII Rj. 1948 Minister für politische Befreiung, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Ministerium Titel 18 Haltung der Dienstkraftwagen und Krafträder - siehe Einzelvorbehalt Nr. 6 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
7. Epl. VIII Rj. 1948 Minister der Justiz, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Ministerium Titel 2 Zulagen und Dienstaufwandsentschädigungen - siehe Einzelvorbehalt Nr. 7 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
8. Epl. IX Rj. 1948 Minister der Finanzen, ordentlicher Haushalt, Einnahmen Kap. 1 Ministerium Titel 3 Gebühren und Strafen - siehe Einzelvorbehalt Nr. 8 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
9. Epl. IX Rj. 1948 Minister der Finanzen, ordentlicher Haushalt, fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Ministerium Titel 2 Zulagen und Dienstaufwandsentschädigungen Titel 31 Zur Verfügung des Ministers - siehe Einzelvorbehalt Nr. 9 der

Bemerkungen zur StHR 1948 -

10. Anhang zum Epl. X, Landesstock für Wiedergutmachung, außerordentlicher Haushalt
- a) Einnahme-Kap. 5 Arbeitslager Titel 2 Erlös aus dem Verkauf unbrauchbar oder entbehrlich gewordener Geräte, Ausstattungsgegenstände, Drucksachen, Akten, von Altstoffen und dergl. Titel 6 Vermischte Einnahmen
 - b) Kap. 2 fortdauernde Ausgaben für Wiedergutmachungszwecke Titel 31 Rentenzahlungen an Geschädigte und ihre unterhaltsberechtigten Angehörigen Titel 33 Beihilfen zur Berufsausbildung und zur Gründung einer wirtschaftlichen Existenz Titel 34 Beihilfen zur Abwendung einer Notlage in sonstigen Fällen - siehe Einzelvorbehalt Nr. 12 der Bemerkungen zur StHR 1948 -

II. Aufrechterhaltung von Vorbehalten

Die folgenden in den Bemerkungen zur StHR 1948 bezeichneten Vorbehalte bleiben aufrechterhalten, weil die betr. Prüfungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind und der Rechnungshof noch keine endgültige Entscheidung treffen konnte:

1. der allgemeine Vorbehalt wegen aller einmaligen und wie einmalige behandelten Bauausgaben des Rj. 1947, über die bisher nicht abgerechnet worden ist und die deshalb noch nicht geprüft werden konnten, siehe Abschnitt V C Abs. 2 Buchst. a) der Bemerkungen zur StHR 1948;
2. die Einzelvorbehalte zu Epl. I Rj. 1947 Ministerpräsident, ordentlicher Haushalt, Kap. 1 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - Einnahmen und Ausgaben
Epl. VI Rj. 1947 Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten - ordentlicher Haushalt - Kap. 2 - Landesernährungsamt Hessen Anlage II zur Staatshaushaltsrechnung (Niederschlagung von 800 000 RM), siehe Abschnitt V C Abs. 2 Buchst. b) der Bemerkungen zur StHR 1948;
3. die allgemeinen Vorbehalte in Abschnitt V A der Bemerkungen zur StHR 1948, nämlich
 - a) wegen der Ausgaben, über die für einen längeren Zeitraum als ein Rj. durch Titelbücher oder über die noch

durch besondere Bau- oder sonstige Rechnungen Rechnung zu legen ist;

- b) wegen der Haushaltsmittel, die außerhalb der Landesverwaltung stehenden Stellen zur Erfüllung bestimmter Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind (§ 64a RHO) und deren bestimmungsmässige Verwendung vom Rechnungshof noch zu prüfen ist;
- c) wegen der Einnahmen und Ausgaben, die in Büchern oder Rechnungen nachgewiesen werden, deren Prüfung nach § 93 RHO Verwaltungsbehörden (Rechnungsprüfungsämtern, Vorprüfungsstellen) überlassen worden ist und die daher vom Rechnungshof nur von Zeit zu Zeit eingefordert werden;

soweit sie nicht durch inzwischen vorgenommene Prüfungen des Rechnungshofs erledigt worden sind.

- 4. Epl. I Rj. 1948 Ministerpräsident, ordentlicher Haushalt, Einnahmen und Ausgaben Kap. 1 Ministerpräsident und Staatskanzlei - siehe Einzelvorbehalt Nr. 1 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
- 5. Im Rj. 1948 nicht abgewickelte Vorschüsse, jedoch eingeschränkt auf Vorschüsse anlässlich der Durchführung der Zweizonenbauaktion - siehe Einzelvorbehalt Nr. 10 der Bemerkungen zur StHR 1948 -
- 6. Epl. XIV Rj. 1948 Landespersonalamt, ordentlicher Haushalt, Einnahmen und fortdauernde Ausgaben Kap. 1 Landespersonalamt - siehe Einzelvorbehalt Nr. 11 der Bemerkungen zur StHR 1948 -.

Darmstadt, den 21. Februar 1952

Rechnungshof des Landes Hessen

gez. Dr. Boll

gez. Dr. Grünewald

gez. Dr. Bausch

gez. Bornscheuer

gez. Wietzig

Anmerkung: zwei Mitglieder des Rechnungshofs konnten wegen Erkrankung an der Beschlußfassung nicht teilnehmen.

Anlage 1 zu den Bemerkungen des Rechnungshofs zur StHR 1949

Übersicht

über Druck- und Darstellungsfehler in der StHR 1949

Lfd. Nr.	Verbuchungsstelle:			Die unrichtigen Angaben sind enthalten		Die unrichtige Betrags- oder Sachangabe lautet:	Die richtige Betrags- oder Sachangabe hat zu lauten:
	Epl.	a) Einn. Kap. b) Ausg. Kap.	Titel (Unter- teil)	auf Seite	in Spalte		
1		2		3		4	5
1	II	b) 8 B	1	B 72	5	1 172 922,99 DM	1 127 922,99 DM
2	II	b) 12	33(1)	B 82	2	übersteigen nicht erreichen	übersteigen oder nicht erreichen
3	II	b) 13 E	16	B 87	8	290 000,-- DM	240 000,-- DM
4	IIa	b) 2	7	B 122	5	42 784,95 DM	41 784,95 DM
5	IIa	b) 2	8	B 122	3,5	6 451,80 DM	6 451,60 DM
6	IIa	b) 3	-	B 123 Zeile "Seite"	9	253,94 DM	253,84 DM
7	X	a) 11	-	B 614	2	..Ausgleichsfonds gem.§ 88 des I.La- stenausgleichsge- setzes	..Soforthilfefonds gem.§ 81 Abs.4 des Soforthilfegeset- zes
8	X aoH	a) 2	5	B 727	11	..um 225 003,53 DM höher (Es handelt sich offenbar um eine unrichtige Übertragungsbuchung)	..um 172 820,16 DM höher
9	II	b) 13 L	12	C 14	5	Chem.Untersu- chungsamtes als	Chem.Untersu- chungsamtes Darm- stadt als
10	IX	a) 4	-	C 81	2	Kapitel IX 4	Kapitel IX 2
11	IX	a) 7	10	C 85	2	Kapitel IX 7	Kapitel X 7
12	XIII	Anl.V zur StHR Ab- schnitt II "Langfristi- ge Schulden"		C 90	1-3	Lfd.Nr.25: kei- ne Angabe	Lfd.Nr.25: Darlehen der Deutschen Bau- u.Bodenbank AG., Frankfurt/M., als Geschäftsführerin der Oeffa, Berlin, von ursprünglich 106 500 RM an die Gemeinde Dietes- heim/M.zur Erbau- ung eines Hochw.- Dammes gem.d.Hess. Dammbaugesetz v. 14.6.1887; Kapital-

stand am 1.April 1949 = 5 093,64 DM, am 31.März 1950 = 4 508,64DM.

Anlage 2 zu den Bemerkungen des Rechnungshofs zur StHR 1949

Übersicht

über Fälle, in denen die in der StHR 1949 nachgewiesenen Beträge nicht mit den Beträgen übereinstimmen, die in den vom Rechnungshof oder von Verwaltungsbehörden (Rechnungsprüfungsämtern, Vorprüfungsstellen) bestimmungsgemäß geprüften Kas- senrechnungen nachgewiesen sind

Fd. c.	Verbuchungsstelle:			Rechnung- legende Kasse	Es sind nachgewiesen:		Angaben über den Sachver- halt u. die Aus- wirkung auf das Gesamtergebnis der StHR 1949
	Epl.	a) Einn. Kap.	Titel (Un- ter- teil)		in der Einzel- rechnung	in der Ge- samtrech- nungsle- gung und in der StHR 1949	
		b) Ausg. Kap.			DM	DM	
					4	5	6
1	VI	a) 23	5 6 14	Staatsk. Bd. Hom- burg v. d. H.	21 954,05 22 439,79 1558 701,71	21 998,36 21 603,94 1559 533,25	Die Unterschie- de bei den Ti- telbeträgen sind offenbar dadurch entstanden, daß die beteiligten Staatskassen nach Vorlage ih- rer Jahresab- schlußnachwei- sung an die StOK Wiesbaden u. vor Fertigung der Rechnungsnach- weisung d. Ergeb- nisse einzelner Buchungsabschnit- te ihrer Rech- nungslegungsbü- cher im Zuge nach- träglicher Umbu- chungen geändert haben. Das Gesamtergeb- nis der StHR 1949 bleibt unberührt.
		Summen u. Ausgleich			1603 135,55	1603 135,55	
					=====	=====	
2	VI	a) 23	5 6	Staatsk. Wiesba- den	28 856,83 10 631,46	28 774,90 10 713,39	
		Summen u. Ausgleich			39 488,29	39 488,29	
					=====	=====	
3	VI	b) 23	11 12 13	Staatsk. Wiesba- den	2 936,47 793,10 207,97	2 940,12 785,60 211,82	
		Summen u. Ausgleich			3 937,54	3 937,54	
					=====	=====	

Anlage 3 zu den Bemerkungen des Rechnungshofs zur StHR 1949

Übersicht

über Titelverwechslungen und Buchungen im unrichtigen Rj. im Sinne von § 107 Abs.3 RHO, die bei Prüfung der StHR 1949 festgestellt worden sind

Bfd. Nr.	Einnahme (E) Ausgabe (A)	Betrag der unrichtig gebuchten Einnahme oder Ausgabe	Der Betrag in Spalte 3			Die Beträge der überplanmäßigen Ausgaben wären bei richtiger Buchung der Beträge zu Sp.4 Nr.1	
			1. ist unrichtig gebucht bei			größer	kleiner
			Epl.	Kap.	Titel		
			2. hätte gebucht werden müssen bei 1)				
			Epl.	Kap.	Titel	um DM	um DM
1	2	3	4			5	6
<u>1. Titelverwechslungen</u>							
1	A	1 807,70	1. II	12	31	-	-
		221,70	"	14	32	-	221,70
		252,50	"	14	38	-	-
		197,90	"	16	37	-	-
		163,--	"	E 12	3	-	-
		142,70	"	E 12	5	-	-
	Sa.:	<u>2 785,50</u>	2. II	1	19	40,90	-
2	A	3 013,76	1. II	13 E	16	-	3 013,76
			2. "	13 E	15	3 006,69	-
3	A	5 958,45	1. II	16	36	-	-
	E	5 958,45	2. II	16	6	-	-
4	A	-44 780,29	1. IX	2	1	-	-
		- 8 243,55	"	2	3	-	-
		-10 034,96	"	2	4	-	-
		- 400,--	"	2	5	400,--	-
		- 7 841,89	"	2	7	7 841,89	-
		818,33	"	2	11	818,33	-
		- 1 155,46	"	2	12	1 155,46	-
		- 424,28	"	2	13	424,28	-
zu übertragen:		-73 698,76				13 687,55	3 235,46

Kd. Nr.	Einnahme (E) Ausgabe (A)	Betrag der unrichtig gebuchten Einnahme oder Ausgabe DM	Der Betrag in Spalte 3			Die Beträge der überplanmäßigen Ausgaben wären bei richtiger Buchung der Beträge zu Sp. 4 Nr. 1	
			1. ist unrichtig gebucht bei			größer	kleiner
			Epl.	Kap.	Titel	als die in der StHR 1949 nachgewiesenen Beträge	
			2. hätte gebucht werden müssen bei 1)			um DM	um DM
			Epl.	Kap.	Titel	5	6
Übertrag:		- 73 698,76				13 687,55	3 235,46
		- 2 615,16	1. IX	2	14	2 615,16	-
		- 2 207,99	"	2	16	2 207,99	-
		- 1 939,65	"	2	18	-	-
		- 2 109,22	"	2	19	2 109,22	-
		- 804,75	"	2	21	804,75	-
		- 1 213,40	"	2	23	1 213,40	-
	E Sa.	84 588,93	2. IX	2	5	-	-
5	A	4 109,34	1. X	7	7	-	-
			2. X	10	4	-	-
6	A	1 996,97	1. Xaoh.	5	1	-	1 996,97
			2. Xaoh.	5	2	1 758,52	-
7	A	15 999,49	1. Xaoh.	5	1	-	15 950,66
			2. X oh.	5	1	-	-
<u>2. Buchungen im unrichtigen Rj. 2)</u>							
1	A	1 350,--	1. II Rj. 1949	14	4	-	1 350,--
			2. II Rj. 1948	14	4	-	-
2	A	2 312,15	1. II Rj. 1949	14	12	-	-
			2. II Rj. 1948	14	12	-	-
3	A	4 055,26	1. II Rj. 1949	14	14	-	-
			2. II Rj. 1948	14	14	-	-
4	A	2 399,48	1. II Rj. 1949	14	19	-	2 399,48
			2. II Rj. 1948	14	19	-	-
zu übertragen:						24 396,59	24 932,57

Lfd. Nr.	Einnahme (E) Ausgabe (A)	Betrag der unrichtig gebuchten Einnahme oder Ausgabe DM	Der Betrag in Spalte 3			Die Beträge der überplanmäßigen Ausgaben wären bei richtiger Buchung der Beträge zu Sp. 4 Nr. 1	
			1. ist unrichtig gebucht bei			größer	kleiner
2	3		Epl.	Kap.	Titel	um DM	um DM
			2. hätte gebucht werden müssen bei 1)			5	6
			Epl.	Kap.	Titel		
			Übertrag:			24 396,59	24 932,57
5	A	3 333,16	1. II Rj. 1949	14	34	-	-
			2. II Rj. 1948	14	33	-	-
			Summe			24 396,59	24 932,57
						=====	=====

- 1) Unter Umständen in der Weise, dass die Summen mehrerer Beträge bei der betr. Haushaltsstelle zu buchen ist.
- 2) Die Angaben in den Spalten 5 und 6 beziehen sich nur auf die Beträge des Rj. 1949.

Davon entfallen lt. Abschnitt 1 Lfd.Nr.6 und 7 auf den außerordentlichen Haushalt:
1 758,52 DM 17 947,63 DM

Rechnungshof
des Landes Hessen

Denkschrift

über die hauptsächlichsten Ergebnisse der Prüfung der
Rechnungen des Landes Hessen für das
Rechnungsjahr 1949

- § 1 StHO in Verbindung mit § 107 Abs. 6 RHO -

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
A. <u>Allgemeiner Teil</u>	44
I. Betrachtungen zum Rechnungsergebnis	44
II. Betrachtungen zum außerordentlichen Haushalt	51
III. Allgemeines über Zahlungsverkehr	52
B. <u>Besonderer Teil - ordentlicher Haushalt</u>	53
I. Haushalt des Ministers des Innern - Epl. II	53
1. Landratsämter (Kap. 5)	53
2. Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Landespolizei (Kap. 7 B)	54
3. Gendarmerie (Kap. 8 A)	55
4. Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten Darmstadt (Kap. 13 B)	56
II. Haushalt des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt - Epl. III -	59
Leistungen auf Grund des KB-Leistungsgesetzes (Kap. 6)	59
III. Haushalt des Ministers für Kultus und Unterricht - Epl. IV -	60
1. Übernahme von Angelegenheiten des höheren Schulwesens auf das Ministerium (Kap. 1 und 42)	60
2. Gutachter- und Nebentätigkeit der Instituts- und Klinikdirektoren und der Professoren (Kap. 11 bis 15)	60
3. Haushaltsaufstellung, Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben (Kap. 11, 20 und 33)	62
4. Hessisches Staatstheater in Wiesbaden (Kap. 36 A)	64
5. Höhere Schulen (Kap. 42)	67
IV. Haushalt des Ministers für Wirtschaft und Verkehr - Epl. V -	69
Landesprüfstelle Hessen (Kap. 3)	69

V. Haushalt des Ministers für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten - Epl. VI -	70
1. Landesernährungsamt Hessen in Frankfurt/Main (Kap. 2)	70
2. Lehr- und Versuchsanstalt für Grünlandwirt- schaft und Futterbau in Wehrda (Kap. 16)	71
3. Wasserwirtschaftsverwaltung (Kap. 21)	72
4. Landesforstverwaltung (Kap. 22 und 22a)	73
5. Lehrwerkstätten für Waldarbeit (Kap. 23)	75
6. Auszahlung der Waldarbeiterlöhne (Kap. 23)	76
VI. Haushalt des Ministers der Justiz - Epl. VIII -	77
1. Kassen und Kassenaufsicht (Kap. 3)	77
2. Gerichtsvollzieherdienst (Kap. 3)	79
3. Strafvollzug, Arbeitsverwaltung der Strafvollzugsanstalten (Kap. 4)	80
4. Zur Entwicklung des Zuschußbedarfs	82
VII. Haushalt des Ministers der Finanzen - Epl. IX -	84
1. Steuerverwaltung - Aufgabenkreis, Besetzung, räumliche Unterbringung und Geschäftsführung der Finanzämter (Kap. 2)	84
2. Verwaltung der Staatlichen Bäder und Mineral- brunnen (Kap. 7)	89
VIII. Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung - Epl. X -	92
1. Besitz- und Verkehrsteuern - Besteuerungs- verfahren der Finanzämter (Kap. 1)	92
2. Finanzzuweisungen und -zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Gesetz zur Re- gelung des Finanzausgleichs	98
3. Treuhandvermögen aus dem Aufkommen an Umstellungsgrundschulden	99
IX. Haushalt der Besatzungskosten und artverwandten Ausgaben - Epl. XIIa -	101
Besonderheiten des Prüfungsverfahrens	101

	<u>Seite</u>
X. Haushalt der Kriegsfolgelasten - Epl. XIib -	102
1. Kriegsfolgenhilfe (Kap. 1 und 2)	102
2. Schulkinderspeisung (Kap. 6)	103
3. Wildschadenvergütungen (Kap. 7)	103
4. Personal- und Sachkosten der kommunalen Besatzungskostenämter (Kap. 10)	103
XI. Haushalt der Schuldenverwaltung des Landes Hessen - Epl. XIII -	105
Einrichtung und Tätigkeit der Landesschulden- verwaltung	105
XII. Persönliche Verwaltungsausgaben und Versorgungs- bezüge aller Verwaltungszweige	106
1. Bedeutung und Organisation der Rechnungs- prüfung	106
2. Festsetzung der Besoldungsdienstalter, Anwendung von Härtebestimmungen	107
3. Übernahme ehemaliger Wehrmachtbeamten in den Landesdienst	109
4. Maßnahmen wegen überzahlter Dienst- und Versorgungsbezüge	110
5. Kinderzuschlag für Enkel- und Pflegekinder	111
C. <u>Besonderer Teil - außerordentlicher Haushalt</u>	112
Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung - Epl. X, außerordentlicher Haushalt -	112
Sozialer Wohnungsbau aus Landes- und Treuhandmitteln	112

A. Allgemeiner Teil

I. Betrachtungen zum Rechnungsergebnis

Die Währungsreform, über deren Auswirkungen der Rechnungshof in der Denkschrift zur StHR 1948 ausführlich berichtet hat, bedeutete für die Haushaltsführung des Landes einen neuen Anfang. Die Kassenbestände in alter Währung waren erloschen. An ihre Stelle trat die dem Lande nach § 15 Währungsgesetz (WG) gewährte Erstausrüstung. Neue Einnahmen flossen zunächst spärlich. Das Land Hessen hat davon abgesehen, für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis zum 31. März 1949 einen neuen Haushalt in Deutscher Mark aufzustellen. Es wurde vielmehr der RM-Haushaltsplan für das Rj. 1948 mit der Maßgabe weitergeführt, dass die in RM nicht verbrauchten Ausgabeansätze vom 21. Juni 1948 an in DM weitergalten.

Der Staatshaushaltsplan für das Rj. 1949 war infolgedessen der erste DM-Haushaltsplan des Landes.

Das Rj. 1948 schloß, wenn man die außerhaushaltsmässigen Kassenvorgänge außer acht läßt, mit einem Überschuß von 21 912 252,71 DM ab. Dieser Überschuß wurde als Einnahme in den Haushaltsplan Rj. 1949 übernommen, und zwar mit 3 Mio DM in den ordentlichen und mit dem Restbetrag in den außerordentlichen Haushalt.

Das in der StHR 1948 ausgewiesene Ergebnis entsprach jedoch nicht der wirklichen Kassenlage, da erhebliche Haushaltsausgaben nicht als solche, sondern entgegen der Vorschrift des § 27 RHO als Vorschüsse gebucht worden waren. Diese Zahlungen, die später auf Haushaltsausgaben umgebucht worden sind, beliefen sich allein bei der Staatshauptkasse auf 20,7 Mio DM (vgl. hierzu die Einzelbemerkung 18). Bei Berücksichtigung der als Vorschüsse gebuchten Zahlungen dürfte schon der Jahresabschluß Rj. 1948 defizitär gewesen sein. Es waren damals auch bereits Kassenkredite in Anspruch genommen worden.

Diese Lage am Ende des Rj. 1948 und die Ungewißheit der weiteren Entwicklung mußten bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans Rj. 1949 zu größter Vorsicht und Sparsamkeit mahnen.

Der durch das Haushaltsgesetz vom 29. August 1949 festgestellte Staatshaushaltsplan war im ordentlichen Haushalt mit 1 511 921 000 DM und im außerordentlichen Haushalt mit 66 000 000 DM in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen. Auch die StHR 1949 über den außerordentlichen Haushalt war mit 47 396 413,45 DM in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen. Das Rechnungsergebnis des ordentlichen Haushalts weist jedoch einen Fehlbetrag von 115 797 881,01 DM aus.

Dieser Fehlbetrag ergab sich daraus, dass Wenigereinnahmen von 145 138 891,48 DM Wenigerausgaben von 291 941 701,45 DM und Mehrausgaben von 262 600 690,98 DM, mithin Wenigerausgaben von 29 341 010,47 DM gegenüberstanden. In den Mehrausgaben waren 128 377 393,02 DM überplanmässige und 43 045 222,07 DM außerplanmässige Ausgaben enthalten.

Auch im Rj. 1949 sind wieder in einer Anzahl von Fällen Haushaltsausgaben unter Verletzung der Vorschrift des § 27 RHO als Vorschüsse gebucht worden (vgl. die Einzelbemerkung Nr. 8). Bei Berücksichtigung dieser Zahlungen, die allein bei der Staatshauptkasse sich auf rd. 14 Mio DM beliefen, wäre der Fehlbetrag entsprechend größer gewesen.

Das Ergebnis der Haushaltsführung im Rj. 1949 gibt dem Rechnungshof zu folgenden grundsätzlichen Ausführungen Anlaß:

Der Staatshaushaltsplan hat im wesentlichen zwei Aufgaben:

Eine politische und eine finanzwirtschaftliche. Die politische Funktion des Haushaltsplans kommt in der verfassungsmässig verankerten Aufgabe der Volksvertretung zur Feststellung des Haushaltsplanes zum Ausdruck (vgl. Art. 139 HV). Der Haushaltsplan dient insoweit der rechtsverbindlichen Abgrenzung der Befugnisse von Exekutive und Legislative. Er ist eines der wirksamsten Mittel zur Lenkung und Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament. Finanzwirtschaftlich hat der Haushaltsplan die Aufgabe, eine geordnete und planvolle Wirtschaftsführung des Landes zu gewährleisten mit dem Ziel, das Gleichgewicht zwischen Bedarf und Deckung herzustellen und zu sichern.

Die Feststellung des Haushaltsplanes geschieht durch ein förmliches Gesetz und soll grundsätzlich vor Beginn des Rechnungs-

jahres erfolgen (Art. 139 Abs.2 HV). Der Landtag muß diese ihm verfassungsmässig obliegende Aufgabe selbst erledigen und kann sie nicht ganz oder teilweise auf einen Ausschuß übertragen.

Der Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts ist zwar weder in der HV noch in der RHO ausdrücklich verankert. Es hat aber in Praxis und Literatur nie ein Zweifel darüber bestanden, dass auch die Reichshaushaltsordnung von diesem Grundsatz ausgeht (vgl. hierzu Schulze-Wagner RHO Anmerkung 1 zu § 75). Er liegt auch den Vorschriften der HV zu Grunde. Dies ergibt sich sowohl aus Art. 139 a.a.O., wonach der Landtag durch Bewilligung der erforderlichen laufenden Mittel für die Deckung des Staatsbedarfs zu sorgen hat, als auch aus Art. 142 a.a.O., wonach Beschlüsse des Landtags, welche Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bestimmen müssen, wie diese Ausgaben gedeckt werden sollen. In Art. 110 Abs.2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) ist für den Bundeshaushalt ausdrücklich vorgeschrieben, dass der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auszugleichen ist. Ferner bestimmt § 28 des Umstellungsgesetzes (UG), der noch geltendes Recht ist, für die gesamte öffentliche Hand, dass die Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt sein müssen. Der Grundsatz der Ausgabendeckung durch die Einnahmen gilt darüber hinaus ohne Rücksicht auf eine gesetzliche Verankerung für jede geordnete Wirtschaftsführung.

In der modernen Finanztheorie wird allerdings die Auffassung vertreten, dass es aus konjunkturpolitischen Gründen erforderlich sei, von dem jährlichen Gleichgewicht des Haushalts abzugehen und sich mit einem Ausgleich innerhalb mehrerer Jahre zu begnügen. Auf diese Theorien, gegen die - abgesehen davon, dass sie im geltenden deutschen Haushaltsrecht keine Stütze finden - vor allem eingewendet wird, dass sich die Entwicklung in der Zukunft nicht zuverlässig voraussehen läßt, soll hier nicht näher eingegangen werden (vgl. hierzu Schmölders "Modernistische Fiskalpolitik" in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Jahrgang 1951, Heft 9, S.217 ff. und Gerloff, Handbuch der Finanzwissenschaft, 2.Aufl.1950, Bd. 1 S. 51).

Die Versuche, von der Etatseite her im Wege des sog. deficit spending die Konjunktur zu beeinflussen, begegnen insbesondere dann stärksten Finanz- und währungspolitischen Bedenken, wenn sie zu einer erheblichen kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand führen. Auf der Länderebene steht ihnen außerdem das Bedenken entgegen, dass die Gesetzgebung über die wichtigeren Steuern dem Bund zusteht (Art. 105 Abs. 2 GG) und daher den Ländern die Einflußnahme auf die Höhe der Steuereinnahmen weitgehend genommen ist. Auch ist es ungewiß, wie weit der Bund jeweils auf Steuereinnahmen des Landes zurückgreifen wird (Art. 106 Abs. 3 und 4 GG).

Der Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts bedarf der Ergänzung durch die Grundsätze der Vollständigkeit und der Genauigkeit des Haushaltsplans (§ 9 ff. RHO), denn ohne die Aufnahme sämtlicher voraussichtlicher Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplan und ohne sorgfältige Ermittlung ihrer voraussichtlichen Beträge wäre das Gleichgewicht nur ein scheinbares, ein sog. papierenes Gleichgewicht.

Ob bei der Aufstellung des Haushaltsplans für das Rj. 1949 die Grundsätze der Vollständigkeit und der Genauigkeit genau beachtet worden sind, läßt sich nachträglich schwer beurteilen, da sich unmittelbar nach der Währungsreform die wirtschaftliche Entwicklung kaum voraussehen ließ. Das Rechnungsergebnis gibt allerdings in dieser Hinsicht zu gewissen Zweifeln Anlaß. Insbesondere läßt sich nicht bestreiten, dass in den Einnahmen des Haushaltsplans einige Posten, wie z.B. der Veräußerungserlös für die Landeszentralbankanteile in Höhe von 30 Mio DM (Epl. X OH. Kap. 15 Titel 1 der Einnahme), enthalten waren, deren Eingang schon bei der Feststellung des Haushaltsplans sehr zweifelhaft war und die daher besser unberücksichtigt geblieben wären.

Andererseits darf nicht außer acht gelassen werden, dass der Haushaltsplan weitgehend auf Annahmen und Schätzungen beruht. Die Haushaltsentwicklung im Laufe eines Rj. wird daher im allgemeinen in vieler Hinsicht von der Veranschlagung abweichen. Diese Abweichungen können sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabeseite eintreten. Übersteigen die Einnahmen die veranschlagten Beträge oder bleiben die Ausga-

ben hinter dem veranschlagten Bedarf zurück, so ist eine derartige Entwicklung in der Regel unbedenklich und gibt keinen Anlaß zu besonderen Maßnahmen. Sie führt zu einem Überschuß in der StHR.

Anders liegen die Dinge, wenn entweder die Einnahmen wesentlich hinter den veranschlagten Beträgen zurückbleiben oder zusätzlicher Ausgabebedarf auftritt. Eine derartige Störung des Gleichgewichts kommt in der Haushaltsrechnung als Fehlbetrag zum Ausdruck und führt zu kassenmässigen Schwierigkeiten. Wenn solche Störungen des Gleichgewichts ein grösseres Ausmaß annehmen, machen sie Maßnahmen erforderlich, die auf die baldige Wiederherstellung des Gleichgewichts abzielen. Denn der Grundsatz des Haushaltsgleichgewichts wäre unvollständig, wenn er sich nur auf die Aufstellung des Haushaltsplans, nicht aber auf dessen Vollzug und die StHR bezöge. Heinig drückt dies in seinem Werk "Das Budget" (Band I S. 2 ff.) wie folgt zutreffend aus:

" Das Gleichgewicht des Budgets, also der staatlichen Einnahmen und Ausgaben im Voranschlag, im Vollzug und in der Rechnung ist ein Qualitätsmesser der staatlichen Finanzen."

Das Haushaltsgesetz Rj. 1949 sah in § 2 Abs. 2 und § 10 Abs. 2 ausdrücklich Maßnahmen zur Erhaltung des Haushaltsgleichgewichts vor. In § 2 Abs. 2 dieses Gesetzes war dem Minister der Finanzen die Befugnis eingeräumt worden, anzuordnen, dass die Haushaltsansätze nur bis zu einer bestimmten Höhe in Anspruch genommen werden dürfen, wenn die Einnahmeentwicklung oder Kassenlage dies erfordert. Es entzieht sich der Kenntnis des Rechnungshofs, inwieweit hiervon Gebrauch gemacht worden ist. Die Vorschrift des § 10 Abs. 2 aaO., die bestimmte

"Die Landesregierung wird beauftragt, weitere Sparmaßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung dem Landtag vorzuschlagen. Er bedient sich dabei des Ausschusses für die Durchführung der Sparverordnung (Neunerausschuß) und des Rechnungshofs des Landes Hessen. Dieser Ausschuß führt künftig die Bezeichnung "Spar-Ausschuß". "

hat, soweit der Rechnungshof feststellen konnte, keine grössere praktische Bedeutung erlangt.

Auch die Versuche der Regierung, durch gesetzgeberische Maßnahmen der Haushaltsverschlechterung entgegenzuwirken (Ge-

gesetz zur Sicherung der Haushaltsführung - sog. Blumenstraußgesetz - vom 1. Februar 1950 - (GVBl. S. 14) hatten nur einen geringen finanziellen Erfolg.

Für den Fall eines zusätzlichen Ausgabebedarfs sehen Art. 143 HV und § 33 RHO vor, dass Haushaltsüberschreitungen und im Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben, sog. außerplanmäßige Ausgaben, mit vorheriger Zustimmung des Finanzministers getätigt werden dürfen. Der Finanzminister darf einer derartigen Maßnahme nur ausnahmsweise im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses zustimmen. Soweit über - oder außerplanmäßige Ausgaben im Betrag von 10 000 DM und höher geleistet werden, sind sie vierteljährlich der Volksvertretung mitzuteilen. Darüber hinaus bedürfen sämtliche über- und außerplanmäßige Ausgaben der nachträglichen Genehmigung des Landtags (§ 83 RHO und Art. 143 Abs. 2 HV).

Eine nachträgliche Änderung des Haushaltsplans kann auch in der Form des Nachtragshaushaltsplans vorgenommen werden (§ 12 RWB). Seine Aufstellung und Verabschiedung regelt sich nach den für den Haushaltsplan geltenden Vorschriften. Von dieser Möglichkeit ist im Rj. 1949 nicht Gebrauch gemacht worden. Dagegen sind in rd. 600 Fällen über- und außerplanmäßige Ausgaben in der bereits genannten Höhe geleistet worden, obwohl der Finanzminister in einem Rundschreiben an die obersten Landesbehörden vom 30. September 1949 folgendes zum Ausdruck gebracht hatte:

" Es muß gerade in diesem Jahre entscheidender Wert darauf gelegt werden, dass der Haushaltsplan innegehalten wird. Die Entwicklung der Kassenlage zwingt dazu, dass jede Haushaltsüberschreitung (außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgabe) mangels Deckungsmöglichkeit u n t e r b l e i b t . "

Eine solche Entwicklung ist umso bedenklicher, wenn, wie es im Rj. 1949 der Fall war, die tatsächlich aufkommenden Einnahmen weit hinter den veranschlagten Beträgen zurückbleiben. Es mußte daher bei der Zulassung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Haushaltsausgaben ein besonders strenger Maßstab angelegt werden, zumal sich aus den Niederschriften über die Sitzungen des Landtags ergibt, dass schon bei den Haushaltsberatungen über die Problematik der Schätzung einzelner Einnahmeansätze kein Zweifel bestand. Ob es sich in

allen Fällen, in denen Ausgabeansätze überschritten oder außerplanmäßige Ausgaben geleistet wurden, um unabweisbare Bedürfnisse handelte, vermochte der Rechnungshof nicht einwandfrei festzustellen. Die von ihm in einzelnen Fällen vorgenommenen Nachprüfungen lassen dies aber zweifelhaft erscheinen (vgl. die Einzelbemerkung Nr. 7).

Einer Untersuchung bedarf noch die Frage, in welchen Fällen für die Deckung eines im Laufe des Haushaltsjahres auftretenden zusätzlichen Ausgabebedarfs von der Möglichkeit des § 33 RHO Gebrauch gemacht werden kann und wann hierzu ein Nachtragshaushaltsplan erforderlich ist. Die Beantwortung dieser Frage wird einmal von der Höhe der in Rede stehenden Beträge und dem Ausmaß der dadurch bedingten Störung des Haushaltsgleichgewichts sowie davon abhängen, ob die vorgesehenen Maßnahmen aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen die vorherige oder alsbaldige nachträgliche Billigung durch das Parlament angezeigt erscheinen lassen (Politische Aufgabe des Staatshaushalts). Dabei wird stets zu beachten sein, dass Haushaltsüberschreitungen über den Weg des § 33 Abs. 1 RHO die Ausnahme bilden sollen.

Auch wenn das Haushaltsgleichgewicht wesentlich durch eine ungünstige Entwicklung der Einnahmen gestört wird, kann ein Nachtragshaushaltsplan erforderlich werden.

Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten die Verhältnisse im Rj. 1949, so wäre es nach Ansicht des Rechnungshofs angebracht gewesen, den Landtag im Wege des Nachtragshaushaltsplans einzuschalten, insbesondere im Hinblick darauf, dass den erheblichen Mehrausgaben keine entsprechenden Mehreinnahmen gegenüber standen, sondern die Gesamteinnahmen wesentlich hinter dem Haushaltsansatz zurückblieben. Der Landtag hätte dann darüber zu beschließen gehabt, ob und wie das Gleichgewicht des Haushalts wieder hätte hergestellt werden können. Falls zusätzliche Einnahmen nicht in Betracht kamen, wären doch vielleicht Ausgabebeschränkungen möglich gewesen, da nach Ansicht des Rechnungshofs nicht alle Haushaltsmehrausgaben zwangsläufig waren.

Auch in der Haushaltspraxis des ehem. Reiches ist häufig von der Möglichkeit, den Haushaltsplan durch einen Nach-

tragshaushaltsplan zu ändern, Gebrauch gemacht worden. Der Bund hat diese Praxis übernommen, ebenso haben einige Länder, wie z.B. Württemberg-Baden, in den letzten Jahren Nachtrags- haushaltspläne aufgestellt (vgl. auch hierzu die Regelung in § 12 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushalts- plans für das Rj. 1951 vom 7. Dezember 1951 - BGBI. II S. 201).

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Bestimmung des § 33 Abs. 1 Satz 3 RHO Bedeutung, wonach über- und außerplanmäßi- ge Ausgaben von 10 000 DM und mehr vierteljährlich dem Land- tag mitzuteilen sind. Diese Mitteilungen sollen das Parla- ment in die Lage versetzen, frühzeitig mit der Regierung in eine Erörterung über die Haushaltslage und über die ihm zur Wiederherstellung des etwa gestörten Haushaltsgleichgewichts erforderlich scheinenden Maßnahmen einzutreten. Der Bestim- mung des § 33 Abs. 1 Satz 3 RHO ist von der Regierung im Rj. 1949 nicht entsprochen worden (vgl. die Sammelbemerkung in Abschnitt C IIa der Bemerkungen).

II. Betrachtungen zum außerordentlichen Haushalt

Nach § 3 Abs. 2 RHO hat ein außerordentlicher Haushalt zur Voraussetzung, dass die in ihm vorgesehenen Ausgaben durch Anleihen und die sonstigen a.a.O. aufgeführten Einnahmen ge- deckt werden. Der ursprünglich dem Landtag vorgelegte Haus- haltsplanentwurf entsprach im wesentlichen diesen Erforder- nissen. Er schloß in Einnahme und Ausgabe mit 80 Mio DM ab. Die Deckung der vorgesehenen Ausgaben sollte durch Rückein- nahmen an Zinsen und Tilgungen aus Wohnungsbaudarlehen in Höhe von 1 Mio DM, durch Beiträge der Landesarbeitsverwal- tung in Höhe von 14 Mio DM und im übrigen (65 Mio DM) durch Anleihen erfolgen.

Im Hinblick auf § 28 UG, der in der damals gültigen Fassung bestimmte, dass die Beschaffung von Mitteln im Kreditwege durch die öffentliche Hand nur im Vorgriff auf künftige Ein- nahmen zulässig ist, versagte jedoch die Militärregierung ihre Zustimmung zu diesem Entwurf. Trotzdem wurde in den end- gültigen Haushaltsplanentwurf ein außerordentlicher Haushalt aufgenommen. Dabei wurden anstelle der ursprünglich beab- sichtigten Anleihendeckung Abführungen des ordentlichen Haus-

halts an den außerordentlichen Haushalt in Höhe von 51 Mio DM vorgesehen (vgl. § 2 des Haushaltsgesetzes). Im übrigen wurden die ursprünglichen Einnahmeansätze in Höhe von 15 Mio DM beibehalten. Nach entsprechender Herabsetzung der Ausgaben war der außerordentliche Haushalt nunmehr in Einnahme und Ausgabe mit 66 Mio DM ausgeglichen.

Diese Regelung war mit § 3 RHO nicht vereinbar. Diese Bestimmung läßt nur eine Abführung von Überschüssen des ordentlichen Haushalts an den außerordentlichen Haushalt zu. Abgesehen davon sind Abführungen des ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt auch um deswillen bedenklich, weil sie zu einer Aufblähung des Haushalts führen, da die betreffenden Beträge doppelt in Einnahme und Ausgabe erscheinen.

Die im außerordentlichen Haushalt ausgewiesenen Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben widersprechen dem § 33 Abs. 2 RHO, der ausdrücklich bestimmt, dass Ausgabebewilligungen im außerordentlichen Haushalt nicht überschritten werden dürfen.

In Wirklichkeit handelte es sich hiernach bei dem außerordentlichen Haushalt des Rj. 1949 nicht um einen echten außerordentlichen Haushalt, sondern um einen besonderen Teil des ordentlichen Haushalts. Es hätte daher nach Ansicht des Rechnungshofs die Bezeichnung "Außerordentlicher Haushalt" vermieden werden sollen.

Der Rechnungshof mißt aus diesem Grunde auch den zum außerordentlichen Haushalt Rj. 1949 aufgestellten Bemerkungen im wesentlichen nur förmliche Bedeutung bei (siehe die Einzelbemerkungen Nr. 13 und 14).

III. Allgemeines über den Zahlungsverkehr

Der Rechnungshof hat schon früher öfter beanstanden müssen, dass Einzahlungen und Auszahlungen vorschriftswidrig außerhalb einer staatlichen Kasse und ohne die zwingend vorgeschriebenen Annahme- und Auszahlungsanordnungen angenommen

oder geleistet worden sind, und dass sich Bedienstete von Verwaltungsstellen in den Zahlungsverkehr staatlicher Kassen unbefugt eingeschaltet haben. Bei der Rechnungsprüfung für das Rj. 1949 hat der Rechnungshof wiederum erhebliche Verstöße dieser Art festgestellt, die es einem Beamten ermöglichen haben, grössere Beträge zu veruntreuen. Er hatte staatliche Einnahmen selbst entgegengenommen oder von dem ihm zugewiesenen Angestellten annehmen lassen und sie nur teilweise an die Staatshauptkasse eingezahlt. In anderen Fällen hat er die Erlöse aus dem Verkauf von staatseigenen Gegenständen auf ein ursprünglich für andere Zwecke vorgesehenes, vom Minister der Finanzen nicht genehmigtes Bankkonto überweisen lassen und aus ihm auch Ausgaben geleistet. Durch den unmittelbaren Zahlungsverkehr über dieses Konto unter Umgehung der Staatshauptkasse wurden die Unterschlagungen wesentlich erleichtert. Der Rechnungshof erachtet es für unbedingt erforderlich, dass die Bestimmungen der RHO, VKO und RWB von allen Dienststellen gewissenhaft eingehalten werden. Er wird künftig besonders darauf achten, und verlangen, dass die für die Nichtbeachtung der Bestimmungen schuldigen Beamten haftbar gemacht werden.

B. Besonderer Teil - Ordentlicher Haushalt -

I. Haushalt des Ministers des Innern - Epl. II -

1. Landratsämter (Kap. 5)

Bereits in der Denkschrift zur StHR 1948 S. 34 hat der Rechnungshof den Erlaß eines neuen Landesgebührengesetzes als dringend notwendig bezeichnet. Auch aus dem Landtag ist inzwischen eine dahingehende Forderung erhoben worden. Zur vorläufigen Beseitigung der aufgetretenen Schwierigkeiten ist mittlerweile zwischen den beteiligten Ministerien und dem Hessischen Landkreistag eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der alle für Amtshandlungen der Kreiskommunalverwaltungen, für Auftragshandlungen der Kreiskommunalverwaltungen und für Amtshandlungen der Landratsämter ab 1. Januar 1951 erhobenen Verwaltungsgebühren zwischen dem Land Hessen einerseits und den einzelnen

Landkreisen andererseits zu gleichen Teilen geteilt werden. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fleischbeschaugebühren und die für Rechnung des Straßenzentralamts in Bielefeld erhobenen Gebühren. Für das Rj. 1950 haben die Landkreise an das Land Gebühren nicht mehr abzuführen, wenn sie mindestens 50 v.H. der in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1950 aufgetretenen und unter die oben genannte Regelung fallenden Verwaltungsgebühren an die Staatskasse abgeführt haben.

Die zwischen dem Land und den Landkreisen zustandegekommene Vereinbarung über die Gebührenabführung geht sowohl über die Vorschriften des § 1 Abs. 2 der Preußischen Verwaltungsgebührenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Mai 1934 (GS S. 161) als auch über den Rahmen der nach § 1 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Landesgebührengesetzes vom 20. Juni 1936 (Reg. Bl. S. 37) zulässigen Regelung hinaus. Der Rechnungshof ist deshalb der - auch den beteiligten Ministerien gegenüber vertretenen - Auffassung, dass die zwischen dem Land und den Landkreisen zustandegekommene Vereinbarung gesetzlich zu untermauern ist.

Der Erlaß eines neuen Landesgebührengesetzes sollte durch die nur vorläufigen Charakter tragende Vereinbarung mit dem Hessischen Landkreistag nicht länger hinausgeschoben werden.

2. Wirtschaftsverwaltungsamt der Hess. Landespolizei (Kap. 7 B)

In der Denkschrift zur StHR 1948 S. 34 hat sich der Rechnungshof vorbehalten, in der Denkschrift zur StHR 1949 auf das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hess. Landespolizei zurückzukommen. Die Errichtung des Wirtschaftsverwaltungsamts wurde durch Erlaß des Ministers des Innern vom 1. Februar 1949 mit Wirkung vom 1. April 1949 angeordnet. Dem Wirtschaftsverwaltungsamt ist die zentrale Bearbeitung aller Angelegenheiten der Wirtschaftsverwaltung der staatlichen Polizei übertragen, insbesondere die Festsetzung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die Unterbringung der Polizeidienststellen, Ausstattung mit Dienstgeräten, Bekleidung und Ausrüstung, Fahrzeuge usw..

Dem Wirtschaftsverwaltungsamt obliegt mithin die Ausführung des Haushaltsplans, soweit er staatliche Polizeiangelegenheiten betrifft. An dieser Zusammenfassung ist von verschiedenen Seiten Kritik geübt worden, mit dem Hinweis darauf, dass die räumliche Entfernung des Wirtschaftsverwaltungsamtes von den zu betreuenden Dienststellen eine umständliche und zeitraubende Arbeitsweise zur Folge habe. In einem Gutachten, das der Rechnungshof auf Veranlassung des Ministers des Innern erstattet hat, sind die Vorzüge und Nachteile einer solchen zentralen Bearbeitung gegeneinander abgewogen worden mit dem Ergebnis, dass grundsätzlich eine stärkere Dezentralisierung eines grösseren Teiles dieser Aufgaben erstrebt werden sollte, dass eine solche Regelung für die Gendarmerie-Kreiskommissariate und Gendarmerie-Einsatzleitungen vorläufig jedoch wegen der monatlichen Betriebsmittelzuweisungen noch nicht durchgeführt werden könne. Bei den Polizeischulen und den Abteilungen der Wirtschaftspolizei sind jedoch die durch die monatliche Betriebsmittelbewirtschaftung entstandenen zeitbedingten Schwierigkeiten nicht in dem Maße vorhanden. Der Rechnungshof hat deswegen empfohlen, diese Dienststellen mit der Erledigung der örtlichen Verwaltungsangelegenheiten bis auf einige Ausnahmen zu betrauen. Neuere Erhebungen bei der Landespolizeischule Nord in Hofgeismar haben zu dem gleichen Ergebnis geführt. Der Minister des Innern hat den Empfehlungen des Rechnungshofs entsprochen. Von dieser Neuregelung darf eine raschere Erledigung der anfallenden Arbeiten erwartet werden, ohne dass eine Personalvermehrung bei den örtlichen Stellen erforderlich werden wird.

3. Gendarmerie (Kap. 8 A)

In der Denkschrift zur StHR 1948 S. 36 ist schon darauf hingewiesen worden, dass nach Auffassung des Rechnungshofs die Zahl der im Gendarmeriedienst eingesetzten Beamten zu hoch ist. Der Rechnungshof hat, nachdem mit den Einstellungen für die Bereitschaftspolizei begonnen worden war, erneut hervorgehoben, dass er eine allmähliche Verringerung des Personalbestandes der Gendarmerie für möglich und notwendig halte. Er hat daher vorgeschlagen, künftig freiwerdende Gendarmeriebeamtenstellen so lange

nicht mehr zu besetzen, bis die Zahl der Beamten einem neu aufzustellenden, nur die Bedürfnisse des Gendarmerie-dienstes berücksichtigenden Stellenplan entspreche. Der Minister des Innern hat die Gesamtzahl der Gendarmerie-beamtenstellen seit 1949 von 2 129 um 45 Stellen auf 2 084 im Haushaltsplan 1951 vorgesehene Stellen vermindert. Er hat darüber hinaus eine grössere Anzahl von Beamten aus dem Gendarmerie-Einzeldienst herausgezogen und in die motorisierte Verkehrspolizei übernommen, die ohne Vermehrung ihres Personals und ihrer Bereitschaften den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr genügen konnte. Die Verkehrsbereitschaften in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden wurden auf je 80 Stellen verstärkt und in Hanau wurde eine neue Verkehrsbereitschaft errichtet, die 60 Beamte umfaßt. Weitere Verkehrsbereitschaften sind für das Rj. 1952 in Gießen, Marburg und Hersfeld mit je 60 Beamten vorgesehen. Ferner sind für die Verwaltung und Überwachung des Kraftfahrzeugbestandes und der technischen Einrichtungen 7 techn. Inspektoren vorgesehen.

Für den Gendarmerie-Einzeldienst sind danach z.Z. verfügbar:

nach dem Haushaltsplan 1951					2 084 Stellen
abzüglich für					
die Verkehrsbereitschaften					
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden					
je 80 = 240 Stellen					
die Verkehrsbereit-					
schaft Hanau	60	"			
Techn. Inspektoren	7	"	=	307	"
					1 777 Stellen.
Nach Errichtung der Verkehrsbereit-					
schaften in Gießen, Marburg und					
Hersfeld im Rj. 1952 mit je 60 Stellen =				180	"
werden für den Gendarmerie-Einzeldienst					
noch verbleiben					1 597 Stellen.

Diese Zahl erscheint dem Rechnungshof nach den derzeitigen Verhältnissen angemessen.

4. Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten Darmstadt
(Kap. 13 B)

Bereits bei der Prüfung der Rechnung des Untersuchungsamts für Infektionskrankheiten Darmstadt für das Rj. 1948 war

aufgefallen, dass dessen Leiter neben seinen Dienstbezügen Nebeneinnahmen von rd. 10 000 DM aus klinischen und Wasseruntersuchungen bezog. Nur von einem Teil dieser Nebenbezüge war der 10-%ige Anteil des Landes Hessen für die Benutzung staatlicher Einrichtungen nach dem Runderlaß des früheren Reichsministers des Innern vom 29. Juli 1938 an die Staatskasse abgeführt worden. Durch Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten in Darmstadt war erreicht worden, dass vom 1. Oktober 1949 an von den in größerem Umfange durchgeführten Wasseruntersuchungen die Hälfte der Gebühren an die Staatskasse abzuführen ist, von den übrigen Nebeneinnahmen aus klinischen Untersuchungen allgemein 10 %, was eine Mehreinnahme für die Staatskasse von jährlich mindestens 2 000 DM bedeutet.

Die Prüfung der Rechnung für das Rj. 1949 ergab nun, dass die Nebeneinnahmen des Leiters des Untersuchungsamts trotzdem weiter auf über 12 000 DM gestiegen sind. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hielt der Rechnungshof es nicht für vertretbar, dass ein beamteter Arzt über ein Viertel der insgesamt eingegangenen Untersuchungsgebühren als Nebeneinnahmen bezieht, zumal sein Untersuchungsamt alljährlich einen grösseren Staatszuschuß beansprucht. Die Ermittlungen über die Verhältnisse bei drei anderen Ländern haben ergeben, dass in Württemberg-Baden die klinischen und Wasseruntersuchungen zu den Dienstaufgaben des Med. Untersuchungsamts Stuttgart gehören, weshalb die damit betrauten Beamten an den Gebühren nicht beteiligt sind;

dass in Niedersachsen beide Gebührengruppen als Nebeneinnahmen der Leiter der Med. Untersuchungsämter angesehen werden, wovon 10 % für Benutzung staatlicher Einrichtungen und Tätigkeit des Personals an die Staatskasse abgeführt werden;

dass in Nordrhein-Westfalen der Leiter des Staatl. Med. Untersuchungsamts Düsseldorf anstelle der vorgesehenen 10-%igen Gebührenbeteiligung des Staates die Sach- und Personalkosten für diese Untersuchungen aus eigenen Mitteln bestreitet.

Auch in Hessen selbst wird nicht einheitlich verfahren. Bei der Staatl. Medizinal- Untersuchungsstelle Dillenburg

werden die Gebühren für Wasseruntersuchungen, um die es sich überwiegend handelt, in voller Höhe zugunsten der Staatskasse erhoben. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass z.B. die chemischen Trinkwasseruntersuchungen durch die Staatl. Chemischen Untersuchungsanstalten ohne weiteres als Pflichtaufgaben der damit befaßten Bediensteten ohne Gebührenbeteiligung gelten, wogegen die bakteriologischen Wasseruntersuchungen durch die Medizinal-Untersuchungsämter vielfach - wie auch bei dem Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten Darmstadt - als Nebentätigkeit des Leiters angesehen werden. Der Rechnungshof ist der Auffassung, dass Trinkwasseruntersuchungen in allen Fällen öffentliche Aufgaben darstellen und daher nicht als Nebentätigkeit, sondern als Pflichtaufgaben der Bediensteten der Untersuchungsämter anzusehen sind.

Aus diesen Erwägungen hat der Rechnungshof den Regierungspräsidenten in Darmstadt als Aufsichtsbehörde veranlaßt, zu prüfen, ob künftig nicht die gesamten Gebühren für Wasseruntersuchungen zugunsten der Staatskasse erhoben werden können und auch aus der übrigen Nebentätigkeit ein höherer Gebührenanteil als 10 % an die Staatskasse abzuführen ist. Der Regierungspräsident in Darmstadt hat daraufhin verfügt, dass vom 1. Februar 1951 an

75 %	anstatt	bisher	50 %	der Gebühren für Wasser-
				untersuchungen und
20 %	"	"	10 %	von den Nebeneinnahmen aus
				klinischen Untersuchungen

zugunsten der Staatskasse eingezogen werden.

Wenn diese Regelung auch noch nicht vollkommen befriedigt, hat der Rechnungshof sich vorläufig mit ihr einverstanden erklärt. Der Regierungspräsident in Darmstadt hat im übrigen den Minister des Innern in Wiesbaden um Genehmigung seiner Maßnahmen und um eine einheitliche Behandlung beider Untersuchungsämter - Darmstadt und Dillenburg - gebeten. Die ministerielle EntschlieÙung bleibt daher zunächst abzuwarten.

II. Haushalt des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt - Epl. III -

Leistungen auf Grund des KB-Leistungsgesetzes (Kap. 6)

Der Rechnungshof hat im Sommer 1949 - teils gemeinschaftlich mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger - die Geschäftsführung, hauptsächlich die organisatorischen Angelegenheiten, der Landesversicherungsanstalt Hessen (KB-Hauptabteilung) geprüft. Einige der damit verbundenen Vorschläge des Rechnungshofs sind als erledigt zu betrachten, weil Aufwendungen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und andere in Betracht kommende Personen gemäß dem Ersten Gesetz zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund mit Wirkung vom 1. April 1950 an für das Land weggefallen sind. Die übrigen Vorschläge des Rechnungshofs sind erst teilweise berücksichtigt worden oder werden, wie beispielsweise die Vorschläge zur Überwachung der Einnahmen und Ausgaben und über die Unterrichtung des Personals der KB-Dienststellen, noch behandelt. Der Rechnungshof hat in einem bei der Prüfung erbetenen Gutachten noch auf das Erfordernis hingewiesen, die Rechtsverhältnisse der Bediensteten der KB-Dienststellen - insbesondere die der Beamten der früheren Versorgungsämter - zu klären. Diesem Erfordernis ist durch den gemeinsamen Erlaß des Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft, des Ministers der Finanzen und des Direktors des Landespersonalamts vom 24. Juni 1950 - Staatsanzeiger S. 314 - in der Hauptsache entsprochen worden.

Der Rechnungshof hatte schon im August 1949 auf besondere Umstände hingewiesen, die der Verbandsprüfstelle bei Prüfung der Landesapothek Marburg aufgefallen waren. Der Bericht dieser Stelle enthält auch Vorschläge über die Geschäftsführung des leitenden Apothekers und die Behandlung der Bestände an Arzneien, Heilmitteln und dergl. Wären diese Vorschläge verwertet worden, hätte den im Juli 1951 entdeckten Unregelmässigkeiten des leitenden Apothekers voraussichtlich vorgebeugt werden können.

Die auf Grund des Bundesgesetzes über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung vom 12. März

1951 (BGBl. I S. 169) errichteten besonderen Behörden, Stellen und Anstalten der Versorgungsverwaltung gehören zwar der Hessischen Staatsverwaltung an, bewirtschaften aber fast ausschließlich Haushaltsmittel des Bundes. Das hat u.a. auch zur Folge, dass die Haushalts- und Wirtschaftsführung dieser Landesbehörden (stellen und -anstalten) gemäß § 4 Abs.5 des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofs vom 27. November 1950 (BGBl. S. 765) vom Bundesrechnungshof gemeinsam mit dem Rechnungshof des Landes Hessen zu prüfen ist.

III. Haushalt des Ministers für Kultus und Unterricht - Epl. IV -

1. Übernahme von Angelegenheiten des höheren Schulwesens auf das Ministerium (Kap. 1 und 42)

In der Denkschrift für die Rj. 1946 und 1947 S. 55 wurde die Übernahme des höheren Schulwesens auf das Ministerium bemängelt und angeregt, die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte der höheren Lehranstalten baldigst wieder den Regierungspräsidenten als den hierfür geeigneten Behörden zu übertragen.

Eine Verlagerung der Aufgaben auf die mittlere Verwaltungsstufe ist auch im Rj. 1949 und auch bis heute unterblieben. In der Zeit des Neuaufbaues der Staatsverwaltung mag es angezeigt gewesen sein, die Aufgaben im Interesse einer einheitlichen Bearbeitung in die zentrale Instanz zu ziehen. Mit fortschreitender Festigung der Verhältnisse sollte aber die frühere Regelung wieder hergestellt werden. Die Zusammenlegung der Regierungs- (ministeriellen) Funktionen mit den Verwaltungsfunktionen widerspricht dem Grundsatz, dass die Verwaltungsdurchführung von der zentralen (obersten) Verwaltungsaufsicht und den eigentlichen Regierungsaufgaben zu trennen ist.

2. Gutachter- und Nebentätigkeit von Instituts- und Klinikdirektoren und von Professoren (Kap. 11 bis 15)

Durch die Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen (HBG)

i.d.F. vom 25. Juni 1948 (GVBl. S. 101) vom 21. Juni 1950 (GVBl. S. 110) wurden neue Bestimmungen über die Nebentätigkeit der Beamten, insbesondere der Hochschullehrer und der beamteten Ärzte, erlassen. Wie der Rechnungshof bei Prüfungen festgestellt hat, ist die Anwendung der Bestimmungen z.T. unterblieben, weil insbesondere die Vorschriften des § 15 hinsichtlich der festgesetzten Entschädigung problematisch erschienen. Während nach der früheren Regelung als Entschädigung $3 \times 5 = 15\%$ insgesamt abzuführen waren, läßt der Wortlaut der neuen Bestimmungen nunmehr die Deutung zu, dass nur eine Gesamtentschädigung von 10% der Einnahmen (als Mindesteinnahme) zu entrichten sei. Der Sinn der Verordnung dürfte aber eine Verdoppelung der Entschädigung auf je $10\% = 30\%$ gewesen sein.

Außerdem haben die betroffenen Kreise (Direktoren, Professoren usw.) erhebliche Bedenken gegen die Anwendung der Vorschriften geäußert und deren Rechtmässigkeit angezweifelt. Ergänzende Anordnungen oder Ausführungsbestimmungen zur Beseitigung der Zweifel und zur Festlegung des Abrechnungsverfahrens sind trotz mehrfacher Hinweise, auch des Rechnungshofs, bisher nicht ergangen.

Der Minister für Erziehung und Volksbildung hat sich darauf beschränkt, auf mündlichem Wege den Universitäten und Hochschulen die Anweisung zu geben, von der Anwendung der Bestimmungen der §§ 15 und 16 der Verordnung zunächst abzusehen, doch die Direktoren, Professoren usw. zu verpflichten, über ihre Einnahmen genaue Aufzeichnungen zu führen, damit die Feststellung der zu zahlenden Entschädigung später ohne Schwierigkeiten möglich ist.

Der Minister für Erziehung und Volksbildung ist gebeten worden, eine endgültige Entscheidung, die allerdings aus naheliegenden Gründen im Benehmen mit den anderen Ländern getroffen werden muß, der Dringlichkeit wegen alsbald herbeizuführen.

3. Haushaltsaufstellung, Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben (Kap. 11, 20 und 33)

Eine klare und durchsichtige Haushaltsführung erfordert, dass die Einnahmen und Ausgaben bei Aufstellung des Haushaltsplans so sicher wie möglich berechnet oder geschätzt werden. Sofern feststehende Beträge nicht ausgeworfen werden können, hat die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben nach den Vorschriften des § 10 RHO zu erfolgen. Hiergegen wurde, wie der Rechnungshof bei Prüfungen festgestellt hat, mehrfach verstoßen:

- a) Bei Kap. 11 - Universität Marburg - wurden abweichend von den wirklichkeitsnäheren Veranschlagungen des Verwaltungsdirektors die Einnahmen zu günstig und die Ausgaben zu niedrig veranschlagt, um dadurch einen äußerlich ausgeglichenen Haushaltsplan zu schaffen. Ein solches Verfahren ist ebenso wie eine unvollständige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben mit der Vorschrift des § 9 Abs.1 RHO unvereinbar. Dass insbesondere die Ausgaben im Haushaltsplan so vollständig wie möglich veranschlagt werden, erfordern schon die Bestimmungen des Haushaltsrechts, weil die Leistung von nicht im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben, d.h. von Haushaltsüberschreitungen, nur ausnahmsweise zulässig ist, wie sie dann auch als Folge des vom Rechnungshof beanstandeten Verfahrens in Höhe von 1 050 239 DM eingetreten sind.
- b) Bei den Pädagogischen Ausbildungslehrgängen in Borken - Kap. 20 - hat der Rechnungshof hinsichtlich der Veranschlagung der Personalausgaben folgendes festgestellt:

Im Jahre 1946 bestand die Absicht, zur Ausbildung des Nachwuchses der Volksschullehrer vier Pädagogische Institute einzurichten. Dementsprechend wurden im Haushaltsplan 1947 vier solche Institute mit gleichartigem Personalkörper vorgesehen. Indessen blieben schon im Jahre 1947 im Gegensatz zu den Pädagogischen Instituten Darmstadt (in Jugenheim) und Weilburg die beiden Institute Kassel und Fulda beschränkt auf die nachträgliche Ausbildung der nach Kriegsende eingestellten Schulhelfer. Demzufolge sieht der Haushaltsplan

Rj. 1948 nicht mehr vier, sondern nur zwei Institute, und zwar Darmstadt (z.Z. in Jugenheim) und Weilburg vor und klassifiziert die beiden anderen Institute Kassel und Fulda als Pädagogische Ausbildungslehrgänge. Es wäre daher angebracht gewesen, schon im Rj. 1948 eine der Beschränkung der Aufgaben entsprechende Verkleinerung des Personalapparates vorzusehen. Das geschah nicht, ja selbst im Haushaltsplan Rj. 1949 erschienen die "Ausbildungslehrgänge" mit dem vollen Personalapparat Pädagogischer Institute. Bei der vom Rechnungshof im Jahre 1949 durchgeführten Sonderprüfung der Pädagogischen Ausbildungslehrgänge Kassel in Borken wurde daher vom Rechnungshof neben Anstalten allgemeiner und spezieller Art besonders der Personaletat beanstandet, weil eine geordnete Haushaltsführung voraussetzt, dass die Ausgaben im Haushaltsplan so zutreffend wie möglich veranschlagt werden.

Eine Gegenüberstellung der Veranschlagung im Haushaltsplan Rj. 1949 und der tatsächlichen Besetzung bzw. der tatsächlichen Erfordernisse zeigt folgendes Bild:

Titel	Zweckbestimmung	Im Haus- halts- plan ver- anschlagt	Besetzt oder erfor- derlich	mehr ni- ger	S t e l l e n	
1	Besoldungen	19	12	7		
3	Hilfsleistungen durch Beamte	-	5	5		
4	Hilfsleistungen durch nichtbeamte- te Kräfte					
	1. Angestellte	5	3	2		
	2. Arbeiter	10	7	3		

Durch diese ordnungs- und sachwidrige Veranschlagung der Stellenzahl und durch zu hohe Geldansätze sind die im Haushaltsplan Rj. 1949 mit 195 200 DM vorgesehenen Personalmittel um rd. 60 000 DM zu hoch veranschlagt worden.

Die entsprechenden Beanstandungen des Rechnungshofs fanden im Haushaltsplan Rj. 1950 Berücksichtigung.

Der Ausbildungslehrgang in Borken ist am 31. Dezember 1949 und der in Kassel am 31. März 1951 geschlossen worden, nachdem eine Notwendigkeit zur Fortführung der Lehrgänge nicht mehr vorlag.

- c) Der Rechnungshof hat ferner bei der Staatl. Kunstsammlung in Kassel - Kap. 33 - festgestellt, dass bei den Einnahmetiteln 4 und 6 die Ansätze den wirklichen Einnahmen in keiner Weise entsprachen. Auch ein Vergleich zwischen Soll und Ist dieser Titel aus den Rj. 1948 und 1950 ergab, dass die tatsächlichen Einnahmen weit hinter den Haushaltsansätzen zurückblieben. Da eine wesentliche Erhöhung dieser Einnahmen auch zukünftig nicht erwartet werden konnte, wurde sowohl der Minister für Erziehung und Volksbildung als auch der Minister der Finanzen gebeten, diese Tatsachen durch eine der Wirklichkeit näherkommende Veranschlagung zu berücksichtigen. Der Anregung des Rechnungshofs folgend, wurden nunmehr im Haushaltsplan Rj. 1951 bei Titel 7 (seither Einnahmetitel 4) anstatt bisher 3 500 DM nur 500 DM und bei Titel 15 (seither Einnahmetitel 6) anstatt bisher 11 500 DM nur 5 000 DM ausgebracht.

4. Hessisches Staatstheater in Wiesbaden (Kap. 36 A)

Die wegen Umstellung des Wirtschaftsplans des Staatstheaters Wiesbaden 1949/1950 (1. August 1949 bis 31. Juli 1950) auf das Rechnungsjahr sich auf die Zeit vom 1. August 1949 bis 31. März 1950 beschränkende, dann aber wegen der vorgefundenen Mängel auf das Rj. 1950 ausgedehnte örtliche Prüfung hat in verschiedener Hinsicht Anlaß zur Forderung einer wesentlichen Einschränkung gegeben. Schon bei formaler Beachtung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen durch die Theaterleitung hätten die sehr beträchtlichen Überschreitungen zum großen Teil vermieden und erhebliche Mittel erspart werden können. Erst recht wäre das der Fall gewesen, wenn dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen worden wäre.

Einige der umfangreichen Beanstandungen werden als Beispiele nachstehend aufgeführt:

a) Eingruppierung der Tarifangestellten

Infolge Überbewertung der Tätigkeit war die überwiegende Mehrzahl der Angestellten bei der Verwaltung und Hausverwaltung um 1 bis 2 Gruppen zu hoch eingruppiert. Eine Berichtigung der Eingruppierung wurde gefordert.

b) Theaterbetriebszulage

Obwohl die große Zahl der Empfänger von Theaterbetriebszulagen schon im Jahr 1948 beanstandet wurde, ist entgegen der Beantwortung der Theaterleitung in 1949 und auch in den folgenden Jahren eine Einschränkung des Empfängerkreises nicht durchgeführt worden.

Bei ordnungsmässiger und sachlicher Anwendung der Bestimmungen hätte sich eine wesentliche Einschränkung des Kreises der Empfangsberechtigten ergeben, die jährlich folgende Ersparnisse erbracht hätte:

bei der Verwaltung	3 740 DM
" " Hausverwaltung	5 930 "
" " Maschinerverwaltung	15 600 "
" " Garderobenverwaltung	7 140 "
	<hr/>
	32 410 DM.

Die Theaterleitung wurde mit Rücksicht auf die erheblichen Überschreitungen erneut nachdrücklichst auf die Befolgung der Bestimmungen hingewiesen und zugleich empfohlen, dass Spielleiter und Bühnenbildner in ihren Ansprüchen maßhalten sowie rechtzeitig und richtig disponieren.

c) Sonderversgütungen

Eine Anzahl Angestellter des technischen und Garderoben-Dienstes erhält neben der Theaterbetriebszulage eine besondere widerrufliche Stellenzulage, deren Gewährung tariflich weder begründet ist noch die Genehmigung der Dienstaufsichtsbehörde gefunden hat. Dem Theater wurde aufgegeben, diese Zahlungen vom nächstzulässigen Termin ab einzustellen.

d) Beseitigung der Bezahlung der Arbeitspausen an Lohnempfänger

Bei verschiedenen Abteilungen wurden die Arbeitspausen bei Berechnung des Lohnes nicht in Abzug gebracht.

Nach § 10 des Manteltarifvertrags für Lohnempfänger des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen (HLMT) sind Pausen nicht als Arbeitszeit zu rechnen. Bei ordnungsgemäßer Handhabung der tariflichen Bestimmungen wäre die betreffende Ausgabe um mindestens 20 000 DM im Jahr geringer gewesen. Für die Folgezeit wurde eine entsprechende Korrektur gefordert.

e) Künstlerverträge

In einer großen Anzahl von Künstlerverträgen wurden tarifwidrige Nebenabmachungen getroffen, die den Zweck verfolgen, den Künstlern höhere Nettobezüge zukommen zu lassen, indem ein Teil der Gage als Kleidergeld, Umzugskostenbeihilfe und Trennungsschädigung bezeichnet wurde. Damit wurden diese Beträge zugleich der Besteuerung entzogen, obwohl den Bühnengehörigen als Abgeltung für ihre besonderen Aufwendungen bereits Werbungskostenpauschalbeträge in hohem Umfange zugebilligt werden. Die Steuerbeträge, die dadurch dem Steuereinkommen entzogen werden, sind mit mehr als 20 000 DM anzunehmen. Von der Theaterleitung wurde die Abstinenznahme von Nebenabmachungen und die Klärung der Nachversteuerung mit dem zuständigen Finanzamt gefordert.

f) Gastspielvergütungen

Die Gastspielhonorare für darstellendes Personal, Regisseure und Bühnenbildner stellen einen unverhältnismäßig hohen Ausgabeposten im Theateretat dar. In 1949 wurde der an sich schon reichliche Ausgabeansatz von rd. 34 600 DM um rd. 18 400 DM überschritten infolge einer übersteigerten Verpflichtung von Gästen. Das Staatstheater besitzt genügend eigene Kräfte, so daß Gäste in der Regel nur hinzugezogen werden sollten, wenn ein Ausfall durch Krankheit den Ersatz aus den eigenen Reihen nicht zuläßt. Auch in 1950 sind ähnliche Feststellungen getroffen worden. Dieser grobe Verstoß gegen die gebotene sparsame Wirtschaftsführung wurde beanstandet und eine sparsamere Inanspruchnahme der Gastspielmittel gefordert.

5. Höhere Schulen (Kap. 42)

Allgemeines

Auch bei der Prüfung der Rechnungen für das Rj. 1949 wurde bei einer großen Zahl von höheren Schulen festgestellt, dass die Rechnungsbelege noch sehr viele sachliche und förmliche Mängel enthielten, Insbesondere wurden viele Buchungen auf unrichtige Titel beobachtet. Die Mängel sind auf eine ungenügende Beachtung, z.T. auch auf Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen zurückzuführen, obwohl das Ministerium für Erziehung und Volksbildung den Kassenanschlügen Richtlinien über die Bewirtschaftung der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel beigegeben hat. Einige Schulleiter haben sogar die Feststellung von Rechnungsbelegen mit der Begründung abgelehnt, dass ihnen die sachlichen Kenntnisse fehlen. Von einem Behördenleiter muß erwartet werden, dass er über die für die Feststellung von Rechnungsbelegen erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt. Im übrigen ist es Pflicht eines jeden Behördenleiters bzw. eines jeden Beamten, der mit der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln befaßt ist, sich mit den einschlägigen Bestimmungen vertraut zu machen, so dass die Verantwortung für die ordnungsmässige Feststellung der Rechnungsbelege den in Frage kommenden Beamten ohne weiteres zugemutet werden kann.

Der Minister für Erziehung und Volksbildung hat in seinem Erlaß vom 28. September 1949 dieser Auffassung des Rechnungshofs zugestimmt und die in Frage kommenden Dienststellen entsprechend unterrichtet.

Einzelheiten

- a) Bei der Prüfung der Rechnung der Staatskasse Fulda über die Einnahmen und Ausgaben der Staatlichen Winfriedschule in Fulda für das Rj. 1949 wurde bei Einnahme-Titel 3 (Gebühren und Strafen, Schulgeld) ein Kassenrest von 5 120,11 DM festgestellt. Bei dem Rückstand handelt es sich um nicht eingegangenes Schulgeld von Zahlungspflichtigen, die ihren Wohnsitz in der Ostzone haben. Nach den Feststellungen des Rechnungshofs hat sich der Minister für

Erziehung und Volksbildung mit Rücksicht auf die Bedeutung, die der Angelegenheit aus staats- und schulpolitischen Gründen beizumessen ist, bisher auf Einzelanordnungen beschränkt. Eine baldige allgemeine Anordnung wegen der Behandlung derartiger Rückstände erscheint erforderlich.

- b) Der Rechnungshof hat bei Prüfung der Rechnungen staatlicher höherer Schulen festgestellt, dass ein Teil der Schulen gegen Schäden am Inventar durch Feuer, Diebstahl usw. bei privaten Versicherungsgesellschaften versichert ist. Die hierfür zu zahlenden Versicherungsprämien mußten, da bei der Hessischen Staatsverwaltung der Grundsatz der Selbstversicherung gilt, als unwirtschaftlich und mit einer sparsamen Haushaltsführung unvereinbar (§ 26 RHO) beanstandet werden. Den in Frage kommenden Schulen wurde daher aufgegeben, entweder die ministerielle Genehmigung zum Abschluß obiger Versicherungen beizubringen oder aber sie zum nächstzulässigen Zeitpunkt zu kündigen. Die Fülle der auf Grund der Beanstandungen des Rechnungshofs beim Minister für Erziehung und Volksbildung eingegangenen Genehmigungsanträge hat diesen veranlaßt, durch Erlaß vom 11. Oktober 1951 den Abschluß von Versicherungen aller Art über das bewegliche Eigentum der staatlichen höheren Schulen zu untersagen oder die Kündigung bestehender Versicherungsverträge zum nächstmöglichen Zeitpunkt anzuordnen.

Auf Grund einer ähnlichen Bemerkung des Rechnungshofs zur StHR 1948 - Abschnitt III Nr. 1, S. 15 - beabsichtigt der Minister der Finanzen einheitliche "Grundsätze über die Versicherungen des Landes Hessen gegen Schäden aller Art - Selbst-(Nicht) Versicherung" aufzustellen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass für die gesamte Hessische Staatsverwaltung in Kürze eine allgemeine Regelung der Angelegenheit ergeht.

IV. Haushalt des Ministers für Wirtschaft u. Verkehr -Epl.V-

Landesprüfstelle Hessen (Kap. 3)

Im Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung für das Rj. 1949 wurde auf Ersuchen des Ministers der Finanzen eine Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Landesprüfstelle Hessen vorgenommen. In der Landesprüfstelle Hessen sind Prüfungsaufgaben ganz verschiedener Art zusammengefaßt. Es sind dies:

- a) Kreditprüfungen
- b) Verkehrsprüfungen
- c) Prüfungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft, z.B. Konkursfälle und
- d) Prüfungen auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft.

Die Zusammenfassung dieser verschiedenartigen Prüfungsaufgaben in einer besonderen Behörde mag gewisse Vorteile und Annehmlichkeiten, besonders für die auftraggebenden Stellen haben. Diese Organisationsform verursacht aber unzweifelhaft einen erhöhten Aufwand. Die Stellen, die die Prüfungsaufträge erteilen, sind für die dadurch entstehenden Kosten nicht verantwortlich. Sie haben damit nichts zu tun. Das bringt die Gefahr mit sich, dass die Landesprüfstelle auch in Fällen herangezogen wird, in denen die notwendigen Feststellungen durch eigene Kräfte der ersuchenden Stellen oder ihre Hilfsorgane einfacher und billiger getroffen werden könnten. Die Landesprüfstelle hat im Rj. 1949 einen Gesamtaufwand von rd. 420 000 DM verursacht. Die Haushaltssumme hat sich im Rj. 1950 auf rd. 606 000 DM, 1951 auf fast 630 000 DM erhöht. Der Rechnungshof hat vorgeschlagen, die Landesprüfstelle in ihrer jetzigen Gestalt mit ihren Außenstellen Frankfurt/Main und Kassel aufzuheben und ihre Aufgaben wie folgt aufzuteilen:

- a) Bei der Hauptabteilung Wirtschaft des Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft ein Referat "Kreditprüfung" mit einem Leiter, 5 Prüfern und 2 Schreibkräften einzurichten,
- b) die auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft tätigen Prüfer wieder dem Landesernährungsamt Frankfurt/Main zuzuteilen,

- c) die Verkehrsprüfungen der Polizei zu übertragen und nötigenfalls 3 bis 4 Verkehrsprüfer an die Polizei abzugeben,
- d) die bisher im Bereich der Justizverwaltung durchgeführten Prüfungen dieser zu überlassen.

Der Rechnungshof versprach sich nach der Durchführung dieser Maßnahmen eine Ersparnis von jährlich mindestens 320 000 DM.

Der von dem Ergebnis der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Landesprüfstelle erwartete Erfolg ist bisher ausgeblieben.

V. Haushalt des Ministers für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten - Epl. VI -

1. Landesernährungsamt Hessen in Frankfurt/M. (Kap. 2)

Bei der Bewirtschaftung der Mittel für die Qualitätsüberwachung der Milch und Milcherzeugnisse - Titel 32 - sind erhebliche Unklarheiten und Anstände hervorgetreten. Die Mittel erscheinen im Haushalt als durchlaufende Gelder. Die Ausgabemittel erhöhen oder vermindern sich je nach der entsprechenden Gestaltung der Einnahmeseite; die Mittel sind übertragbar. Daraus ergibt sich, dass sie haushaltsmässig von den allgemeinen Landesmitteln getrennt gehalten und wie ein Sondervermögen behandelt werden. Immerhin sind sie als Mittel des Landes veranschlagt. Tatsächlich betrachtet sich der "Qualitätsausschuß"-ein Organ der freien Vereinigung der Molkereien und Käsereien usw. - hinsichtlich dieser Mittel als allein verfu-gungsberechtigt. Das wird damit begründet, dass die Mittel von den beteiligten Betrieben auf freiwilliger Grundlage aufgebracht seien. Dies hat dazu geführt, dass die haushaltsrechtlichen Grundsätze bei der Bewirtschaftung der Mittel vielfach völlig außer Betracht geblieben sind, und dass Zahlungen geleistet wurden, die, wenn sie zu Lasten staatlicher Mittel gingen, keinesfalls zu verantworten gewesen wären. So wurden z.B.

- a) zwei Fachberatern beim Landesernährungsamt zu Lasten des Qualitätskontos je ein Personenkraftwagen zuzüglich voller Kaskoversicherung für das erste Jahr und der Steuer in Privateigentum überlassen und dafür je rd. 6 500 DM verausgabt. Beide erhalten trotzdem die Kilometergelder für privateigene Personenkraftwagen,
- b) für ein Molkereilexikon und das Einmaleins der Milchwirtschaft 1 187,20 DM und 702,- DM aufgewendet,
- c) eine mehrtägige Studienfahrt von Molkereifachleuten nach Bayern (Rosenheim, Chiemsee, Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Königssee, Tegernsee, Bad Tölz, Kochelsee, Garmisch, Oberammergau u.a.) mit 2 000 DM bezuschußt,
- d) für Essen, Getränke und Musik anlässlich der Ehrung der hessischen Preisträger für Milch, Butter und Käse bei der DLG-Ausstellung 2 072,60 DM verausgabt.

Bei der Durchführung der "Qualitätsüberwachung" handelt es sich teilweise unzweifelhaft um staatliche Hoheitsaufgaben, so z.B. bei der Verleihung der Gütezeichen für Butter und Käse. Für die Zukunft wird eine Neuregelung der Angelegenheit in Durchführung des Bundes-Milch- und Fettgesetzes erfolgen. Eine Klärung und Bereinigung ist aber auch für die Zeit bis dahin dringend erforderlich und vom Rechnungshof verlangt worden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

2. Lehr- und Versuchsanstalt für Grünlandwirtschaft und Futterbau in Wehrda (Kap. 16)

Die Anstalt ist im Jahre 1947 errichtet worden. Das Hauptverwaltungsgebäude (sog. Rotes Schloß) ist vom Kreis Hünfeld gepachtet. Als Versuchsfeld standen von Anfang an nur 3 ha Pachtland zur Verfügung. Eine Erweiterung des Geländes durch Zupacht hat sich als undurchführbar erwiesen. Die Verwaltung steht deshalb jetzt vor der Notwendigkeit, die Anstalt zu verlegen,

weil die Anstalt ohne ausreichendes Versuchsgelände am Ort ihrer Aufgabe nicht gerecht werden kann. In Wehrda sind in der Zwischenzeit erhebliche Aufwendungen für Neubauten gemacht worden, so

rd. 66 000 DM für ein Instituts- und Wohngebäude
15 000 RM für eine Baracke für Lehrgangsteilnehmer
11 000 DM für eine Gewächshausanlage
rd. 1 500 DM für eine Garage mit Maschinenraum
rd. 19 000 DM für den Ausbau von Wohnungen.

Nach Ansicht des Rechnungshofs hätte bei vorausschauender Planung sich rechtzeitig erkennen lassen, dass derart umfassende bauliche Investitionen nicht gerechtfertigt waren, solange nicht feststand, ob eine ausreichende Basis an Grund und Boden für Versuchsgelände geschaffen werden konnte. Ob die Gebäude im Falle einer Verlegung der Anstalt wirtschaftlich zweckmässig verwertet werden können, steht noch dahin.

Eine Stellungnahme der Verwaltung ist noch nicht eingegangen.

b. Wasserwirtschaftsverwaltung (Kap. 21)

Im Regierungsbezirk Darmstadt, also im früheren Volksstaat Hessen, werden durch die Wasserwirtschaftsämter nicht unerhebliche Gebühren erhoben. Im ehemals preussischen Teil des Landes ist das nicht der Fall. Einnahmen fallen dort überhaupt nicht an. Die Entwürfe für Gemeinden usw. werden dort kostenlos angefertigt. Der Rechnungshof hat eine Überprüfung mit dem Ziele angeregt, eine einheitliche Regelung für alle hessischen Wasserwirtschaftsämter herbeizuführen. Die Stellungnahme des Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft steht noch aus.

Bisher fehlt eine einheitliche Dienstordnung für die Wasserwirtschaftsämter. Der Rechnungshof hält sie zur Erzielung einer gleichmässigen Arbeitsweise der früher preussischen und der früher hessischen Ämter für dringend wünschenswert und hat ihren Erlass angeregt.

Bei verschiedenen Wasserwirtschaftsämtern sind Nachteile daraus entstanden, dass die Mittel für Fluß- und Bachregulierungen sowie für die Beseitigung von Hochwasserschäden erst im Herbst zugeteilt werden. So sind z.B. im Bereich des Wasserwirtschaftsamts Fulda durch das Hochwasser im November 1950 neuerstellte Uferbauten wieder weggerissen worden. Jahreszeitlich früher durchgeführte Anlagen haben dem Hochwasser standgehalten, weil inzwischen sich eine neue Grasnarbe gebildet hatte. Die durch Nachbesserungen verursachten zusätzlichen Kosten werden für den Bereich des Wasserwirtschaftsamts Fulda mit 10 500 DM, für den Regierungsbezirk Kassel mit 72 000 DM veranschlagt.

Es wäre zu erwägen, ob nicht der Minister der Finanzen jeweils ermächtigt werden kann, die erforderlichen Mittel im voraus so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, dass derartige Nachteile vermieden werden.

4. Landesforstverwaltung (Kap. 22 und 22a)

Die Landesforstverwaltung hat sich als erste innerhalb des Bundesgebiets seit dem 1. Oktober 1949 mit der Erprobung des Hollerithverfahrens für Zwecke des forstlichen Buchungs- und Rechnungswesens befaßt. Für die Zeit vom 1. Oktober 1949 bis 31. März 1950 wurden dafür erstmalig 19 396,25 DM verausgabt. Für die folgenden Rj. wurde ein Betrag von je 50 000 DM vorgesehen. Infolge Lohnerhöhungen und Erhöhung der Papierpreise sind für das Rj. 1952 60 000 DM angefordert worden. Die Lochkartenarbeiten werden vom Statistischen Landesamt für die Landesforstverwaltung mit ausgeführt und nach geleisteten Arbeitsstunden berechnet.

Durch die rasche und vollständige Erfassung der wirtschaftlichen Vorgänge gibt das Hollerithverfahren der Landesforstverwaltung die Möglichkeit, sich mit ihren Planungen und Maßnahmen der Marktbewegung laufend anzupassen. Vom Forstwirtschaftsjahr 1952 an

ist mit Zustimmung des Rechnungshofs die bisherige forstliche Buchführung aufgegeben und das Hollerithverfahren an ihre Stelle gesetzt worden. Dadurch ist nun auch eine Vereinfachung der bisherigen Wirtschaftsbuchführung eingetreten und zugleich die Einheitlichkeit in den drei Regierungsbezirken des Landes hergestellt worden.

Der Rechnungshof ist schon frühzeitig an der Einführung des Hollerithverfahrens beteiligt worden und hat die Bestrebungen der Forstverwaltung nach Möglichkeit unterstützt.

Das Lochkartenverfahren hat sich bisher bewährt. In Aussicht genommene Personaleinsparungen haben sich bei der Kürze der Zeit noch nicht verwirklichen lassen.

Außer der Wirtschaftsbuchführung wird seit dem 1. Oktober 1949 auch die Betriebsmittelüberwachung aller Forstämter im Lochkartenverfahren durch die Landesforstverwaltung mit bestem Erfolg durchgeführt.

Seit dem 1. Juli 1951 wird auch bei der Forsteinrichtungs- und Versuchsanstalt Gießen das Lochkartenverfahren für rechnerische Arbeiten bei Aufstellung der Betriebsregelungen angewendet. Dadurch werden die Forsteinrichter weitgehend von rechnerischen und mechanischen Arbeiten befreit. Die Folge davon ist die beschleunigte Aufstellung der Betriebsregelungen für die Staatsforstämter und die Einschaltung der Forsteinrichtungsämter in verstärktem Maße bei Aufstellung von Betriebswerken für Gemeinden und Privatwaldbesitzer, für die die Forsteinrichtungsämter Gebühren erheben. Der zahlenmässige Erfolg dieser Verbesserung der Arbeitsmethode hat sich noch nicht in vollem Umfang feststellen lassen, jedoch sind die Einnahmen des Staates für Forsteinrichtungsarbeiten bei Privatwaldbesitzern von 2 507,50 DM im Rj. 1950 auf 6 841 DM im Rj. 1951 und für Wertgutachten von 100 DM im Rj. 1950 auf 2 455,40 DM im Rj. 1951 gestiegen.

Ob das Lochkartenverfahren auch bei der Verlohnung der Waldarbeiter verwendet werden kann, wird gegenwärtig geprüft.

5. Lehrwerkstätten für Waldarbeit (Kap. 23)

In den Jahren 1947 bis 1949 ist in Lampertheim eine Lehrwerkstätte für Waldarbeit mit einem Kostenaufwand von rd. 250 000 DM errichtet worden. In den ersten Kostenanschlägen waren die Mittel für die Inneneinrichtung einschließlich der Ausstattung mit Werkzeugen nicht enthalten. Sie wurden vom Bezirksforstamt Darmstadt im Laufe des Rj. 1949 bei der Landesforstverwaltung in Höhe von 18 000 DM angefordert und bei Epl. VI Kap. 23 Titel 41 - Technische Betriebsschulung von Beamten und Arbeitern einschließlich der erforderlichen Reisekosten - zur Verfügung gestellt. Verausgabt wurden davon 17 403,23 DM. In einem Kostenanschlag des Staatsbauamts vom 3. März 1950, der mit einer Bausumme von 252 000 DM abschloß, waren die Kosten für die Inneneinrichtung und Ausstattung mit Werkzeugen im Betrage von 28 500 DM nochmals enthalten (Epl. X außerordentlicher Haushalt Kap. 2 Titel 3 (F) Unterteil 100 für 1950). Sie sind also doppelt veranschlagt worden. Für das Rj. 1951 war noch ein Betrag von 92 000 DM vorgesehen. Da nicht restlos zu klären war, welche Arbeiten damit ausgeführt werden sollten, hat der Rechnungshof veranlaßt, dass dieser Betrag bis zur abschließenden Prüfung der Baurechnung nicht verausgabt werden darf.

Das Land Hessen hat z.Z. drei Lehrwerkstätten für Waldarbeit, und zwar in Rhoden (Regierungsbezirk Kassel), Odersbach (Regierungsbezirk Wiesbaden) und Lampertheim (Regierungsbezirk Darmstadt). Die Lehrwerkstätte Odersbach ist baulich in schlechtem Zustand, so dass die Landesforstverwaltung einen Neubau erwogen hat. Es entstand die Frage, ob angesichts der schlechten Finanzlage des Landes der Neubau nicht wenigstens solange zurückgestellt werden könnte, bis Mittel für diesen Zweck bereitstünden.

Der bauliche Zustand der Lehrwerkstätte in Odersbach läßt offenbar den Betrieb in den Wintermonaten nicht zu. Der Rechnungshof hat vorgeschlagen, dort einen beschränkten Betrieb während der Sommermonate beizubehalten, bis eine Endlösung gefunden ist. Einer Aufteilung der Lehrgangsteilnehmer auf die beiden übrigen Anstalten in Rhoden und Lampertheim werden auf die Dauer die ungünstige Lage an der nordwestlichen und südwestlichen Grenze des Landes und das nicht ausreichende Fassungsvermögen entgegenstehen, so dass es kaum möglich sein wird, endgültig auf den Neubau zu verzichten.

6. Auszahlung der Waldarbeiterlöhne (Kap. 23)

Die Auszahlung der Löhne an die Waldarbeiter ist Sache der Haumeister. Diese haben bisher zum überwiegenden Teil die Lohngehälter bei der nächstgelegenen Staatskasse in bar abgeholt. Dafür wurden Lohnausfall und Fahrkosten erstattet. Eine Sicherheit für den Transport war bei den oft stundenweiten Wegen zur Staatskasse nicht gegeben und § 21 VKO, wonach Zahlungsmittel im Gesamtwert von über 10 000 DM durch zwei Personen befördert werden sollen, nicht beachtet worden. Außerdem entstanden bei dieser Handhabung vermeidbare, nicht unerhebliche Kosten für die Staatskasse. Die Auszahlung der Lohnbeträge an die Haumeister mit Barscheck hat sich nicht bewährt, da die Beträge meistens verspätet in den Besitz der Haumeister gelangten und damit die pünktliche Lohnzahlung nicht möglich war.

Auf Anregung des Rechnungshofs werden die Lohnbeträge nunmehr auf ein vom Haumeister bei einer örtlichen Geldanstalt einzurichtendes Konto überwiesen, wo er sie zeitgerecht abholen kann. Dieses Verfahren ist möglich geworden, nachdem der Minister der Finanzen sich damit einverstanden erklärt hat, dass etwa entstehende Sollzinsen und Unkosten vom Staat getragen werden. Hierdurch entsteht im Ergebnis eine wesentliche Einsparung.

Die Haumeister in den Regierungsbezirken Wiesbaden und Kassel erhalten für die Erhebung und Auszahlung der Löhne usw. gemäß § 41 Teil I der "Dienstanzweisung für die Preussischen Staatsoberförstereien" vom 1. Oktober 1927 in Verbindung mit § 1 der "Ergänzenden Dienstordnung für Preußen" bis zu 4 000 DM 3 % der ausgezahlten Lohnsumme, über 4 000 DM 4 %, während im Regierungsbezirk Darmstadt für diese Dienstleistungen keine besondere Vergütung gewährt wird. Bei den erheblich gestiegenen Hauerlöhnen haben diese Vergütungen eine vielfach unangemessene Höhe erreicht; außerdem drängt die unterschiedliche Regelung in den beiden Landesteilen nach baldiger Vereinheitlichung.

Der Rechnungshof hat daher angeregt, die Höhe dieser Vergütungen auf etwa 1 % bis höchstens 2 % zu ermässigen und einheitlich in allen Regierungsbezirken des Landes zu gewähren. Bisher sind die Verhandlungen der Landesforstverwaltung mit den Gewerkschaften noch nicht abgeschlossen.

VI. Haushalt des Ministers der Justiz (Epl. VIII)

1. Kassen und Kassenaufsicht (Kap. 3)

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechnungen der Justizverwaltung für das Rj. 1949 wurden insbesondere die Verhältnisse der großen Gerichtskassen des Landes näher untersucht.

Die Organisation der Kassen beruht auf den Bestimmungen der Justizkassenordnung und der sie ergänzenden Anordnungen, die ihrerseits auf den verhältnismässig fest umgrenzten und im wesentlichen beständigen Aufgabenkreis der Justizverwaltung abgestimmt sind. Auf die Geschäftsbelastung der Kassen konnte die nach dem Währungsschnitt des Jahres 1948 einsetzende außerordentliche Steigerung der Geschäftstätigkeit der Gerichte, die im Rj. 1949 durchschnittlich 40 % über derjenigen des Rj. 1948 lag, nicht ohne Einfluß bleiben.

Die Einrichtung und die Besetzung der Kassen erwies sich im allgemeinen als zweckentsprechend und sachlich begründet. Die Einrichtung und Handhabung der Kassenaufsicht gab jedoch mehrfach Anlaß zu Beanstandungen. Das war insbesondere bei der Gerichtskasse Frankfurt/Main der Fall, bei der die Bestimmungen über die Kassenaufsicht z.T. völlig unbeachtet blieben. Die erforderlichen Maßnahmen wurden veranlaßt.

Es muß z.T. als Folge der mangelnden Kassenaufsicht angesehen werden, wenn bei allen großen Kassen die Einziehung und Beitreibung der Gebühren und Strafen noch nicht mit dem erforderlichen Nachdruck betrieben worden ist. So betrug die Einnahme an Gebühren und Strafen im Rj. 1949

der Gerichtskasse Darmstadt	
bei einem Gesamtkostensoll von 819 869 DM	
nur 509 116 DM = 62 %,	
der Gerichtskasse Frankfurt/M.	
bei einem Gesamtkostensoll von 1468 543 DM	
nur 897 493 DM = 61,2 %,	
der Gerichtskasse Kassel	
bei einem Gesamtkostensoll von 985 935 DM	
nur 478 934 DM = 48,6 %.	

Es verblieben mithin unter Berücksichtigung der Kostenlöschungen an Rückständen, die in das Rj. 1950 übertragen werden mußten:

bei der Gerichtskasse Darmstadt	
216 300 DM = 26 % des Gesamtkostensolls,	
bei der Gerichtskasse Frankfurt/Main	
414 190 DM = 28,1 % des Gesamtkostensolls,	
bei der Gerichtskasse Kassel	
325 526 DM = 33 % des Gesamtkostensolls.	

Aus der Tatsache, dass der frühere Reichsdurchschnitt des Zahlungseingangs 73,5 % betrug, und dass auch z.Z. von einzelnen hessischen Gerichtskassen ein Zahlungseingang von 75 % bis über 80 % erzielt wird, ergibt sich, dass von einer Verbesserung des Einziehungs- und Beitreibungsverfahrens noch eine erhebliche Steigerung der Einnahmen erwartet werden kann. Der Rechnungshof hat bei allen Prüfungen nachdrücklichst hierauf hingewiesen und die erforder-

lichen Maßnahmen angeregt.

Ebenso zeigten sich auch bei den von den Notaren auf Grund des ab 1. April 1950 außer Kraft getretenen Gesetzes vom 9. November 1948 (GVBl. S. 151) an die Staatskasse abzuführenden Gebührenzuschlägen bedeutende Rückstände. Bei Gebührenzuschlägen aus den Rj. 1949 und 1950 waren in einzelnen Fällen noch Außenstände von über 50 % vorhanden. Auch hier hat der Rechnungshof auf die Einziehung der rückständigen Beträge mit allen Mitteln hingewirkt.

2. Gerichtsvollzieherdienst (Kap. 3)

Besondere Mißstände wurden im Gerichtsvollzieherdienst festgestellt. Die Geschäftslage in diesem Dienstzweig ist durch das Anwachsen der Geschäftszahlen an "sonstigen Vollstreckungssachen" (vgl. Übersicht über den Geschäftsanfall bei den hessischen Justizbehörden, Bekanntmachung des Ministers der Justiz vom 17. Februar 1950 - JMBL. S. 23 -) von 9 054 im Jahre 1948 auf 29 894 im Jahre 1949 gekennzeichnet. Zu den sich daraus ergebenden amtlichen treten die viel zahlreicheren privaten Vollstreckungsaufträge, die zahlenmässig ebenfalls stark gestiegen sind. Angesichts dieser Arbeitsbelastung ist der Gerichtsvollzieherdienst derart unterbesetzt, dass die Beamten ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden konnten. Die Ausführung von Vollstreckungsaufträgen nahm vielfach $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Jahre in Anspruch. Die Tatsache, dass bei einer Gerichtskasse vierteljährlich durchschnittlich 200 Dienstaufsichtsbeschwerden wegen verzögerter Vollstreckungsmaßnahmen eingingen, während es einer anderen Gerichtskasse nicht mehr möglich war, die eingehenden Dienstaufsichtsbeschwerden sachlich zu bearbeiten, beleuchtet die Verhältnisse auf diesem Arbeitsgebiet zur Genüge. Der Rechnungshof hat wiederholt auf die dringend erforderliche Abhilfe im Wege einer zweckmässigen Abgrenzung der Dienstbezirke der Gerichtsvollzieher und eines entsprechend vermehrten Einsatzes gut ausgebildeter Beamten hingewiesen und dabei betont, dass

die entstehenden Personalausgaben durch den zu erwartenden erhöhten Zahlungseingang wie durch die Verminderung der Regressgefahr zum mindesten aufgewogen würden.

3. Strafvollzug, Arbeitsverwaltung der Strafvollzugsanstalten (Kap. 4)

Auf dem Gebiet des Strafvollzugs wurde vom Rechnungshof die Frage aufgeworfen, ob es im Hinblick auf die Einrichtung der Landesbeschaffungsstelle und die Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse noch notwendig sei, die Stelle eines besonderen zentralen Beschaffungsreferenten für die Vollzugsanstalten aufrecht zu erhalten. Sie ist inzwischen durch die im Sinne der Anregungen des Rechnungshofs gelegene Rückübertragung der Aufgaben der höheren Vollzugsbehörde auf den Generalstaatsanwalt erledigt worden.

Bei den Vollzugsanstalten selbst nahm das Problem, wie eine wirtschaftliche Gestaltung der den Anstalten angeschlossenen Arbeitsverwaltungen unter Verwirklichung der anerkannten Grundsätze des humanen Strafvollzugs zu erreichen sei, die besondere Aufmerksamkeit des Rechnungshofs in Anspruch. Der humane Strafvollzug sieht eine möglichst individuelle Beschäftigung der Gefangenen vor. Es wird jedoch mit Recht verlangt, dass aus den Erträgen der eingerichteten Arbeitsbetriebe nicht nur die Kosten dieser Betriebe, sondern darüber hinaus in möglichst weitem Umfange die Kosten des Strafvollzugs überhaupt bestritten werden; vgl. hierzu auch die Ausführungen unter Nr. 97 Abs. 2 der Ordnung für das Gefängniswesen in Hessen (OGH).

Der Abschluß der gesamten Arbeitsverwaltung der Vollzugsanstalten des Landes wies im Rj. 1949

in Einnahme den Betrag von	2 363 000 DM
in Ausgabe den Betrag von	<u>1 102 000 "</u>
aus, so dass zur Abdeckung von allgemeinen Ausgaben des Strafvollzuges noch ein Überschuß von	1 261 000 DM

zur Verfügung stand. Der Rechnungshof war bemüht, durch Verbesserungsvorschläge dieses Ergebnis auch im Hinblick auf die künftigen Wirtschaftsjahre noch zu steigern.

In zahlreichen Fällen wurden die Justizbehörden veranlaßt, ihren Bedarf an Mobiliar, an Korbwaren, Bucheinbänden usw. bei den guteingerichteten Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalten zu decken und damit zugleich der Arbeitsbeschaffung und der Entlastung der Staatskasse zu dienen. Weitere Ermittlungen werden ergeben, wie weit es möglich ist, hierbei auch die Landesbeschaffungsstelle einzuschalten.

In der gleichen Richtung liegt die Anregung des Rechnungshofs, den Vertrag mit einer Großdruckerei auf Lieferung von Vordrucken für die Justizverwaltung zum erstmöglichen Termin, d. i. zum Ende des Kj. 1952, zu kündigen und die Lieferungen der Straf- und Untersuchungshaftanstalt in Darmstadt zu übertragen. Anlaß zu dieser Anregung war der Umstand, dass die Abteilung Gefängnisse bei der amerikanischen Hochkommission kürzlich den Druck der Zeitschrift für den Strafvollzug, mit dem bisher die Druckerei der Straf- und Untersuchungshaftanstalt in Darmstadt beauftragt war, an die Druckerei des Strafgefängnisses Tegel in Berlin vergeben hat.

Die Strafanstalt Darmstadt liefert bereits sämtliche im Strafprozeß und Strafvollzug benötigten Vordrucke. Durch die Übertragung der Lieferung auch der übrigen Vordrucke der Justizverwaltung würde die durch den Entzug des Auftrages der Hochkommission entstandene Lücke im Arbeitsbetrieb der Anstalt wieder ausgefüllt. Örtliche Feststellungen haben ergeben, dass das in der Druckerei der Anstalt vorhandene Maschinen- und Typenmaterial völlig ausreicht, um allen Anforderungen, die aus einem derartigen Auftrag gestellt werden können, gerecht zu werden. Die erforderlichen Arbeitskräfte stehen nach den bisherigen Erfahrungen auch in Zukunft zur Verfügung. In Erweiterung dieses Planes könnte ggf. daran gedacht werden, die Drucke-

rei der Darmstädter Anstalt in das Lieferungsverfahren der Landesbeschaffungsstelle einzuschalten.

Die Verhandlungen mit der Verwaltung hierüber sind noch in der Schwebe.

Auch auf dem Gebiete der Hauswirtschaft der Vollzugsanstalten, und hier insbesondere auf dem der Verpflegung, ergab die Prüfung noch in erheblichem Umfange Möglichkeiten zur Einsparung von Haushaltsmitteln, auf die in zahlreichen Einzelfällen hingewiesen wurde.

4. Zur Entwicklung des Zuschußbedarfs

Im Gesamtrahmen der Prüfung bedurfte die Entwicklung des Zuschußbedarfs der Justizverwaltung einer gesonderten Betrachtung.

Im Rj. 1948 betrug bei einer Einnahme von 18 386 312 DM (RM) und einer Ausgabe von 29 006 490 DM (RM) der Fehlbetrag des Epl. VIII 10 620 178 DM (RM).

Die Rechnung dieses Epl. für das Rj. 1949 weist bei einer Einnahme von 19 494 749 DM und einer Ausgabe von 34 424 555 DM einen Fehlbetrag aus von 14 929 806 DM.

Der Zuschußmehrbedarf gegenüber dem Rj. 1948 beträgt mithin 4 309 628 DM.

Ursache für die erhebliche Steigerung der Ausgaben war die erwähnte sprunghafte Zunahme der Geschäftstätigkeit der Gerichte nach dem Währungsschnitt im Jahre 1948. Insonderheit hatte die Zahl der Mahn-, Vollstreckungs-, Konkurs- und Grundbuchsachen, aber auch die der Prozesse wesentlich zugenommen.

Die verwaltungsmässige Folge war ein entsprechender Mehrbedarf an Personal, an Arbeitsräumen und Einrichtungsgegenständen, an Heizung, Beleuchtung, Büromaterial und Gesetzesliteratur. Dieser Mehrbedarf wirkte sich finanziell um so stärker aus, als er bei

den persönlichen Ausgaben unter Berücksichtigung der durch den Wegfall der Gehaltskürzung gestiegenen Gehälter usw., bei den sächlichen Ausgaben bei ständig ansteigenden Preisen befriedigt werden mußte. Hinzu kam, dass die Arbeitsbetriebe der Strafanstalten erstmalig wieder dringend erforderliche Ersatzbeschaffungen für Maschinen und Werkzeuge vornehmen konnten, die sich in den Jahren des Krieges und der Zeit vor der Währungsumstellung verbraucht hatten. Ferner bedingte die wesentliche Zunahme der Gerichtssitzungen erhöhten Aufwand an Entschädigungen der Beisitzer sowie an Auslagen in Rechtssachen (Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Armensachen und der Verteidiger sowie an Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige).

Allein die Ausgaben für Besoldungen einschließlich derjenigen für Hilfsleistungen durch beamtete und nichtbeamtete Kräfte (Kap. 1 bis 4 je Titel 1, 3 und 4) überstiegen diejenigen des Rj. 1948 um den Betrag von 3 684 003 DM. Allerdings sind darin die Mehrausgaben enthalten, die sich auf Grund des Gesetzes über die Aufhebung der Gehaltskürzungsverordnung vom 12. Oktober 1949 (GVBl. S. 153) ergaben. Wesentliche Mehrausgaben entstanden auch für

Geschäftsbedürfnisse und Bücherei (Kap. 1 bis 4 je Titel 11 u. 13)	rd. 200 000 DM,
Post- und Fernsprechgebühren (Kap. 1,2,5 je Titel 14)	143 546 DM,
Unterhaltung der Dienstgebäude (Kap. 1,2,5 je Titel 15)	80 000 DM,
deren Bewirtschaftung (Kap. 1,2,5 je Titel 16)	170 000 DM,
Arbeitsbetriebskosten, Gefangenen- belohnungen, Unfallschäden und Ent- lassenenfürsorge (Kap. 4 Titel 33 bis 36)	83 000 DM.

Die Mehrausgaben an Entschädigungen der Vollstreckungsbeamten (Kap. 3 Titel 10a) in Höhe von rd. 410 000 DM sowie für Schadensersatzleistungen aus der Nichträumung des für Gefängniszwecke verwendeten Gebäudes der Rudolfschule in Frankfurt/Main (Kap. 4 Titel 27) in Höhe von 210 000 DM können ebenso wie

die Auslagen in Rechtssachen (Kap. 5 Titel 33), die die Ausgaben des Rj. 1948 um 1 089 896 DM übersteigen, in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben, da ihnen entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen. Auch im übrigen wird ein Teil der Mehrausgaben durch die infolge der stärkeren Geschäftstätigkeit erzielten höheren Einnahmen, die allein bei den Kap. 1 bis 3 Titel 3 - Gebühren und Strafen - die Einnahmen des Rj. 1948 um den Betrag von 1 541 547 DM übersteigen, ausgeglichen. Die Minderung der Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Vollzugsanstalten (Kap. 4 Titel 10) gegenüber dem Rj. 1948 um rd. 382 000 DM ist auf den Rückgang der Durchschnittsbelegung der Vollzugsanstalten um 18 % als Folge der Amnestie und auf den wachsenden Mangel an geeigneter Arbeit für die Gefangenen zurückzuführen.

VII. Haushalt des Ministers der Finanzen - Epl. IX -

1. Steuerverwaltung - Aufgabenkreis, Besetzung, räumliche Unterbringung und Geschäftsführung der Finanzämter (Kap. 2)

Der Prüfung der Steuern als der Haupteinnahmequelle des Landes hat der Rechnungshof im Rahmen der Rechnungsprüfung eine besondere Bedeutung beigemessen.

Die Steuerverwaltung steht seit 1945 unter dem Druck einer ständig wachsenden Arbeitslast. Die Währungs- umstellung brachte zu den vorhandenen zahlreiche zusätzliche Aufgaben. Erwähnt seien die Überprüfung und Auswertung der Meldebogen A und B über die Ablieferung von Altgeld, die Erteilung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen und von Genehmigungsbescheiden nach §§ 5 und 6 des Umstellungsgesetzes (UG), die Überprüfung der Bestandsaufnahmen vom 20. Juni 1948, die Bearbeitung der Anträge auf Einsetzung in den vorigen Stand, die Festsetzung und Erhebung des Notopfers Berlin, die Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes zur Sicherung des Lastenausgleichs (Stundungs- und Erlaßanträge für Umstellungsgrundschuldzinsen), die Festsetzung und Erhebung der Soforthilfeabgabe und die Durchführung des Soforthilfegesetzes. Das Gesetz

zur Neuordnung der Steuern brachte zahlreiche Änderungen, insbesondere auf dem Gebiet der Einkommensteuer, die die Bearbeitung der Steuerfälle erheblich erschwerten.

Jährliche Änderungen der Umsatzsteuer-, Einkommensteuer- und Lohnsteuervorschriften, ständige Erweiterung der Ausnahme- und Sondervorschriften, jährliche Erlasse umfangreicher Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer- und Lohnsteuerrichtlinien sind heute die Regel. Zu den komplizierten und unklaren, selbst für den Fachmann kaum noch verständlichen Steuervorschriften treten das DM-Bilanzgesetz und das DM-Bilanzergänzungsgesetz mit ihren Richtlinien, Gesetzesmaterien, deren Schwierigkeit allein durch die Tatsache gekennzeichnet wird, dass hier erstmals in der deutschen Bilanzgeschichte ein völliger Bruch mit den althergebrachten Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung erfolgte, und deren Kompliziertheit daraus erhellt, dass es sich nicht um organisch gewachsene Vorschriften, sondern um Kompromisslösungen aus gegensätzlichen politischen, wirtschaftlichen, steuerlichen und juristischen Auffassungen handelt.

Weitere zusätzliche Belastungen erwuchsen den Finanzämtern aus der Wiedererhebung der Kapitalverkehrsteuer und der Wechselsteuer, der Festsetzung und Erhebung der Landwirtschaftsabgabe, der Durchführung des Gesetzes über Rentenbankgrundschulden, der Neufestsetzung der Vermögensteuervorauszahlungen vom 21. Juni 1948 an, der Durchführung des Gesetzes betr. Fortschreibung und Nachfeststellung der Einheitswerte auf den 21. Juni 1948, der Erweiterung des Kreises der beförderungsteuerpflichtigen Unternehmen, der Erhebung der Kirchensteuer und der Lockerung der Bestimmungen über die Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Tätigkeit der Steuerverwaltung ist heute gekennzeichnet durch eine Arbeitsbelastung von ungewöhnlichem Ausmaß und eine Kräftebeanspruchung, die vielfach die Leistungsfähigkeit übersteigt.

Zu den materiellen Schwierigkeiten treten solche organisatorischer Art. Nach dem Übergang der Finanzhoheit auf die Länder hat der Minister der Finanzen die Oberfinanzpräsidien Kassel und Darmstadt aufgelöst. Die dadurch freigewordenen Aufgaben wurden teilweise neu errichteten Dienststellen übertragen, im wesentlichen aber durch die Steuerabteilung des Finanzministeriums übernommen, die auf diese Weise die Tätigkeit der Zentralinstanz und der Mittelinstanz in einer Hand vereinigte. Da die personellen Voraussetzungen für die Erfüllung der doppelten Aufgabe nicht gegeben waren, konnten, insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren, nachteilige Folgen nicht ausbleiben. Der Rechnungshof hat deshalb anlässlich einer Organisationsprüfung beim Finanzministerium die Wiedererrichtung einer Mittelinstanz angeregt. Dieser Anregung blieb jedoch der Erfolg versagt. Erst in Ausführung des Bundesgesetzes über die Finanzverwaltung (FVG) vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448), das den Ländern die Errichtung einer Mittelbehörde zwingend vorschrieb, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 die Oberfinanzdirektion Frankfurt/Main eingerichtet. Der Aufbau dieser Behörde ist noch nicht abgeschlossen.

Neben den aufgezeigten materiellen und organisatorischen Schwierigkeiten fielen die Mängel der Unterbringung und Ausstattung der Finanzämter besonders ins Gewicht. Viele Ämter waren durch Kriegseinwirkungen ganz oder teilweise zerstört oder durch die Besatzungsmacht beschlagnahmt und in Notunterkünften unzureichend untergebracht. Akten, Einrichtungsgegenstände und Büromaschinen waren beschädigt, vernichtet oder abhanden gekommen. Der Wiederaufbau ging langsam und unter Schwierigkeiten vor sich. Die Neuanlegung der Akten war sehr mühevoll. Die erforderlichen Unterlagen waren nur schwer zusammenzubringen.

Zu den sachlichen Schwierigkeiten traten personelle. Im Zuge der politischen Überprüfung waren zahlreiche

Fachkräfte entlassen und durch ungeschulte Kräfte unterschiedlicher beruflicher und allgemeiner Vorbildung ersetzt worden. Die Fülle der Aufgaben ließ für eine fachliche Schulung der neuen Kräfte kaum Zeit. Die einzige hessische Finanzschule, die Finanzlehranstalt in Langen, war hinsichtlich der Ausbildung des Nachwuchses den Anforderungen nicht gewachsen. Nachdem die gesetzlichen Bestimmungen die Wiederverwendung geeigneter entlassener Beamten zuließen, stellte sich heraus, dass ein Teil eine anderweitige Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder in der freien Wirtschaft gefunden hatte, und dass andere sich als Steuerberater beruflich selbständig gemacht hatten. Die Verwaltung ist bemüht, die vorhandenen Lücken durch Nachwuchskräfte zu schließen.

Der Rechnungshof hat mit der Prüfung der Finanzämter im Mai 1949 begonnen und bisher 21 Finanzämter geprüft. Die Prüfungszeit betrug durchschnittlich bei kleineren Ämtern zwei, bei mittleren Ämtern drei und bei grösseren Ämtern vier Wochen. Der Schwerpunkt der Prüfungstätigkeit lag in den ersten 1/2 Jahren zwangsläufig auf den Gebieten der Organisation, der Personalbesetzung und der Geschäftsführung. Trotz fortschreitender Normalisierung der Verhältnisse ist der Wiederaufbau der Finanzämter erst zu einem Teil durchgeführt. Bei vielen Ämtern herrschen noch heute ungesunde und teilweise untragbare Unterbringungs- und Arbeitsverhältnisse. In besonderem Maße gilt dies für die beiden großen Finanzämter Wiesbaden und Offenbach/Main. Auch die Gebäude anderer Ämter sind zu klein geworden, weil die Ämter sich in Folge des Anwachsens der Bevölkerung und der Aufgaben personell erweitern mußten. Andere Dienstgebäude sind von den Besatzungsmächten ganz oder teilweise beschlagnahmt, ohne dass Aussicht auf eine Änderung besteht (z.B. die Finanzämter Kassel-Außenbezirk und Gelnhausen). Die Einrichtung mit Geschäftszimmergeräten und technischen Hilfsmitteln ist vielfach noch unzureichend.

Bei einem Teil der geprüften Ämter hat der Rechnungshof eine personelle Unterbesetzung bis zu 10 v.H.

festgestellt. Die dringend erforderliche Fortbildung der aktiven Kräfte und die Ausbildung der Nachwuchskräfte leidet Not, weil die Finanzlehranstalt in Langen den Anforderungen nach wie vor nicht gewachsen ist. Der Versuch, Ausweiskurse in Gießen durchzuführen, hat eine wesentliche Entlastung nicht herbeizuführen vermocht.

Die Finanzämter haben sich nach Kräften bemüht, den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Gleichwohl gestaltete sich in Folge der Überbelastung ihre Geschäftslage immer schwieriger. Dies gilt in besonderem Maße für die Lohnsteuerstellen, die Kassen, die Vollstreckungsstellen und die Bewertungsstellen. Die Erweiterung der Bestimmungen über Sonderausgaben und die Einführung des erweiterten Lohnsteuerjahresausgleichs hatten eine Flut von Anträgen zur Folge. Da auf der Lohnsteuerkarte zunächst nur steuerfreie Pauschbeträge eingetragen werden durften, bei später nachgewiesenen höheren Aufwendungen aber eine Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrags beantragt werden konnte und die Steuerpflichtigen vielfach auch den Lohnsteuerjahresausgleich in Anspruch nehmen konnten, stellte die Mehrzahl der Arbeitnehmer in der gleichen Sache zwei oder drei Anträge. Bei großen Ämtern überschritten diese Anträge die Zahl 100 000. Die Lohnsteuerstellen waren weder personell noch räumlich einer derartigen Arbeitsbelastung gewachsen. Auch die Arbeitsüberlastung der Finanzkassen nahm einen Umfang an, der die geordnete Steuererhebung in starkem Maße beeinträchtigte. Die Sollstellung der Steuerbescheide und die Abrechnung der Vorauszahlungen verzögerten sich zwangsläufig oft um Monate. Die Steuerrückstände wuchsen ständig, weil Kassen und Vollstreckungsstellen meist nicht in der Lage waren, das Mahn- und Beitreibungsverfahren rechtzeitig durchzuführen. Die verspätete Einleitung der Vollstreckungsmaßnahmen führte häufig zu Schwierigkeiten in der Einziehung der Steuerrückstände. In vielen Fällen hätten Steuerzufälle vermieden werden können, wenn das Beitreibungsverfahren rechtzeitig eingeleitet worden wäre.

Die schlechte Steuermoral der Nachkriegszeit hat die Tätigkeit des Außendienstes, insbesondere der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, in den Vordergrund gerückt. Das Personal dieser Dienstzweige wurde zwar erheblich verstärkt, reicht aber trotzdem für die gegenwärtige Beanspruchung nicht aus. Für Großbetriebe schreibt § 161 AO vor, dass die Prüfung jeweils den Zeitraum bis zu der letzten Prüfung zu umfassen habe. Da infolge der Kriegsverhältnisse zahlreiche Prüfungen unterblieben sind, bedeutet dies, dass heute Zeiträume bis zu 10 Jahren zu prüfen sind. Früher lag die Grenze bei 3 Jahren. Es kommt hinzu, dass in vielen Betrieben die Geschäftsbücher durch Kriegseinwirkung ganz oder zu erheblichen Teilen vernichtet worden sind, so dass der Betriebsprüfer die steuerlichen Unterlagen mühsam wiederherstellen muß. Diese Umstände und die steigende materielle Schwierigkeit der Prüfungen haben dazu geführt, dass bei vielen Ämtern nicht einmal 50 v.H. der vorgeschriebenen Prüfungen durchgeführt wurden. Der Vermehrung der Prüfer sollte deshalb weiterhin ein besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Wegen der Prüfungsergebnisse auf dem Gebiet der Steuern siehe Abschnitt VIII 1.

2. Verwaltung der Staatlichen Bäder und Mineralbrunnen (Kap. 7)

Im Geschäftsjahr (Gj.) 1949 wurde der in den Vorjahren begonnene Wiederaufbau der Kureinrichtungen fortgeführt. Trotz aller Beherbergungsschwierigkeiten stieg der Besuch weiter an, war aber noch immer unzulänglich.

Die Geschäftsentwicklung ergibt sich aus der nachstehenden Gegenüberstellung der Besucherzahlen und der Mengenumsätze in den Gj. 1948, 1949 und 1950, die auf Grund der Betriebsstatistiken der einzelnen Kurbetriebe erstellt ist:

	1948 (z. Vergl.)	1949	1950 (z. Vergl.)
<u>Besuch</u>			
Kurgäste	21 779	21 177	28 327
<u>Verabr. Bäder u. Kurmittel</u>			
Heil- u. Süß- wasserbäder	198 877	220 036	343 933

	<u>1948</u> (z. Vergl.)	<u>1949</u>	<u>1950</u> (z. Vergl.)
Moorbäder	9 463	9 476	14 199
Inhalations- behandlungen u. sonst. zusätzl. Behandlungen	22 962	24 238	33 721
<u>Thermalschwimm- bäder</u>			
Besucher	29 247	50 614.	54 073
<u>Versandbetriebe</u>			
Heilwasser- Flaschen	926 067	940 237	1 150 265
Tafelwasser- Flaschen	958 239	821 513	1 208 733
Badesalze-kg	24 949	25 793	32 950
Mutterlauge-l	855	2 995	865
<u>Salinen</u>			
Kochsalz-kg	1 073 000	1 052 825	1 174 055
Vihsalz-kg	52 775	120 060	159 470
Gewerbesalz-kg	26 750	14 800	25 200

Wenn auch in diesen Ziffern ein erfreuliche Entwicklung zum Ausdruck kommt, so reicht das Ergebnis nicht an die Leistungen der Kurbetriebe vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges heran. Unzureichende Ausnutzung der Kapazität der Kureinrichtungen, verursacht durch Kriegszerstörungen und die noch immer anhaltenden Beschlagnahmungen der Besatzungsmacht, bestimmten wiederum das Bild.

Anl.

Wie aus dem beiliegenden vom Rechnungshof geprüften Gesamt-Jahresabschluß der Hessischen Staatsbäder zum 31. Dezember 1949 hervorgeht, wurden den Kurbetrieben in der Zeit vom 21. Juni 1948 bis zum Bilanzstichtag anstelle einer Erstausrüstung nach § 15 WG für den laufenden Betrieb 288 458,08 DM Überbrückungskredite, ferner Stützungsgelder in Höhe von 66 500 DM zunächst darlehensweise aus Haushaltsmitteln überlassen und in den Bäderbilanzen passiviert. Da diese Beträge an die Stelle einer Erstausrüstung traten, sollten sie nach Ansicht des Rechnungshofs in Zuschüsse umgewandelt werden.

Für Investitionszwecke flossen den Staatsbädern bis zum Bilanzstichtag aus Haushaltsmitteln Wiederaufbaukredite in Höhe von 1 078 950 DM zu, die im wesentlichen für folgende Maßnahmen Verwendung fanden:

Bad Wildungen

Wiederaufbau und Ausstattung der Staatlichen Badhotels
Instandsetzung der Brunnenanlagen der Thalquelle

Bad Schwalbach

Wiederaufbau und Ausstattung des Moorbadehauses
Reparatur und Ausstattung des Kursaal- und des Allee-
saalgebäudes sowie des Stahlbadehauses

Schlangenbad

Großreparaturen im Sanatorium Römerbad und im Staat-
lichen Kurhaus und Kurhotel
Einrichtung des Staatlichen Kurhauses und Kurhotels

Die den Staatsbädern für Zwecke des Wiederaufbaues zugeführten Haushaltsmittel wurden in den Bäderbilanzen ebenfalls passiviert. Über ihre Verzinsung und Tilgung soll entschieden werden, sobald die Ertragslage der Kurbetriebe sich soweit gebessert hat, dass sie ohne Gefährdung ihrer Liquidität Zahlungen leisten können.

Bad Nauheim und Bad Salzhausen haben im Gj. 1949 keine Wiederaufbaukredite erhalten. Der Investitionsbedarf von Bad Nauheim soll im Wege der Fremdfinanzierung gedeckt werden (vgl. Gesetz über die Ermächtigung zur Aufnahme von Darlehen für das Staatsbad Bad Nauheim vom 19. Juli 1950 - GVBl. S. 135 -). Die auf Grund dieses Gesetzes im Gj. 1950 aufgenommenen Darlehen sollen im wesentlichen zur Modernisierung der Energiezentrale und zum Wiederaufbau des Staatlichen Kurhauses verwendet werden. Bad Salzhausen erhielt erst im Gj. 1950 Wiederaufbaukredite aus Haushaltsmitteln in geringer Höhe zur Umgestaltung und Neuausstattung des Staatlichen Kurhauses.

Der Rechnungshof hat die Jahresabschlüsse der einzelnen Kurbetriebe geprüft. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Durchführung des Reparatur- und Erneuerungsprogramms gewidmet. Es kann festgestellt werden, dass sich der Auf-

wand in finanziell tragbarem Rahmen hielt, umsomehr, als die Aufwärtsentwicklung in nahezu allen Betriebszweigen auch in den Gj. 1950 und 1951 anhielt. Die Verwaltung hat alle sich darbietenden Möglichkeiten, durch Ertragssteigerung die wirtschaftlichen Grundlagen der einzelnen Betriebe zu festigen, ergriffen.

Das Gj. 1949 schließt mit einem Jahresverlust von 214 006,11 DM ab, um den sich der Verlustvortrag aus 1948 auf 320 501,14 DM erhöht. Während im Gj. 1950 ebenfalls noch mit einem Verlust zu rechnen sein dürfte, berechtigt die weiter erhöhte Inanspruchnahme der Kureinrichtungen im Gj. 1951 zu der Hoffnung, dass in diesem Jahre wenigstens die Kostendeckung herbeigeführt werden kann, zumal den Bädern inzwischen für die Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen durch die Besatzungsmacht eine Nutzungsent-schädigung zugebilligt worden ist. Über die Höhe und Auswirkung dieser Entschädigung auf die Ertragslage der Bäder wird der Rechnungshof in der Denkschrift zur StHR 1950 näher berichten.

VIII. Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung - Epl. X -

1. Besitz- und Verkehrsteuern - Besteuerungsverfahren der Finanzämter (Kap. 1)

Seit Beginn des Kj. 1951 hat der Rechnungshof sich in besonderem Maße mit der Überprüfung der materiellen Rechtsanwendung durch die Finanzämter, und zwar hauptsächlich mit der Festsetzung der Vorauszahlungen und der Veranlagung des ersten DM-Abschnitts für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 befaßt. Dabei beschränkte sich die Überprüfung grundsätzlich auf die Landessteuern. Die Veranlagungen zur Umsatzsteuer und zur Beförderungsteuer wurden seit dem Übergang dieser Abgaben auf den Bund (1. April 1950) ebenso wie die Soforthilfeabgabe und das Notopfer Berlin durch den Bundesrechnungshof geprüft. Soweit es sich organisatorisch ermöglichen ließ, prüften der Bundesrechnungshof und der Landesrechnungshof gemeinsam. Diese in § 4 Abs. 5 des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofs vom 27. November 1950 (BGBl. S. 765)

vorgesehenen gemeinsamen Prüfungen haben sich als sachdienlich erwiesen und die mit jeder Prüfungstätigkeit notwendig verbundene vorübergehende Beeinträchtigung der Arbeit der Finanzämter auf ein Mindestmaß beschränkt.

Geprüft wurden im Durchschnitt bei einem kleinen Amt 150, bei einem mittleren Amt 300 und bei einem grösseren Amt 500 Steuerfälle. Die Auswahl geschah nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Gewerbezweige in dem Amtsbezirk und nach der Steuerkraft der Pflichtigen. Jeder Fall wurde auf alle in Betracht kommenden steuerlichen Gesichtspunkte hin durchgearbeitet. Dabei hat der Rechnungshof neben den Fragen der Bewertungsfreiheit (§§ 7a bis 7e EStG), der Sonderausgaben (§§ 10 und 10a), der einzelnen Einkunftsarten (§§ 13 bis 24), der Veranlagung (§§ 25 bis 31), des Tarifs (§§ 32 bis 34) und der Steuerentrichtung (§§ 35 bis 47), insbesondere der Kernfrage jeder Einkommensteuer-Veranlagung, der Gewinnermittlung (§§ 4 bis 6, 8 und 9), seine Aufmerksamkeit gewidmet. Die einzelnen Veranlagungsfälle wurden eingehend verprobt, d.h. durch innere und äussere Betriebsvergleiche, Geldvergleiche, Kalkulationen, Gegenüberstellung von Kennzahlen und von Privatentnahmen und Privatverbrauch auf ihre Richtigkeit geprüft. In einer großen Zahl von Fällen hat der Rechnungshof sich nicht damit begnügt, auf die festgestellten Fehler oder Unterlassungen hinzuweisen, sondern er hat die unrichtig behandelten Veranlagungsfälle in vollem Umfange aufgerollt und durch vollständige Neuberechnungen ersetzt.

Im einzelnen hat der Rechnungshof u.a. die folgenden Erinnerungen erhoben:

Für das Steuerermittlungsverfahren gilt der Grundsatz der Offizialmaxime, d.h. der Erforschung der Steuerfälle von Amts wegen. Gegen diesen Grundsatz haben die Finanzämter häufig dadurch verstoßen, dass sie mangelhafte Steuererklärungen ohne Beanstandung hinnahmen und die Steuerpflichtigen nach ihrer mangelhaften Erklärung veranlagten. Offensichtliche Mißverhältnisse zwischen Wareneinsatz und Warenumsatz, Umsatz und Gewinn sowie zwischen Betriebseinnahmen und -ausgaben blieben oft ungeklärt.

In anderen Fällen wurden die notwendigen Gegenrechnungen und Betriebsvergleiche nicht durchgeführt, so dass die

vorhandenen Mißverhältnisse zwischen den verschiedenen Elementen der Gewinnberechnung garnicht erkannt wurden. Der angegebene Eigenverbrauch und die Höhe der erklärten Privatentnahmen wurden mit den Kosten der Lebenshaltung der Steuerpflichtigen nicht immer abgestimmt.

Wenn die Steuerpflichtigen die Gewinne für die Veranlagungszeiträume II/1948 und 1949 nach § 15 des sog. Veranlagungsgesetzes vom 23. März 1950 (BGBl. S. 48) zusammengerechnet oder Bewertungsfreiheit für Ersatzbeschaffung beweglicher Anlagegüter nach § 7a Einkommensteuergesetz, Absetzung von Zuschüssen oder Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues als Betriebsausgabe nach § 7c a. a. O. oder Steuerfreiheit für nicht entnommenen Gewinn nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 a. a. O. in Anspruch genommen hatten, wurde vielfach nicht ausreichend geprüft, ob die vom Gesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt waren. Die Vergünstigungen wurden deshalb oft zu Unrecht gewährt. Dies war geschehen, obwohl beispielsweise die Unterlagen auswiesen, dass die Steuerpflichtigen keine Bestandsaufnahme durchgeführt, sondern die Warenbestände geschätzt hatten, eine ordnungsmässige Buchführung also nicht vorhanden war.

Bei der Veranlagung des 1. DM-Abschnittes wurden hohe Bewertungsunterschiede zwischen der RM-Schlußbilanz und der DM-Eröffnungsbilanz vielfach ungeklärt gelassen. Auch die passiven Posten Rückstellung, Wertberichtigung, Delkrede und Rechnungsabgrenzung wurden in der Regel ohne nähere Nachprüfung anerkannt, obwohl auch hier bei überhöhten Ansätzen die Gefahr der Gewinnverschleierung besteht. Das durchaus billigenswerte Verfahren, in besonders wichtigen Fällen die Klärung dieser Fragen einer künftigen Betriebsprüfung zu überlassen, war in dem geübten Umfang nicht vertretbar, weil im Hinblick auf den Personalmangel nicht alle Betriebe einer Betriebsprüfung unterzogen werden können.

In einem Fall war seit 1944 ein auffälliges Absinken der Gewinne zu verzeichnen, das in einem krassen Mißverhältnis zum Geschäftsumfang stand. Die auf Veranlassung des Rechnungshofs bei diesen Steuerpflichtigen durchgeführte Betriebsprüfung führte für die RM-Zeit zu einer Steuer-

nachforderung von 5,3 Mio RM. Die Nachforderung für das 2. Halbjahr 1948 beträgt vorläufig 74 000 DM. Das endgültige Ergebnis liegt noch nicht vor, weil die Betriebsprüfung noch nicht beendet ist.

Die im Jahre 1950 fällig gewordenen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer waren von den Finanzämtern nach den für 1949 abgegebenen vierteljährlichen Erklärungen unter Anpassung an die sich für 1950 voraussichtlich ergebenden Steuern festzusetzen. Obwohl sich in zahlreichen Fällen die Betriebe der Steuerpflichtigen bedeutend erweitert und die Umsätze erhöht hatten, war diese Anpassung oft unterblieben und mußte durch den Rechnungshof nachträglich veranlaßt werden. Dies führte in einem Falle dazu, dass die vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die zu entrichtende Körperschaftsteuer von 7,9 Mio DM auf 10,5 Mio DM erhöht wurden.

Bei Gründung von Kapitalgesellschaften unterliegt der erste Erwerb von Gesellschaftsrechten der Gesellschaftsteuer, die bei Sacheinlagen vom Wert dieser Sacheinlage erhoben wird. Bei Einbringung ganzer Unternehmen haben die Finanzämter unterlassen, außer den in der Bilanz ausgewiesenen einzelnen Wirtschaftsgütern auch den sog. Firmenwert steuerlich zu erfassen. Der Rechnungshof hat unter Berufung auf die ständige höchstrichterliche Rechtsprechung eine Überprüfung der bisherigen Veranlagungen angeregt.

Bei den Umsatzsteuerveranlagungen haben die Finanzämter oft die Unterschiede zwischen den Angaben in den Voranmeldungen und in den Jahreserklärungen unbeanstandet hingenommen und die Anwendung begünstigter Steuersätze zugelassen, ohne nachzuprüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt waren.

Bei Neugründungen von Kapitalgesellschaften oder bei Umwandlungen von Einzelunternehmen und Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften war der Veräußerungsvorgang umsatzsteuerlich vielfach nicht oder nicht in der richtigen Höhe erfaßt.

Nach der Währungsumstellung haben die Finanzämter oft Neugründungen von Familiengesellschaften auf Grund der vorge-

legten Vertragsurkunden anerkannt, ohne zu berücksichtigen, dass die tatsächliche Handhabung der Rechte der Gesellschafter oft in schwerwiegender Weise gegen die vertraglichen Abmachungen verstieß.

Bei der Einheitsbewertung sind vielfach die erforderlichen Nachfeststellungen und die Zurechnungsfortschreibungen unterblieben. Die Gewerbesteueranlagen haben die vorgeschriebenen Zurechnungen zum gewerblichen Gewinn nicht immer berücksichtigt.

Die Betriebsprüfungsstellen der Finanzämter haben die für die Dauer und den Erfolg der Prüfung wesentliche Vorbereitung der Prüfung an Amtsstelle oft vernachlässigt. Die Prüfungsberichte selbst entsprachen nicht immer den zu stellenden Anforderungen an Klarheit, Übersichtlichkeit, Vollständigkeit und Kürze. Aus den getroffenen Feststellungen hat man nicht immer die notwendigen Folgerungen gezogen. So haben die Prüfer vielfach den Aufzeichnungen des Pflichtigen die Beweiskraft versagt, die vom Gesetz (§ 217 AO) vorgeschriebene Schätzung der Besteuerungsgrundlagen aber so unvollständig durchgeführt, dass sich für den Steuerpflichtigen hieraus geradezu der Anreiz zur weiteren Umsatz- und Gewinnverkürzung ergeben mußte. Da in den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens und des Vorratsvermögens oft hohe stille Reserven liegen, die der Besteuerung entzogen werden, ist es erforderlich, dass die Betriebsprüfer die Anlagerechnung, die Innenleistungen und die Kostenrechnung gründlich untersuchen. Wenn der Rechnungshof Verstöße hiergegen feststellte, hat er in der Regel eine erneute Betriebsprüfung veranlaßt. In einem Fall ist ein Mehrgewinn von etwa 50 Mio DM zu erwarten. Die Prüfung ist jedoch noch nicht beendet, so dass das steuerliche Mehrergebnis noch aussteht. In zahlreichen weiteren Fällen dieser Art haben die vom Rechnungshof angeordneten Prüfungen ebenfalls beachtliche finanzielle Erfolge gehabt, die, soweit es sich um die Erhöhung von Gewinnen handelt, zu Steuererhöhungen im jeweils geprüften Steuerabschnitt, soweit sie sich als Beseitigung vortragsfähiger Verluste darstellen, zu Steuererhöhungen im folgenden Steuerabschnitt führen.

Die Häufigkeit und die Art der festgestellten Mängel sind zweifellos durch die Arbeitsüberlastung der Finanzämter,

die unzureichende Fortbildung der Bediensteten und durch die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit der Steuergesetzgebung wesentlich beeinflusst.

Der Rechnungshof hat durch Anregung von Maßnahmen auf Abhilfe der dargestellten organisatorischen, personellen oder materiellen Mängel hingewirkt. Er hat sich vor allem für Verbesserung in der Unterbringung und Ausstattung der Finanzämter mit Geräten und Beförderungsmitteln eingesetzt. Er hat veranlaßt, dass den noch nicht eingezogenen Steuerrückständen in stärkerem Maße nachgegangen und Maßnahmen getroffen werden, die künftig den rechtzeitigen Eingang der Steuern sichern sollen. Soweit Betriebsprüfungen und Lohnsteuerausprüfungen nicht in dem erforderlichen Umfange durchgeführt waren, hat er deren Nachholung und eine Verstärkung des Außendienstes veranlaßt. Bei materiellen Veranlagungsfehlern hat er darauf hingewirkt, dass der Steueranspruch des Staates durch Betriebsprüfungen realisiert wurde. Das endgültige finanzielle Ergebnis auf Grund der Beanstandungen des Rechnungshofs steht noch nicht fest, weil die Finanzämter die steuerlichen Ermittlungen und Berichtigungsveranlagungen größtenteils noch nicht abgeschlossen haben.

Die Verwaltung hat die Arbeit des Rechnungshofs in verständnisvoller Weise unterstützt. Die Unterbringung und Ausstattung der Finanzämter hat sie im Rahmen des Möglichen verbessert und Personalverstärkungen nach Maßgabe der bewilligten Mittel vorgenommen. Sie ist im Begriff, eine neue, den erhöhten Anforderungen genügende Finanzlehranstalt einzurichten und hat als Zwischenlösung Wanderlehrer zur Fortbildung der Verwaltungsangehörigen eingesetzt. Auf Veranlassung des Rechnungshofs wird sie bei den Finanzämtern die seit 1945 unterbrochene Vorprüfungstätigkeit nach Maßgabe der vom Bundesrechnungshof und vom Rechnungshof des Landes Hessen gemeinsam herausgegebenen Vorprüfungsrichtlinien demnächst wieder aufnehmen. Dadurch wird erreicht werden, dass sämtliche Finanzämter innerhalb von drei Jahren entweder von dem Rechnungshof oder von der Oberfinanzdirektion Frankfurt/Main überprüft werden.

2. Finanzzuweisungen und -zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 10. Juni 1948 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1949 (GVBl. S. 50) - Kap. 1 -

a) Ausgleichsbeträge für Grundsteuerausfälle der Gemeinden infolge Zerstörungen von Grundbesitz durch Kriegserische Ereignisse (Titel 5)

Nach den Feststellungen des Rechnungshofs sind bei der oben bezeichneten Haushaltsstelle im Rj. 1948 erhebliche Beträge überzahlt worden (vgl. Denkschrift für das Rj. 1948, S. 28). Der Minister der Finanzen hatte in Aussicht genommen, die im Rj. 1948 überzahlten Grundsteuerausfallentschädigungen mit den im Rj. 1949 zu zahlenden Beträgen zu verrechnen. Wie bei der Prüfung der Grundsteuerausfallentschädigungen Rj. 1949 festgestellt wurde, ist dies bisher nur in einigen Fällen geschehen. Es sind noch Überzahlungen aus dem Rj. 1948 in Höhe von insgesamt 222 278,21 DM zurückzuerstatten.

Der Rechnungshof hat beanstandet, dass inzwischen nichts unternommen wurde, um die Beträge gegen Fälligkeiten in späteren Rj. zu verrechnen oder auf andere Weise wieder einzuziehen. Er steht auf dem Standpunkt, dass schon im Interesse einer gleichmässigen Behandlung aller ausgleichsberechtigten Gemeinden von einer Wiedereinzahlung nicht abgesehen werden kann. Dabei ist noch zu beachten, dass infolge der Ermässigung der Grundsteuerausfallentschädigungen auch die Schlüsselzuweisungen geringer werden und sich dadurch die zu erstattenden Beträge noch wesentlich erhöhen.

Auch bei der örtlichen Prüfung der Grundsteuerausfallentschädigungen Rj. 1949 hat der Rechnungshof erhebliche Unterschiede zwischen Vorauszahlungen und zuständigen Entschädigungsbeträgen festgestellt. Es waren 284 218,86 DM zuviel und 50 024,61 DM zu wenig gezahlt worden. Der Rechnungshof hält auch in diesen Fällen eine Wiedereinzahlung der Überzahlungen für erforderlich. Der Schriftwechsel mit dem Minister der Finanzen hinsichtlich der Überzahlungen in den Rj. 1948 und 1949 ist noch nicht abgeschlossen.

b) Zuwendungen aus dem Ausgleichsstock (Titel 6)

Der Rechnungshof hat beanstandet, dass hinsichtlich des Nachweises über die Verwendung der Mittel aus dem Ausgleichsstock des Epl. X ordentlicher Haushalt und der zur Förderung von kommunalen Bauvorhaben vorgesehenen Mittel des Kap. 5 Titel 1 des Epl. X außerordentlicher Haushalt nicht Bestimmung getroffen wurde (§64a RHO). Er hat sich bereit erklärt, Vorschläge über die Gestaltung des Verwendungsnachweises zu unterbreiten.

Der Rechnungshof hat ferner gegenüber den beteiligten Fachministerien den Standpunkt vertreten, dass nach der Zweckbestimmung der Mittel und im Interesse ihrer sparsamen Bewirtschaftung Darlehen, Beihilfen und Zuschüsse an Gebietskörperschaften zu bestimmten Maßnahmen im allgemeinen davon abhängig gemacht werden sollten, dass sich die Gebietskörperschaften mit angemessenen, im Einzelfall festzulegenden eigenen Leistungen an den Maßnahmen beteiligen und eine Kürzung des Staatszuschusses eintritt, wenn sich bei der Abrechnung herausstellt, dass der Kostenanteil der Gebietskörperschaften die geforderte Höhe nicht erreicht. Prozentuale, nach oben betragsmässig begrenzte Bemessung von Zweckzuwendungen dürfte nach Ansicht des Rechnungshofs der Hingabe fester Beträge in der Regel vorzuziehen sein. Veranlassung zu dieser Stellungnahme gaben mehrere bei der Rechnungsprüfung Rj. 1949 festgestellte Einzelfälle, in denen kommunale Baumaßnahmen ausschließlich aus Landesmitteln finanziert wurden.

3. Treuhandvermögen aus dem Aufkommen aus Umstellungsgrundschulden

Über Rechtsnatur und Bedeutung der Umstellungsgrundschulden hat der Rechnungshof bereits in der Denkschrift für das Rj. 1948, S. 31 berichtet. Die Umstellungsgrundschulden sind in ihrer Gesamtheit ein Sondervermögen, das formell dem Soforthilfefonds zusteht. Das Aufkommen an Zinsen und Tilgungen ist den Ländern mit folgenden Maßgaben zur Förderung des Wohnungsbaues überlassen:

Das Aufkommen aus Fälligkeiten bis zum 31. Dezember 1949

stellt ein Sondervermögen des Landes dar, das nach § 79 Abs.4 RHO als Anlage zur StHR nachzuweisen gewesen wäre (vgl. Einzelbemerkung Nr. 9). Diese Regelung gilt jedoch nur für das Aufkommen aus Fälligkeiten bis zum 31. Dezember 1949. Von da ab sind 15 % des Nettoaufkommens an den Soforthilfefonds für einen übergebietlichen Ausgleich abzuführen. Der Restbetrag wird nach Abzug der Kosten für die Verwaltung der Umstellungsgrundschulden dem Lande als Darlehen belassen. Das gleiche gilt für die Rückflüsse der aus dem Sondervermögen des Landes ausgeliehenen Wohnungsbaudarlehen. Bis zum Ende des Berichtszeitraums (31. März 1950) waren dem Lande aus Umstellungsgrundschulden insgesamt 40 111 952,07 DM zugeflossen.

Die Überprüfung der verwaltenden Stellen ist inzwischen mit besonderem Nachdruck durchgeführt worden. Durch Aufteilung der Prüfungstätigkeit zwischen dem Bundesrechnungshof, dem Rechnungshof des Landes Hessen und den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern konnte die fast vollständige Prüfung aller Verwaltungsstellen erreicht werden. Diese haben sich inzwischen durch Übertragung der Aufgaben kleinerer Verwaltungsstellen auf grössere von 380 auf 129 vermindert. .

Bei der Prüfung in sachlicher Hinsicht ergaben sich folgende Anstände: Die Buchführung der Institute und Gebietskörperschaften war oft unzureichend und ließ insbesondere keine Angaben über das Leistungssoll zu. Die Ablieferung der Rückflüsse geschah meist mit großer Verzögerung. Bei der Berechnung der Gebühren für die Verwaltung der Umstellungsgrundschulden wurde vielfach zum Nachteil des Landes verfahren. Die entsprechenden Vorschriften wurden teils nicht beachtet, teils falsch ausgelegt und erhebliche Mehrbeträge einbehalten. Auch die von den Instituten erstatteten Meldungen wiesen häufig Unstimmigkeiten auf. Bei der Prüfung konnten Hinweise und Anregungen gegeben werden, die von den Instituten nach den Feststellungen des Rechnungshofs auch befolgt wurden. Insbesondere konnten das Einzugsverfahren, die Ablieferungen und das Melde- und Abrechnungsverfahren straffer gestaltet werden, so dass

nunmehr ein Überblick über das Umstellungsgrundschuldkapital, die Leistungen und die Rückstände gewonnen werden kann.

Die finanziellen Ergebnisse der Prüfungen sind beachtlich. Es konnten 515 482,48 DM Umstellungsgrundschuldkapitalien nacherfaßt werden. Darunter befinden sich rd. 245 000 DM z.Z. ertragslose Umstellungsgrundschulden. Ferner konnte die Abführung von 82 985,99 DM zuviel einbehaltener Verwaltungsgebühren veranlaßt werden.

IX. Haushalt der Besatzungskosten und artverwandten Ausgaben
Epl. XIIIa
- Besonderheiten des Prüfungsverfahrens -

Auf Grund des Art. I des Gesetzes Nr. 22 der amerikanischen Militärregierung waren mit Wirkung vom 1. April 1949 an alle Rechnungen über Besatzungskosten und artverwandte Ausgaben, die im Auftrage der Besatzungsmacht aus dem Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets oder eines Landes bestritten wurden, von dem Rechnungshof für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet zu prüfen. Im Rahmen einer Dienstbesprechung der Rechnungshöfe im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wurde festgelegt, dass die Rechnungen der Länder über die oben bezeichneten Ausgaben von dem Rechnungshof für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und dem jeweils zuständigen Landesrechnungshof gemeinsam geprüft werden sollten. Der Rechnungshof des Landes Hessen hat sich an sämtlichen vom Rechnungshof für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Hessen durchgeführten Prüfungen beteiligt.

Entsprechend den Bestimmungen der Besatzungsmacht handelte es sich hierbei im wesentlichen um Prüfungen in rechnerischer und förmlicher Hinsicht. Eine sachliche Stellungnahme zu den Besatzungskosten, wie z.B. die Untersuchung des Bedürfnisses für die einzelnen Bau- und sonstigen Maßnahmen und der Wirtschaftlichkeit ihrer Durchführung, ist den deutschen Rechnungsprüfungsbehörden nicht möglich. Ebenso können mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Besatzungsmacht über die Prüfungsergebnisse in der Denkschrift keine näheren Angaben gemacht werden.

Die Bemerkungen nach § 107 Abs.1 Nr. 1 RHO sind, soweit sie sich auf den Epl. XIIa - Besatzungskosten - beziehen, auf Grund eigener Prüfung und einer entsprechenden Erklärung des Bundesrechnungshofs aufgestellt worden.

X. Haushalt der Kriegsfolgelasten - Epl. XIIb -

1. Kriegsfolgenhilfe (Kap. 1 und 2)

Der Rechnungshof hat die Ausgaben für Kriegsfolgenhilfe (KFH) bei der Bezirksfürsorgestelle Gießen, dem Bezirksfürsorgeverband für den Dillkreis und dem Bezirksfürsorgeverband Marburg-Stadt geprüft. Diese Fürsorgeverbände hatten nach Unterlagen des Statistischen Landesamts einen überdurchschnittlich großen Aufwand für KFH. Die Prüfung erschien auch erforderlich, um festzustellen, ob die Regierungspräsidenten (Abrechnungsstellen für die Kriegsfolgenhilfe) die Ausgaben der Fürsorgeverbände für KFH sachlich und abrechnungsmässig genügend nachgeprüft hatten.

An der Prüfung des Rechnungshofs wurden neben den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern die Regierungspräsidenten (Abrechnungsstellen für die Kriegsfolgenhilfe), der Minister des Innern und der Minister der Finanzen beteiligt. Es wurde hauptsächlich geprüft, ob die festgesetzten KFH-Beträge nach Art und Maß den Bestimmungen entsprechen und ob über die durch Bücher und Belege nachgewiesene Ausgabe ordnungsmässig abgerechnet war.

Die Prüfung hatte folgendes Ergebnis: Einer der geprüften Bezirksfürsorgeverbände hatte in einer großen Zahl von Fällen Beträge von zusammen rd. 20 000 DM unrechtmässig als KFH ausgezahlt und in die Abrechnung einbezogen. Ein anderer Bezirksfürsorgeverband hatte einen bisher noch nicht festgestellten, aber wesentlich grösseren Betrag - schätzungsweise rd. 100 000 DM - zu Unrecht als KFH nachgewiesen und verrechnet. 85 v.H. dieser Beträge müssen dem Land Hessen und dem Bund erstattet werden. Der Minister des Innern hat wegen dieser Prüfungsergebnisse Maßnahmen angeordnet, die künftig ähnliche Versäumnisse verhindern und die erforderliche

verwaltungsmässige Überwachung sicherstellen sollen.

2. Schulkinderspeisung (Kap. 6)

Eine örtliche Prüfung bei der Amtskasse des Landesernährungsamts Hessen in Frankfurt/Main ergab, dass bei der Kasse nur die Auszahlungsanordnungen vorlagen. Die Kostenrechnungen, die zur Begründung der Buchungen hätten dienen müssen (§ 59 RRO), befanden sich bei der Fachabteilung "Schulspeisung" des Landesernährungsamts. Neben der ordnungsmässigen Belegung hat der Rechnungshof eine Abrechnung über die Warenbestände gefordert, die demnächst zusammen mit der Rechnung über die Ausgaben bei der oben bezeichneten Haushaltsstelle geprüft werden soll (vgl. Einzelvorbehalt Nr. 7).

3. Wildschadenvergütungen (Kap. 7)

Für die Bearbeitung der Wildschadenvergütungen waren im Rj. 1949 die kommunalen Besatzungskostenämter zuständig. Diese wiesen die Staatskassen zur Zahlung der von ihnen festgestellten Beträge an. Einige Besatzungskostenämter überführten die monatlich als Betriebsmittel zugewiesenen Beträge auf Verwahrkonten der Kreiskommunalkassen, wo sie während mehrerer Monate angesammelt wurden. Auszahlungen fanden erst dann statt, wenn die angesammelten Mittel ausreichten, um einen größeren Kreis von Forderungsberechtigten zu befriedigen. Der Rechnungshof hat dieses Verfahren unter Hinweis auf den § 26 Abs.1 RHO beanstandet, wonach Haushaltsmittel bei den einzelnen Zweckbestimmungen nicht eher in Anspruch genommen werden dürfen, als es zur sparsamen Führung der Verwaltung erforderlich ist. Der Minister der Finanzen hat den vom Rechnungshof beanstandeten Mangel behoben.

Der Rechnungshof hat ferner den Erlaß von Richtlinien angeregt, um eine einheitliche Rechnungslegung über die Ausgaben bei der oben bezeichneten Haushaltsstelle in den drei Regierungsbezirken des Landes sicherzustellen.

4. Personal- und Sachkosten der kommunalen Besatzungskostenämter (Kap. 10)

Die unter Kap. 4a des Epl. XIIb veranschlagten Staat-

lichen Besatzungskostenämter sind im Rj. 1949 nicht eingerichtet worden. Die entstandenen persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten waren daher den kommunalen Besatzungskostenämtern vom Lande zu erstatten. Sie wurden bei Titel 41 der oben bezeichneten Haushaltsstelle unter besonderen Buchungsabschnitten a) und b) gebucht. In den Rechnungslegungsbüchern sind nachgewiesen: Personalkosten 1 733 573,87 DM, Sachkosten 779 292,53 DM. Die Überschreitung des Haushaltsansatzes bei Titel 41 in Höhe von 2 762 936,29 DM ist in erster Linie durch diese Zahlungen entstanden.

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass im Rj. 1949 erhebliche Beträge zu Unrecht als Personal- und Sachkosten der kommunalen Besatzungskostenämter gebucht worden sind. So werden die Kosten von Kartoffeleinlagerungen in den IRO-Lägern in Höhe von 78 352,87 DM, Straßenbaukosten in Höhe von 305 000 DM und Kosten für sonstige Leistungen in Höhe von 80,16 DM hier nachgewiesen. Außerdem sind von der Staatsoberkasse Darmstadt 362 648,38 DM persönliche Verwaltungskosten der Besatzungskostenämter versehentlich als Sachkosten verrechnet worden. Unter Berücksichtigung der festgestellten Fehlbuchungen ergeben sich im Rj. 1949 Personalkosten der kommunalen Besatzungskostenämter in Höhe von 1 791 222,25 DM und Sachkosten in Höhe von 338 211,12 DM.

Mit Rücksicht darauf, dass die bei Titel 41 gebildeten Buchungsabschnitte nur den Zweck hatten, die Haushaltsausgaben im Interesse der Rechnungsprüfung zu gruppieren, entsprechende Unterteilungen im Staatshaushaltsplan Rj. 1949 aber nicht vorgesehen waren, hat der Rechnungshof von Bemerkungen abgesehen.

Der Rechnungshof hat bei seinen örtlichen Prüfungen ferner festgestellt, dass über beträchtliche Abschlagszahlungen an Gebietskörperschaften für die oben bezeichneten Zwecke aus dem Rj. 1948 im Rj. 1951 noch nicht abgerechnet war.

Es wurde ferner beanstandet, dass sich die vorgenommenen Erstattungen nicht auf die Ausgaben für Gehälter

und Löhne der kommunalen Besatzungskostenämter beschränken, sondern in einer Anzahl von Fällen auch Versorgungslastenanteile an die betreffenden Gemeinden gezahlt wurden. Auf diese Zahlung hatten die Gemeinden nach Ansicht des Rechnungshofs keinen Anspruch. Es handelte sich um staatliche Auftragsangelegenheiten, für die die Gemeinden grundsätzlich durch den Finanzausgleich entschädigt werden. Nach den s.Z. für die Kriegsschädenämter ergangenen Bestimmungen, die auf die Besatzungskostenämter entsprechend anzuwenden sind, waren ihnen über die Leistungen des Finanzausgleichs hinaus lediglich die zusätzlich durch die Erledigung dieser Aufgaben entstehenden Personal- und Sachkosten zu erstatten. Hierzu gehören aber zweifellos nicht die Versorgungslasten für das Stammpersonal. Die zu Unrecht gezahlten Beträge belaufen sich allein bei einer Stadt im Rj. 1949 auf 49 500 DM. Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Wegen Rückzahlung der überzahlten Beträge schweben noch Verhandlungen.

XI. Haushalt der Schuldenverwaltung des Landes Hessen
Epl. XIII

- Einrichtung und Tätigkeit der Landesschuldenverwaltung -

Die Aufnahme und Verwaltung von Schulden des Landes Hessen ist durch das Gesetz vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 93) geregelt worden. Das Gesetz erklärt die Bestimmungen der Reichsschuldenordnung und des Reichsschuldbuchgesetzes für entsprechend anwendbar. Es sieht jedoch im Hinblick darauf, dass die Aufnahme von langfristigen Schulden für absehbare Zeit keinen grösseren Umfang annehmen und die Tätigkeit der Landesschuldenverwaltung sich zunächst im wesentlichen auf die Verwaltung der Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen beschränken wird, von der Bildung einer selbständigen Kollegialbehörde, wie sie im ehem. Reich bestand und auch vom Bund wieder eingerichtet worden ist, ab und überträgt die Verwaltung der Landesschulden und die Führung des Landesschuldbuchs dem Minister der Finanzen. Für die Überwachung der Schulden des Landes ist ein Landesschuldenaus-

schuß gebildet. Er besteht aus drei Mitgliedern des Landtags und dem Präsidenten des Rechnungshofs des Landes Hessen, der den Vorsitz führt.

Das Landesschuldbuch ist nach § 4 des oben bezeichneten Gesetzes in drei Abteilungen zu führen. In die Abteilung I sind die eigentlichen Buchschulden des Landes einzutragen. Zu diesen gehören auch die kraft Gesetzes zu Buchschulden des Landes erklärten Verbindlichkeiten, wie die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen und die Verpflichtungen, die sich aus dem Gesetz über die Entschädigung für Übereignung oder Enteignung von Grundeigentum nach dem Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vom 4. Juli 1949 (GVBl. S. 87) ergeben.

In Abteilung II des Landesschuldbuchs sind die Schulden zu erfassen, die keine Buchschulden sind. Abteilung III des Landesschuldbuchs dient dem Nachweis der Verbindlichkeiten des Landes aus der Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen.

Da die Anlegungsarbeiten für das Landesschuldbuch auf Grund der von dem Minister der Finanzen hierfür zu dem oben bezeichneten Gesetz erlassenen Richtlinien naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen und die Zuteilung von Ausgleichsforderungen erst im Rj. 1950 einsetzte, waren die Voraussetzungen für ein Tätigwerden des Landesschuldenausschusses in den Rj. 1949 und 1950 noch nicht gegeben. Dagegen prüfte der Rechnungshof das Schuldenwesen des Landes vollständig auf Grund der Rechnungslegungsbücher. Wesentliche Beanstandungen haben sich hierbei nicht ergeben (siehe im übrigen die Einzelbemerkung Nr. 12).

XII. Persönliche Verwaltungsausgaben und Versorgungsbezüge aller Verwaltungszweige

1. Bedeutung und Organisation der Rechnungsprüfung

Von den ordentlichen Ausgaben des Landes entfallen etwa 36 v.H. auf die Besoldung und Versorgung seiner Bediensteten. Daraus erhellt die Bedeutung der Rechnungsprüfung, die sich insbesondere mit der Festsetzung der

Besoldungsdienstalter und der ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten zu befassen hat. Welche finanziellen Auswirkungen die unrichtige Festsetzung dieser Besoldungsgrundlagen haben können, zeigt das Beispiel eines Beamten, der im Alter von 40 Jahren zum Regierungsrat ernannt und mit 50 Jahren zum Oberregierungsrat befördert wird, im 58. Lebensjahr wegen Dienstunfähigkeit mit einer ruhegehaltsfähigen Dienstzeit von 25 Jahren in den Ruhestand tritt und mit 75 Jahren stirbt. Würde für diesen Beamten bei seiner Ernennung zum Regierungsrat das Besoldungsdienstalter zu Unrecht um 4 Jahre verbessert werden, so würde sich daraus eine Mehrbelastung des Landeshaushalts um rd. 31 000 DM ergeben. Die Hinterbliebenenbezüge sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Rechnungsprüfung dient aber nicht allein der Überprüfung der Ausgabenseite. Ihre weitere nicht weniger wichtige Aufgabe besteht darin, durch Herbeiführung einer gleichmässigen Anwendung der Besoldungsvorschriften den Arbeitsfrieden unter den öffentlichen Bediensteten zu sichern. Die Schwierigkeit und Unübersichtlichkeit der anzuwendenden Bestimmungen und ihre uneinheitliche Handhabung durch die Behörden haben die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation dieses Teils der Rechnungsprüfung gezeigt und den Rechnungshof veranlaßt, mit Wirkung vom 1. April 1950 an für die Prüfung der persönlichen Verwaltungsausgaben ein besonderes Prüfungsgebiet einzurichten. Er folgte damit einer bewährten Einrichtung des früheren Rechnungshofs des Deutschen Reichs.

2. Festsetzung der Besoldungsdienstalter, Anwendung von Härtebestimmungen

Grundlage für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters (BDA) ist das Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 (BesG) mit den inzwischen ergangenen Änderungen und Ausführungsbestimmungen. Das BDA beginnt grundsätzlich mit dem Tag der Anstellung in der jeweiligen planmässigen Stelle (§ 5 BesG). Als eine der wichtigsten Ausnahmebestimmungen ist nach § 6 BesG zur Vermeidung von Härten zulässig, eine außerhalb des Beamtenverhältnisses zurückgelegte Dienstzeit oder die Zeit einer praktischen Beschäftigung

auf das BDA anzurechnen. Die Anrechnung darf im allgemeinen 4 Jahre nicht übersteigen. Besteht jedoch ein dringendes dienstliches Bedürfnis für die Gewinnung des Beamten, so kann darüber hinausgegangen werden.

Die Rechnungsprüfung hat gezeigt, dass die Verwaltung von dieser Ausnahmebestimmung ungewöhnlich häufig Gebrauch gemacht und vorangegangene Tätigkeiten als Angestellter im öffentlichen oder privaten Dienst in offensichtlich zu hohem Umfange angerechnet und überdies angestrebt hat, diese Bediensteten möglichst vor Erreichung der Altersgrenze in die Endstufe ihrer Besoldungsgruppe einrücken zu lassen.

Der Rechnungshof hat den Minister der Finanzen auf die Bedenken aufmerksam gemacht, die gegen diese Handhabung der Besoldungsvorschriften sprechen.

Der Minister der Finanzen hat die Häufigkeit der Anwendung der Härtebestimmungen damit begründet, dass die Notwendigkeit, die hessische Staatsverwaltung nach dem Zusammenbruch mit größter Beschleunigung wieder aufzubauen, zwangsläufig dazu geführt habe, auf Personen zurückzugreifen, die keine verwaltungsmässige Laufbahn zurückgelegt hatten, sondern auf Grund der anderwärts gemachten Erfahrungen und erworbenen Kenntnisse zur Übernahme in das Beamtenverhältnis geeignet erschienen. Diese Personen hätten in zahlreichen Fällen nur dann für die Staatsverwaltung gewonnen werden können, wenn von den Anrechnungsmöglichkeiten ein weitgehender Gebrauch gemacht wurde. Da es sich oft um Personen im vorgerückten Lebensalter gehandelt habe, habe dafür Sorge getragen werden müssen, dass sie bei der Erreichung der Altersgrenze möglichst das Endgrundgehalt der Eingangsgruppe ihrer Laufbahn erreichen. Man habe diese Regelung jedoch nach Möglichkeit auf solche Fälle beschränkt, in denen der Beamte eine entsprechende Vorbildung und für seine Dienststellung förderliche Tätigkeiten vorzuweisen hatte.

Im übrigen hat sich der Minister der Finanzen auf Grund der Vorstellungen des Rechnungshofs in dem Runderlaß vom 21. November 1950 veranlaßt gesehen, seine grundsätzliche

Übereinstimmung mit der Auffassung des Rechnungshofs zu betonen und wegen des inzwischen nahezu abgeschlossenen Verwaltungsaufbaues für die BDA-Festsetzungen die Rückkehr zur früher bewährten Verwaltungsübung, insbesondere die Anlegung eines strengen Maßstabes bei Anwendung der Härtebestimmungen, anzuordnen.

3. Übernahme ehemaliger Wehrmachtbeamten in den Landesdienst

Das Land Hessen hat für die Übernahme ehemaliger Wehrmachtbeamten in seinen Dienst Bestimmungen erlassen, die sich im einzelnen aus dem Erlaß des Ministerpräsidenten vom 15. Dezember 1945, dem Runderlaß Nr. 11 des Direktors des Landespersonalamts vom 30. August 1947 (Staatsanzeiger S. 421) und den Richtlinien für die Übernahme von Wehrmachtbeamten in das Beamtenverhältnis des Landes Hessen vom 22. Juli 1949 (Staatsanzeiger S. 401) ergeben. In den Erlassen vom 15. Dezember 1945 und 30. August 1947 ist u. a. festgelegt, dass ehemaliger Wehrmachtbeamte hinsichtlich der "Einstufung" nicht besser gestellt werden dürfen als die Stammbeamten mit durchschnittlich guten Leistungen. Das Beamtenrecht hat den Begriff der Einstufung bisher nur in dem Sinne der Eingliederung des Beamten in eine bestimmte Dienstaltersstufe, d. h. der Festsetzung des Besoldungsdienstalters, zur Ermittlung des Grundgehalts verwendet. Nach Ansicht des Rechnungshofs kann deshalb der in den o. a. Vorschriften gebrauchte gleiche Ausdruck nur in dem gleichen Sinne verstanden werden. Der Rechnungshof hat daher seit dem Jahre 1948 das Landespersonalamt und den Minister der Finanzen wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die beiden Erlasse auch eine besoldungsrechtliche Angleichung der in den Staatsdienst übernommenen ehemaligen Wehrmachtbeamten an die hessischen Stammbeamten verlangen, und dass deshalb diese Wehrmachtbeamten hinsichtlich der Festsetzung ihres Besoldungsdienstalters nicht besser gestellt werden dürfen als die vergleichbaren Stammbeamten. Der Minister der Finanzen ist der Ansicht des Rechnungshofs zunächst mit Schreiben vom 9. Oktober 1948 beigetreten, vertritt neuerdings jedoch die Auffassung, dass der Erlaß vom 30. August 1947 nur beamten- und nicht besoldungsrechtliche Bestimmungen

enthalte, und dass deshalb den ehemaligen Wehrmachtbeamten bei ihrer Übernahme in den hessischen Staatsdienst grundsätzlich das bei der Wehrmacht innegehabte Besoldungsdienstalter zuzuerkennen sei. Nach diesem Grundsatz sei in der Praxis auch überwiegend verfahren worden.

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die jüngeren ehemaligen Wehrmachtbeamten, die nicht aus dem Stand der Militär- oder Versorgungsanwärter hervorgegangen sind, sowohl infolge des schnellen Auf- und Ausbaues der ehemaligen Wehrmacht und der sich daraus ergebenden besonders günstigen Anstellungsbedingungen als auch auf Grund der Handhabung der Besoldungsvorschriften durch die Wehrmachtdienststellen, die vielfach von der Verwaltungsübung der Zivilverwaltung abwich, allgemein ein wesentlich günstigeres Besoldungsdienstalter als die vergleichbaren Beamten der Zivilverwaltung besaßen. Als vergleichbar sind dabei solche Beamten anzusehen, die den Vorbereitungsdienst zu gleicher Zeit begonnen haben.

Die Tatsache, dass den ehemaligen Wehrmachtbeamten bei ihrer Übernahme in den Landesdienst das bei der Wehrmacht innegehabte Besoldungsdienstalter zuerkannt wird, führt zu einer z.T. nicht unerheblichen Besserstellung dieser Beamten gegenüber hessischen Stammbeamten. Das steht nach Auffassung des Rechnungshofs - auch unter Berücksichtigung der bisherigen Gesetzgebung zu Art. 131 des Grundgesetzes - nicht im Einklang mit den geltenden Vorschriften. Die Gegensätzlichkeit der von dem Minister der Finanzen und dem Rechnungshof vertretenen Auffassungen in dieser Frage hat eine Rechtsunsicherheit zur Folge gehabt, die sich nicht länger vertreten läßt. Die zur Beseitigung dieser Unsicherheit erforderlichen Schritte, die der Rechnungshof für geboten hält, sind bisher noch nicht unternommen worden.

4. Maßnahmen wegen überzahlter Dienst- und Versorgungsbezüge

Die Prüfung durch den Rechnungshof hat ergeben, dass bei der Festsetzung von Vergütungen für Angestellte die bestehenden Bestimmungen nicht immer beachtet worden sind. Vielfach mußte der Rechnungshof die Grundvergütungssätze

beanstanden und deren Neufestsetzung, d.h. in der Regel die Zurückstufung in geringere Vergütungssätze, veranlassen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Rückforderung der überzahlten Beträge von den Empfängern war jedoch meistens erfolglos. Die Verwaltungen haben den Rechnungshof regelmässig um sein Einverständnis gebeten, dass die überzahlten Bezüge in Ausgabe belassen werden und dies damit begründet, dass die Kompliziertheit der Vorschriften, der Mangel an Fachkräften und die Arbeitsüberlastung der Behörden die sorgfältige Anwendung der Vergütungsbestimmungen verhindert habe. Der Rechnungshof hat sich in Anerkennung der beim Wiederaufbau der Verwaltungsbehörden zu überwindenden Schwierigkeiten bisher in den meisten Fällen damit einverstanden erklärt, dass von der Anwendung der Haftungsbestimmungen in § 23 DBG und § 6 ATO abgesehen wird und die überzahlten Beträge in Ausgabe belassen bleiben.

Die Finanzlage des Landes sowie die Tatsache, dass der Verwaltungsaufbau in Hessen inzwischen im wesentlichen beendet wurde und Fachkräfte auch auf dem Gebiet der Besoldung usw. zur Verfügung stehen, lassen es angezeigt erscheinen, bei der Inanspruchnahme der für die unrechtmässigen Auszahlungen verantwortlichen Bediensteten künftig einen strengeren Maßstab anzulegen.

Der Rechnungshof hat daher beim Minister der Finanzen angeregt, die Verwaltungsbehörden durch einen Erlaß entsprechend zu unterrichten und ihnen nahezu legen, dafür zu sorgen, dass sich die verantwortlichen Bediensteten zur Vermeidung der Ersatzpflicht mit den Bestimmungen der TO.A hinreichend vertraut machen.

5. Kinderzuschlag für Enkel- und Pflegekinder

Gemäß § 14 BesG und Nr. 72 BV können Kinderzuschläge anstatt den leiblichen Eltern dem Pflegevater oder dem Großvater gewährt werden, wenn dieser Beamte das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat und für seinen Unterhalt und seine Erziehung keine Vergütung erhält, und wenn gesetzlich unterhaltspflichtige Personen nicht vorhanden oder

zur Unterhaltsleistung nicht in der Lage sind. Die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegsjahre, insbesondere die sich vielfach ergebende Notwendigkeit gemeinschaftlicher Haushaltsführung mit Eltern, Großeltern oder Schwiegereltern, haben es mit sich gebracht, dass Beamte und besonders Ruhegehaltsempfänger in stärkerem Maße als früher die Zahlung von Kinderzuschlag auf Grund dieser Bestimmungen beansprucht haben.

Bei der Rechnungsprüfung hat sich ergeben, dass die bei der Antragstellung und der Gewährung des Kinderzuschlags vorhanden gewesenen Voraussetzungen nachträglich vielfach ganz oder teilweise weggefallen waren, ohne dass der Beamte seiner Verpflichtung zur unverzüglichen Anzeige des Wegfalls (Nr. 70 Abs. 3 BV) genügt hatte. Auf diese Weise sind Überzahlungen in nicht unerheblichem Umfang vorgekommen. Als häufigster Fall wurde festgestellt, dass Großeltern den Kinderzuschlag für die in ihrem Haushalt lebenden Enkelkinder deshalb jahrelang zu Unrecht empfangen haben, weil sie es unterlassen haben, in der alljährlich abzugebenden vordruckmässigen Erklärung darauf hinzuweisen, dass die ebenfalls bei ihnen lebenden Eltern des Kindes zwischenzeitlich in die Lage versetzt worden waren, ihrer Unterhaltspflicht gegenüber dem Kinde nachzukommen. Eine bewusste Täuschung der Behörde war den Empfängern des Kinderzuschlags in keinem Falle nachzuweisen, weil die von ihnen auszufüllenden Vordrucke nicht klar genug auf die Verpflichtung zur Mitteilung dieser Tatsachen hinweisen. Zur Vermeidung weiterer Überzahlungen wurde beim Minister der Finanzen eine Ergänzung (Erläuterung) des Vordrucks für die von dem Beamten jährlich abzugebende Erklärung hinsichtlich der Weitergewährung des Kinderzuschlags für Enkel- und Pflegekinder angeregt.

C. Besonderer Teil - außerordentlicher Haushalt

Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung - Epl. X, außerordentlicher Haushalt -

Sozialer Wohnungsbau aus Landes- und Treuhandmitteln

Die vom Lande zur Förderung des Wohnungsbaues eingesetzten Mittel werden durchweg von Kreditinstituten verwaltet. Es handelt sich vor allem um die Hessische Landesbank - Girozentrale - in Darmstadt

und die Deutsche Bau- und Bodenbank AG., Zweigstelle Frankfurt/M. Ferner ist ein Betrag von 15 Mio DM unter Einschaltung der Oberbürgermeister und Landräte über die öffentlichen Sparkassen ausgeliehen worden (Sonderaktion zur Förderung des Wohnungsbaues lt. Landtagsbeschuß vom 6. April 1949). Der Rechnungshof hat bisher nur die Verwendung und Verwaltung der der Deutschen Bau- und Bodenbank AG., Zweigstelle Frankfurt/Main, zur Verfügung gestellten Mittel und einen Teil der bei der Sonderaktion eingeschalteten Verwaltungsstellen geprüft. Weitere Prüfungen sind beabsichtigt.

Der Rechnungshof empfindet es als Mangel, dass in der StHR kein bestandsmässiger Nachweis geführt wird, der erkennen läßt, welche Mittel vom Lande Hessen zur Förderung des Wohnungsbaus bereitgestellt, wie sie verwendet wurden und aus welchen Quellen sie stammen.

a) Deutsche Bau- und Bodenbank AG., Zweigstelle Frankfurt/Main

Die dem Institut für Zwecke des Wohnungsbaus zur Verfügung gestellten Landesmittel sind ordnungsgemäß verwendet worden. Auch die Verwaltung der Kapitalien war nicht zu beanstanden. Die Prüfung wurde dadurch erschwert, dass ein bestandsmässiger Nachweis der von der Bau- und Bodenbank verwalteten Darlehen bei der Staatshauptkasse nicht geführt wird. Trotzdem hat der Rechnungshof auf Grund der Zuteilungen eine Abstimmung vorgenommen und dabei festgestellt, dass von der Bau- und Bodenbank verwaltete umgestellte Darlehen des Landes in Höhe von 1,7 Mio DM in den Büchern der Staatshauptkasse nicht erfaßt waren. Die Nacherfassung wurde veranlaßt.

b) Sonderaktion zur Förderung des Wohnungsbaus
lt. Landtagsbeschuß vom 6. April 1949

Im Rahmen der Sonderaktion wurden unterm 16., 18. und 23. Mai 1949 sowie am 24. Januar 1950 über die Regierungspräsidenten den Stadt- und Kreissparkassen insgesamt 15 Mio DM zur Gewährung von Landesbaudarlehen überwiesen. Die Ausgabe der Darlehen durch die öffentlichen Sparkassen verzögerte sich jedoch. Am 9. November 1949 kam ein Abkommen mit dem Hess. Sparkassen- und Giroverband über eine Zwischenverzinsung der Beträge zustande, auf Grund dessen insgesamt 76 338,82 DM Zwischenzinsen vereinnahmt wurden.

Nach Ansicht des Rechnungshofs decken diese Zinsvergütungen nicht die durch die sofortige Auszahlung der Mittel dem Lande

entstandene Zinsausfälle, das damals bereits in erheblichem Umfange Kassenkredite in Anspruch genommen hatte. Diese Zinsausfälle hätten vermieden werden können, wenn den öffentlichen Sparkassen die Landesmittel nur entsprechend dem tatsächlich festgestellten Kreditbedarf zugeteilt worden wären (§ 26 Abs. 1 RHO). Auf die Beanstandung des Rechnungshofs hat der Minister der Finanzen erwidert, dass die Verzögerungen in den Darlehensgewährungen bei den Auszahlungen an die Sparkassen nicht vorausgesehen hätten werden können, vielmehr anfänglich mit der baldigen Inanspruchnahme der Mittel hätte gerechnet werden müssen. Der Rechnungshof hat daraufhin von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit abgesehen.

Der Rechnungshof hat die Verwendung und Verwaltung der Landesmittel bei 9 Bewilligungsstellen (Oberbürgermeistern und Landräten), 10 öffentlichen Sparkassen und den Regierungspräsidenten geprüft. Auch hier ergab sich, dass ein vermögensmässiger Nachweis der Landesbaudarlehen weder von den Regierungspräsidenten noch der Staatshauptkasse geführt wird. Im Rahmen der Prüfung wurden Anregungen gegeben, um das Melde- und Abrechnungsverfahren straffer zu gestalten. Es wurde ferner festgestellt, dass die Bewilligungsstellen häufig die Zinsbestimmungen der für die Sonderaktion maßgebenden Richtlinien vom 6. Mai 1949 nicht beachtet haben. Verschiedene Stellen haben vielmehr entgegen diesen Richtlinien für sämtliche von ihnen verwalteten Darlehen Zinsherabsetzungen von 5 auf 3 % zugestanden. Dieses Verfahren kann im Interesse einer einheitlichen Behandlung aller Kreditnehmer und im Hinblick auf die eigenen höheren Zinsverpflichtungen des Landes nicht gebilligt werden. Die von den Bewilligungsstellen festgesetzten Zinsen bedürfen daher der Überprüfung.

Darmstadt, den 21. Februar 1952

Rechnungshof des Landes Hessen

gez. Dr. Boll

gez. Dr. Grünewald

gez. Dr. Bausch

gez. Bornscheuer

gez. Wietzig

Anmerkung: Zwei Mitglieder des Rechnungshofs konnten wegen Erkrankung an der Beschlußfassung nicht teilnehmen.

Gesamt-Bilanz

der Hessischen Staatsbäder zum 31. Dezember 1949

Aktiva				Passiva	
<u>Anlagevermögen</u>	<u>DM</u>	<u>DM</u>	<u>Eigene Mittel</u>	<u>DM</u>	
1. Sachanlagen (Restbuchwerte nach dem Anlagennachweis in Blatt III)		12 150 852,16	1. Eigenkapital		
2. Finanzanlagen			Stammkapital	8 526 012,--	
Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	15 641,--		Rücklagen	<u>3 187 534,96</u>	11 713 546,96
Wertpapiere	110 041,--		2. Rückstellungen und Wertberich- tigungen		
Reichstitel	3,--		Wertberichtigungen zu Forde- rungen	2 200,--	
Sonstige Forderungen an das Reich	1,--		Rückstellungen für ungewisse Schulden	17 094,19	
Beteiligungen	68 446,--		Kaufgeldrente Goecke	<u>42 176,--</u>	61 470,19
Rechtswerte	1,--	194 133,--			<u>11 775 017,15</u>
		<u>12 344 985,16</u>	<u>Fremde Mittel</u>		
<u>Umlaufvermögen</u>			1. Langfristige Verbindlichkeiten aus		
1. Vorräte			Überbrückungskrediten	288 458,08	
Roh- und Zusatzstoffe für Kur-, Bade- und Versandbetrieb	1 927,43		Stützungsgeldern	66 500,--	
Brennstoffe	34 534,84		Wiederaufbaukrediten	1 078 950,--	
Hilfs- und Betriebsstoffe	179 119,38		Vorschüssen für die Umwandlung von Fremdgeldern	<u>23 965,92</u>	1 457 874,--
Handelswaren	7 570,96	302 086,10			
Halb- und Fertigerzeugnisse	<u>78 933,49</u>		2. Kurzfristige Verbindlichkeiten aus		
2. Forderungen aus			Kundenverkehr	52 779,86	
Kundenverkehr	468 242,16		Lieferantenverkehr	164 826,62	
Lieferantenverkehr	1 266,90		Bankverkehr	73 780,05	
Sonstigem Verkehr	68 698,47	548 558,47	Sonstigem Verkehr	<u>135 733,28</u>	427 119,81
Verkehr mit Beteiligungsunternehmen	<u>10 350,94</u>				<u>1 884 993,81</u>
3. Flüssige Mittel					
Banken	111 001,45				
Kasse und Postscheck	<u>32 110,92</u>	143 112,37			
Rechnungsabgrenzung		767,72			
		<u>994 524,66</u>			
Verlust Rj. 1948	106 495,03	320 501,14			
Rj. 1949	<u>214 006,11</u>				
Summe der Aktiva		<u>13 660 010,96</u>	Summe der Passiva		<u>13 660 010,96</u>
=====		=====	=====		=====

Gesamt - Erfolgsrechnungder Hessischen Staatsbäder für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1949

Aufwendungen			Erträge		
<u>Betriebsaufwand</u>	<u>DM</u>	<u>DM</u>	<u>Betriebsertrag</u>	<u>DM</u>	<u>DM</u>
1. Materialkosten			1. Kurbetrieb		
Roh- und Zusatzstoffe für			Kurabgabe	372 307,78	
Kur-, Bade- u. Versandbetrieb	5 626,43		Veranstaltungsbetrieb	47 054,72	
Waren für Gaststättenbetrieb	40 387,96		Sonstige Erlöse aus Kurbetrieb	9 160,54	
Brennstoffe	232 877,25		Thermalschwimmbäder	43 691,25	472 214,29
Hilfs- und Betriebsstoffe	292 846,40	571 738,04	2. Badebetrieb		
2. Personalkosten			Heil- und Süßwasserbäder	649 499,81	
Löhne der Arbeiter	899 330,18		Moorbäder und Packungen	68 577,70	
Besoldungen u. Vergütungen	417 141,17		Inhalationsbehandlungen	15 678,10	
Aufwandsentschädigungen	5 593,--		Zusätzl. Behandlungen	34 931,29	768 686,90
Versorgungsbezüge	3 790,29		3. Versandbetrieb		
Gesetzl. Sozialabgaben	126 898,41	1 466 379,01	Tafelwasserversand	108 361,36	
Freiw. soziale Aufwendungen	13 625,96		Heilwasserversand	471 555,80	
3. Fremdenergien		338 531,51	Sonstige Quellenprodukte	98 496,76	
4. Fremdleistungen			Erlöse aus Flaschenpfand	53 736,--	732 149,92
Reparaturen an Gebäuden	95 643,42		4. Beherbergungs-u. Gaststättenbetrieb		82 495,50
desgl. an Betriebseinrichtungen	118 797,67		5. Energieerzeugung und Werkstätten		
Sonstige Fremdleistungen	21 668,46	236 109,55	Strom	512 344,71	
5. Kurmusik		162 339,44	Wasser	163 582,29	
6. Veranstaltungen		34 535,33	Dampf	223 465,43	
7. Gebühren, Umlagen, Abgaben, Spenden, Beiträge u. Versicherungsprämien			Dampfwäschereien, Werkstätten und sonst. technische Hilfsbetriebe	46 849,25	946 241,68
Gebühren	15 498,81		6. Urerzeugung		
Abgaben	798,60		Moorversand		470,98
Spenden	3 645,50		7. Dienstleistungs-u. Forschungsbetriebe		43 008,39
Beiträge	11 637,51	51 973,42	8. Handelswaren		5 643,92
Versicherungsprämien	20 393,--		9. Grundstücksverwaltung		
8. Werbungskosten		82 511,87	Pachten (Betriebe)	119 052,15	
9. Verschiedene Kosten		160 032,83	Pachten (Grundstücke)	25 414,78	
		3 104 151,--	Mieten	82 360,83	
			Land-u. forstwirtschaftl. Erlöse	13 960,05	
<u>Finanzaufwand</u>			Gärtnerei	27 097,09	
1. Abschreibungen auf Anlagen desgl. auf Umlaufvermögen	529 812,62	332 449,12	Fischerei	12,--	267 896,90
2. Steuern			10. Sonstige Erlöse		24 459,11
Umsatzsteuer	62 525,47				3 343 267,59
Gewerbe-u. Lohnsummensteuer	42 856,69		<u>Finanzertrag</u>		881,01
Grundsteuer	63 931,36		Zins-, Skonti- u. Diskonterträge		881,01
Vergnügungssteuer	65,95		<u>ao. u. betriebsfremder Ertrag</u>		
Sonstige Steuern	25,41	174 249,38	1. Aus Rücklagen	1 530,--	
Kraftfahrzeugsteuer	4 844,50	4 134,45	2. Aus Anlagenverkäufen	5 519,--	
3. Zins-, Skonti- u. Diskontaufwendungen			3. Sonstige ao. u. betriebsfr. Erträge	59 652,90	66 701,90
<u>ao. u. betriebsfremder Aufwand</u>		510 832,95	<u>Verlust</u>		214 006,11
Sonstige ao. u. betriebsfr. Aufwendungen		9 872,66	<u>Summe der Erträge</u>		3 624 856,61
<u>Summe der Aufwendungen</u>		3 624 856,61			

Anlagenstandder Hessischen Staatsbäder zum 31. Dezember 1949

<u>Sachanlagen</u>	Stand am 1.1.1949 <u>DM</u>	Zugang <u>DM</u>	Abgang <u>DM</u>	Wertberichtigungen Stand am 31.12.1949 <u>DM</u>	Stand am 31.12.1949 <u>DM</u>
Grundstücke und Gebäude					
Unbebaute Grundstücke	2 236 047,--	1 530,--	17 636,19	--	2 219 940,81
Bebaute Grundstücke	2 145 802,--	--	--	--	2 145 802,--
Wohngebäude	237 360,--	--	--	6 162,80	231 197,20
Landwirtschaftsgebäude	51 900,--	5 537,71	--	1 677,--	55 760,71
Geschäftsgebäude	226 165,--	--	--	6 276,45	219 888,55
Betriebsgebäude	4 665 001,39	365 007,12	--	123 696,71	4 906 311,80
Andere Baulichkeiten	138 554,83	7 036,05	--	6 205,15	139 385,73
Eisenbahnanlagen	4 796,--	--	--	359,70	4 436,30
	<u>9 705 626,22</u>	<u>379 110,88</u>	<u>17 636,19</u>	<u>144 377,81</u>	<u>9 922 723,10</u>
Heilquellen, Lagerstätten usf.					
Quellenvorkommen	242 702,--	--	--	--	242 702,--
Fassungsanlagen	65 330,--	--	--	7 309,26	58 020,74
Moorgruben	7 500,--	--	--	112,50	7 387,50
Moorwiesen	430,--	--	--	--	430,--
	<u>315 962,--</u>	<u>--</u>	<u>--</u>	<u>7 421,76</u>	<u>308 540,24</u>
Maschinen, Apparate, Förder- u. Verteilungsanlagen, Fahrzeuge					
Maschinen und Apparate	448 219,10	96 908,05	--	103 920,61	441 206,54
Förderanlagen	855,--	--	--	427,41	427,59
Verteilungsanlagen	908 456,--	17 667,25	--	149 389,02	776 734,23
Schienenfahrzeuge	783,35	--	--	117,51	665,84
Straßenfahrzeuge und Zugvieh	25 290,15	6 987,--	--	8 055,14	24 222,01
	<u>1 383 603,60</u>	<u>121 562,30</u>	<u>--</u>	<u>261 909,69</u>	<u>1 243 256,21</u>
Werkzeuge, Betriebs- u. Geschäfts- Ausstattung					
Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	159 074,77	249 559,78	--	55 591,86	353 042,69
Werkzeuge und kurzlebige Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	3 623,70	--	--	1 358,50	2 265,20
	<u>162 698,47</u>	<u>249 559,78</u>	<u>--</u>	<u>56 950,36</u>	<u>355 307,89</u>
Unfertige Neuanlagen	<u>71 769,17</u>	<u>249 255,55</u>	<u>--</u>	<u>--</u>	<u>321 024,72</u>
	<u>11 639 659,46</u>	<u>999 488,51</u>	<u>17 636,19</u>	<u>470 659,62</u>	<u>12 150 852,16</u>

Rechnungshof
des Landes Hessen

B e r i c h t

über die

wesentlichen Ergebnisse der Prüfung von Unternehmen
mit eigener Rechtspersönlichkeit

Geschäftsjahre 1948 und 1949

- § 1 StHO in Verbindung mit § 107 Abs. 2 RHO -

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
I. Allgemeines	118
II. Einzelfeststellungen	119
a) Beteiligungen des Landes Hessen, die nach dem Jahre 1945 erworben wurden	119
1. Außenhandelskontor Hessen GmbH., Frankfurt/M.	119
2. Einkaufszentrale für öffentliche Büchereien GmbH., Reutlingen	121
3. Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH. in Frankfurt/Main	121
4. Gemeinnützige Baugenossenschaft für den Landkreis Waldeck eGmbH. in Arolsen	123
5. Silo-Companie GmbH., Kassel	124
6. Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH. (StEG), München	125
7. Staatliche Sportwetten GmbH., Wiesbaden	127
b) Beteiligungen, die das Land Hessen von dem früheren Volksstaat Hessen übernommen hat	127
1. Bauverein für Arbeiterwohnungen - Gemeinnützige Aktiengesellschaft - Darmstadt	127
2. Flughafen AG. - jetzt Flughafen GmbH. - in Darmstadt	128
3. Hessische Elektrizitäts Aktiengesellschaft (HEAG) in Darmstadt	129
4. Hessische Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungen (HEGEMAG), Darmstadt	129
5. Nassauische Siedlungsgesellschaft mbH., Frankfurt/Main	130
6. Neckar-AG., Stuttgart	131
7. Preußische Elektrizitäts AG (PREAG) Berlin-Charlottenburg, jetzt Hannover	131
8. Rhein-Main-Donau AG., München	132
9. Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE), Essen	133
10. Süddeutsche Holzwirtschaftsbank AG., München	133
11. Verkehrs-AG. Rhein-Main, Frankfurt/Main	134
c) Beteiligungen des ehemaligen Landes Preußen	135
1. Bad Wildunger Heilquellen AG., Königsquelle, Bad Wildungen	135

	<u>Seite</u>
2. Fischerei-Gesellschaft Edersee mbH. in Edersee	136
3. Grifte-Gudensberger Kleinbahn und Kraft- wagen AG., Gudensberg	137
4. Hessische Heimstätte GmbH., Kassel	138
5. Kleinbahn AG. Frankfurt/Main-Königstein in Frankfurt/Main	138
6. Kleinbahn Kassel-Naumburg AG in Frankfurt/Main	139
7. Kur-AG., Bad Homburg v.d.H.	139
8. Nassauische Heimstätte GmbH., Frankfurt/Main	140
9. Nassauische Kleinbahn AG., Wiesbaden	140
10. Reinhardtsquelle GmbH., Bad Wildungen in Bad Wildungen-West	141
11. Wiesbadener Autoverkehrs-Gesellschaft mbH. in Wiesbaden	142
d) Beteiligungen des ehemaligen Deutschen Reichs	142

I. Allgemeines

Über die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Landesbeteiligungen an Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und die Art und Weise der Verwaltung dieser Beteiligungen hat der Rechnungshof im Zusammenhang mit der Denkschrift für die Rechnungsjahre 1946 und 1947 berichtet. Dabei wurde auch auf die bevorstehende Regelung der Rechtsverhältnisse der ehemaligen Reichs- und preussischen Beteiligungen durch auf Grund der Art. 134 und 135 des Grundgesetzes zu erlassende Bundesgesetze hingewiesen.

Diese Regelung steht auch jetzt noch aus. Inzwischen ist jedoch durch das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preussischen Beteiligungen vom 21. Juli 1951 (BGBl. I S. 467) - sog. Vorschaltgesetz - und die Durchführungsverordnung zum § 6 dieses Gesetzes vom 26. Juli 1951 (BGBl. S. 471) die Verwaltung dieser Vermögenswerte vorläufig geregelt worden, und zwar in dem Sinne, dass die Verwaltung grundsätzlich dem Bunde zusteht. Nach § 2 der genannten Durchführungsverordnung steht jedoch die Verwaltung der Beteiligungen des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen, deren Bedeutung die Verwaltung durch den Bund nicht erfordert, demjenigen Lande zu, in dem das Unternehmen seinen Sitz oder den Mittelpunkt seines Betriebes hat. Als Unternehmen dieser Art gelten zunächst die in der Anlage der erwähnten Durchführungsverordnung aufgeführten Gesellschaften. Eine Ergänzung der Anlage auf Antrag der beteiligten Länder ist vorbehalten.

Das Land Hessen verwaltet danach die Beteiligungen an folgenden Unternehmen:

1. Nassauische Heimstätte GmbH., Frankfurt/Main,
2. Hessische Heimstätte GmbH., Kassel,
3. Wiesbadener Autoverkehrsgesellschaft mbH., Wiesbaden,
4. Kleinbahn Kassel-Naumburg AG., Frankfurt/Main,
5. Grifte-Gudensberger Kleinbahn und Kraftwagen AG., Gudensberg,
6. Kleinbahn-AG., Frankfurt/Main-Königstein, Frankfurt/M.,
7. Kur-AG. Bad Homburg, Bad Homburg v.d.H.,
8. Bad Wildunger Heilquelle AG., Königsquelle, Bad Wildungen,
9. Reinhardts-Quelle GmbH., Bad Wildungen-West.

Mit Rücksicht darauf, dass den Reichsmarkabschlüssen nach der Währungsreform nur geringe Bedeutung zukam und die von der Verwaltung besonders eingehend zu untersuchenden Prüfungsunterlagen

hinsichtlich der DM-Eröffnungsbilanzen dem Rechnungshof meist mit großer Verzögerung zur Prüfung vorgelegt wurden, ist mit der Denkschrift Rj. 1948 ein Bericht nach § 107 Abs.2 RHO nicht verbunden worden.

Der Rechnungshof hat es daher für geboten gehalten, in den nachstehenden Ausführungen nicht nur auf wesentliche Anstände bei der Prüfung einzugehen, sondern auch einen möglichst vollständigen Überblick über die Beteiligungsunternehmen, die Umstellung der Gesellschaftskapitalien nach dem DM-Bilanzgesetz, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und das an ihnen bestehende Landesinteresse zu vermitteln. Soweit erforderlich, werden dabei auch Vorgänge aus den auf das Geschäftsjahr 1949 folgenden Jahren erörtert.

Nicht berücksichtigt sind in der Betrachtung die Beteiligungen des Landes an Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie Landeszentralbank von Hessen, Frankfurt/Main, Hessische Landesbank - Girozentrale -, Darmstadt, Deutsche Genossenschaftskasse und Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main. Die Abschlüsse dieser Unternehmen konnten, auch soweit Prüfungsunterlagen nach § 112 RHO dem Rechnungshof bereits vorlagen, noch nicht geprüft werden. Der Rechnungshof wird deshalb über diese Beteiligungen des Landes in der nächstjährigen Denkschrift berichten.

II. Einzelfeststellungen

a) Beteiligungen des Landes Hessen, die nach dem Jahre 1945 erworben wurden

1. Außenhandelskontor Hessen GmbH., Frankfurt/Main

In seinem letzten Bericht nach § 107 Abs. 2 RHO hat der Rechnungshof Bedenken gegen die von dem zuständigen Fachministerium beabsichtigte stille Liquidation des Unternehmens geäußert. Der Aufsichtsrat hat darauf am 5. Januar 1950 beschlossen, dem Lande Hessen als dem alleinigen Gesellschafter zu empfehlen, die Gesellschaft mit dem 1. Januar 1950 aufzulösen und förmlich zu liquidieren. Der Minister für Arbeit, Landwirtschaft

und Wirtschaft ist dem Vorschlag des Aufsichtsrats gefolgt.

Die DM-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948 und den vorläufigen Abschluß zum 31. März 1949 hat der Rechnungshof nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main. Die Prüfung des Abschlusses zum 31. Dezember 1949, die Zeit vom 1. April 1949 bis zum 31. Dezember 1949 umfassend, und eines Zwischenabschlusses zum 30. Juni 1950 hat der Rechnungshof selbst vorgenommen. Die Bilanz zum 31. Dezember 1949, die auf der von der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main geprüften DM-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948 beruht, ist zugleich Liquidationseröffnungsbilanz.

Auf eine förmliche Kapitalneufestsetzung wurde verzichtet (vgl. § 77 Abs. 2 DM-Bilanzgesetz).

Im Zuge der Abwicklung, bei der die Vorschriften der §§ 65 ff. GmbH.Ges. beachtet wurden, wurde das Inventar teils veräußert, teils an das Ministerium für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft abgegeben. Der Rechnungshof hat die Ordnungsmässigkeit der Bewertung und Verwendung der Geschäftsausstattungsgegenstände geprüft und die bücherlichen Aufzeichnungen des Unternehmens hinsichtlich der Zahl der übergebenen Gegenstände mit denjenigen des Ministeriums für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft abgestimmt. Zu Beanstandungen ergab sich kein Anlaß.

Nach der Übernahme des Inventars durch Verwaltungsstellen des Landes besteht das Vermögen der Gesellschaft aus einem geringen Kassenbestand, der zur Bestreitung der Liquidationskosten dient und aus Forderungen an das Land Hessen.

Das Sperrjahr (§ 73 GmbH.Ges.) ist inzwischen abgelaufen. Nach einer Auskunft des zuständigen Fachministeriums hat der Aufsichtsrat die Löschung der Firma beschlossen und dem Liquidator entsprechende Anweisung gegeben. Die vor Beendigung der Liquidation noch erforderlichen Prüfungen wird der Rechnungshof im Interesse der Kostenersparnis und der Verwaltungsvereinfachung selbst durchführen.

2. Einkaufszentrale für öffentliche Büchereien GmbH., Reutlingen

Das Unternehmen, an dem Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebiets beteiligt sind, hat das Stammkapital von ursprünglich 450 000 RM im Verhältnis 5:1 auf 90 000 DM umgestellt. Da sich das vorhandene Reinvermögen auf 103 332,92 DM belief, konnten 13 332,92 DM einer Sonderrücklage nach § 35 des DM-Bilanzgesetzes zugeführt werden. Das Land Hessen ist an dem DM-Stammkapital mit 3 000 DM beteiligt.

Das Unternehmen bezweckt die Versorgung der öffentlichen Büchereien mit Büchern und Schriften in Büchereieinband. Während am Ende des RM-Zeitraums des Gj. 1948 Zweifel an der Existenzfähigkeit des Unternehmens berechtigt waren, kann nunmehr angenommen werden, dass die Rentabilität auch in Zukunft gegeben sein wird. Das vereinigte Gj. 1948/1949 ergab zwar einen Verlust. Im Gj. 1950 hat sich aber der Umsatz beträchtlich erhöht und kann nach Ansicht der Geschäftsführung noch weiter gesteigert werden.

Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO ist die Reutlinger Wirtschaftstreuhand-GmbH. Wie sich aus der Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung vom 24. Mai 1949 ergibt, hat das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen eine Überprüfung der Geschäftsführung der Gesellschaft vorgenommen, die ein positives Ergebnis erbrachte. Der Rechnungshof des Landes Hessen beschränkte sich auf die Prüfung nach Abschnitt IVa RHO.

3. Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH. in Frankfurt/Main

Das Unternehmen wurde am 17. Dezember 1948 von seinen Gesellschaftern,

der damaligen Verwaltung des Vereinigten
Wirtschaftsgebiets,

dem Lande Hessen und

der Stadt Frankfurt/Main

gegründet. Das Stammkapital beträgt 400 000 DM, wovon $\frac{3}{5}$ durch die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, $\frac{1}{5}$ durch das Land Hessen und $\frac{1}{5}$ durch die Stadt Frankfurt/Main aufgebracht worden sind. Der Kapitalanteil der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets ist inzwischen auf den Bund übergegangen.

Die Gründung der Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH. verfolgte den Zweck, das Eigentum an den durch die Frankfurter

a.D. Dr. Hilpert, der von den Finanzministern der beteiligten Länder als Treuhänder der Konsortialmasse "Bizonales Bauprogramm" bestellt worden ist.

Das "Bizonale Bauprogramm", das Baumaßnahmen in Frankfurt/Main und der näheren Umgebung der Stadt zur Schaffung von Büroräumen für die Ämter der Zweizonenverwaltung und von Wohnraum für die Bediensteten umfaßte, ist im wesentlichen in den Jahren 1948 und 1949 durchgeführt worden. Die Finanzierung der Baumaßnahmen lag bei den Ländern, die durch das Land Hessen treuhänderisch vertreten wurden. Anforderungen an den Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets wegen der Finanzierung des Programms durften zunächst nicht gestellt werden. Nach einem Beschluß des ehemaligen Länderrats brachten die Länder nach einem bestimmten Schlüssel (die Länder der englischen und der amerikanischen Zone je 50 %, das Land Hessen 24 % des Anteils der Länder der amerikanischen Zone) Beiträge in eine Konsortialmasse "Bizonales Bauprogramm" ein. Vor der Währungsreform wurden 50 Mio RM, nach der Währungsreform 9 485 700 DM aufgebracht. Aus dieser Konsortialmasse wurden Neubauten finanziert und Wiederaufbaudarlehen sowie verlorene Zuschüsse gewährt. Die Vermögensmasse wird z.Z. im Auftrag der beteiligten Länder von Herrn Staatsminister a.D. Dr. Hilpert als Treuhänder verwaltet.

Nachdem ihr Umfang im wesentlichen festgestellt worden ist und nur noch Verhandlungen wegen der endgültigen Festlegung der Länderanteile schweben, beabsichtigt der Rechnungshof demnächst in eine Prüfung des Bizonalen Bauprogramms einzutreten. Er hat sich bereiterklärt, bei dieser Prüfung auch die Belange der Obersten Rechnungsprüfungsbehörden der sonst beteiligten Länder der ehemaligen Doppelzone wahrzunehmen. Über das Ergebnis dieser Prüfung wird der Rechnungshof zu gegebener Zeit berichten.

4. Gemeinnützige Baugenossenschaft für den Landkreis Waldeck eGmbH in Arolsen

Durch das Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung wurden dem Lande Hessen 10 Genossenschaftsanteile des ehemaligen Reichsführers SS im Gesamtbetrage von 3 000 RM an der oben bezeichneten Genossenschaft übertragen. Die Geschäftsanteile wurden bei der Erstellung der DM-Eröffnungsbilanz im Verhältnis 10:1 umgestellt, so dass sich der Anteil des Landes auf 300 DM beläuft. In der Generalversammlung vom 12. Dezember 1950 ist

beschlossen worden, die Geschäftsanteile auf wiederum 300 DM aufzufüllen. Das Land Hessen wird die Auffüllung seines Geschäftsguthabens in 3 Jahresraten vornehmen. Die Mittel für die 1. Rate sind bei Epl. 17 Kap. 04 Titel 904 des Staatshaushaltsplans Rj. 1951 bereitgestellt worden.

Der Rechnungshof hat die RM-Schlußbilanz und die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war der Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen - Organ der staatlichen Wohnungspolitik - in Frankfurt/Main.

Das Unternehmen, das in den letzten Geschäftsjahren seine Tätigkeit mit Hilfe von Baudarlehen beträchtlich erweitern konnte, hat bisher mit geringen Überschüssen gearbeitet.

5. Silo-Companie GmbH., Kassel

Das Stammkapital des Unternehmens wurde nach dem DM-Bilanzgesetz im Verhältnis 1:1 auf 20 000 DM umgestellt. Es setzt sich wie folgt zusammen:

Land Hessen	12 000 DM
Bezirksverband Kassel	4 000 DM
Stadt Kassel	4 000 DM.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz und die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 1948 und zum 31. Dezember 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main.

In den genannten Geschäftsjahren beschränkte sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Regierungsbezirk Kassel. Sie verwaltet die im zweiten Weltkrieg aus Reichsmitteln für Zwecke der Ernährungswirtschaft erbauten Kartoffellagerhallen, Rauhutterscheunen usf., die bis 1945 der Gesellschaft für reichseigene Lagereibetriebe-mbH., Berlin, zur Nutzung überlassen waren. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch befaßte sich die Silo-Companie auch mit der Abwicklung der in den zu verwaltemden Objekten vorgefundenen Getreide- und sonstigen Vorräte. Diese Tätigkeit fand im Laufe des Gj. 1948 ihr Ende.

Der Rechnungshof hat gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft die Frage aufgeworfen, ob die

Aufrechterhaltung der Silo-Companie GmbH. noch erforderlich ist, oder ihre Tätigkeit nicht aus Ersparnisgründen von den Liegenschaftsstellen der Finanzämter wahrgenommen werden kann. Der Minister hat aber insbesondere im Hinblick auf die durch den Koreakonflikt geschaffene Versorgungslage geglaubt, die Auflösung der Silo-Companie zunächst zurückstellen zu sollen.

Es wurde daraufhin auf Anregung des Rechnungshofs in Aussicht genommen, auch die Verwaltung der früheren Heeresverpflegungsämter Darmstadt, Friedberg und Gießen, die bisher den Liegenschaftsstellen der Finanzämter oblag, auf die Silo-Companie zu übertragen. Dadurch wird eine einheitliche Verwaltung der zur Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten geeigneten Liegenschaften gewährleistet.

6. Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH.
(STEG), München

Das Stammkapital des Unternehmens, an dem das Land Hessen mit 4 000 DM beteiligt ist, wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 21 000 DM umgestellt.

Das Ergebnis der von dem Rechnungshof durchgeführten Prüfung des Rechnungswesens der Zweigstelle Hessen der STEG in Wiesbaden wurde in dem vorangegangenen Bericht nach § 107 Abs.2 RHO mitgeteilt. In der Leitung der Zweigstelle Hessen ist inzwischen ein Wechsel eingetreten. Ein Geschäftsführer wurde nach seinem Ausscheiden wegen Untreue in 3 Fällen zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis und Geldstrafen von insgesamt 3 500 DM verurteilt. Die Verfahren gegen 5 weitere leitende Angestellte der Zweigstelle wurden z.T. bereits vor Eintritt in die Hauptverhandlung auf Grund des Straffreiheitsgesetzes vom 31. Dezember 1949 eingestellt.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluß zum 31. Dezember 1948 des Unternehmens nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO ist die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main. Bei der Prüfung hat der Rechnungshof der Sicherung des Landesinteresses in dem Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Im Epl. X des außerordentlichen Haushalts Rj. 1949 waren bei den Einnahmen 2,8 Mio DM Anteil des Landes am Liquidationserlös der STEG veranschlagt. Vereinnahmt wurden

jedoch nur 230 000 DM, die aus Darlehensrückzahlungen der Fischdampfer-Treuhand GmbH., Bremen, eines Beteiligungsunternehmens der STEG, stammen.

Andererseits sollten nach einer Ermächtigung des Zweimächtekontrollamtes folgende Aktiven des Unternehmens an die Gesellschafter ausgeschüttet werden:

- a) 1,5 Mio DM Obligationen der Kreditanstalt für Wiederaufbau,
- b) 8,8 Mio DM Darlehensrückzahlungen der Fischdampfer-Treuhand GmbH., Bremen,
- c) rd. 5 Mio DM weitere Erlöse aus zonalen Programmen.

Der Minister der Finanzen hat auf eine Anfrage des Rechnungshofs mitgeteilt, dass außer den bei Epl. X des außerordentlichen Haushalts Rj. 1949 vereinnahmten 230 000 DM das Land nom. 400 000 DM 3 $\frac{1}{2}$ -%ige Teilschuldverschreibungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau erhalten hat. Er hat ferner ausgeführt, dass sich die Rückzahlung der Darlehen der Fischdampfer-Treuhand GmbH. noch etwa 10 Jahre hinziehen werde.

Auf die Frage, wie bei einer Liquidation über das auf einen Erinnerungsposten von 24 DM abgeschriebene Anlagevermögen des Unternehmens einschl. der Gebäude, das bis März 1950 einen Kostenaufwand von 14 Mio DM erforderte, verfügt werde, hat der Minister der Finanzen mitgeteilt, dass die bleibenden wirtschaftlichen Werte, insbesondere die Baulichkeiten, welche die STEG mit ihren Investitionen geschaffen habe, nach der Liquidation der Gesellschaft den beteiligten Ländern zugute kommen sollen.

Weitere Abführungen an die Länder hätten sich aus dem Grunde nicht ermöglichen lassen und seien zunächst auch nicht zu erwarten, weil die STEG eine genügende Liquiditätsreserve halten müsse. Im übrigen sei seitens der Gesellschafter seit über einem Jahr ständig auf die beschleunigte Abwicklung hingewirkt worden. Diese Bemühungen seien aber durch Eingriffe der Besatzungsmacht erschwert worden, die nach Ausbruch des Koreakonfliktes mehrfach Verkaufssperren angeordnet habe, die jedesmal einige Monate dauerten. Nach Angaben des Ministers der Finanzen ist in Aussicht genommen, demnächst den Liquidationsbeschluß zu fassen und die Bilanz für den 31. Dezember 1951 als Liquidationseröffnungsbilanz zu Grunde zu legen.

7. Staatliche Sportwetten GmbH., Wiesbaden

Das Unternehmen wurde im Jahre 1949 auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zulassung von Sportwetten im Lande Hessen vom 9. März 1949 - GVBl. S. 20 - gegründet. Das Stammkapital beläuft sich auf 20 000 DM und wurde in Höhe von 19 000 DM vom Lande Hessen, in Höhe von 1 000 DM von der Hessischen Landesbank - Girozentrale - Darmstadt, aufgebracht.

Der Rechnungshof hat den Jahresabschluß des Unternehmens zum 31. März 1950 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO ist die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Geschäftserfolg bis zum Abschluß von Wettgemeinschaften hinter den Erwartungen zurückblieb. Seit der ersten gemeinsamen Gewinnausschüttung mit der Westdeutschen Fußballtoto GmbH., Köln, am 10. Dezember 1950 sind die Umsätze im Ansteigen begriffen. Sie erhöhten sich weiter, als sich die Staatliche Sporttoto GmbH., Stuttgart, ebenfalls dem Block anschloß (West-Süd-Block). In gleichem Maße erhöhten sich die Rohgewinne und die Gewinnabführungen an das Land.

Im Rj. 1949 noch bestehende Unzuträglichkeiten bei Gewinnreklamationen, für die ausreichende Rückstellungen nicht gebildet waren, wurden inzwischen behoben.

b) Beteiligungen, die das Land Hessen von dem früheren Volksstaat
Hessen übernommen hat

1. Bauverein für Arbeiterwohnungen - Gemeinnützige Aktiengesellschaft - Darmstadt

Das Grundkapital von ursprünglich 700 000 RM wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 2:1 auf 350 000 DM umgestellt. Die Beteiligung des Landes beläuft sich nach der Umstellung auf 12 200 DM. Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluß des Unternehmens zum 30. September 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war der Verband Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V. - Organ der staatlichen Wohnungspolitik - in Frankfurt/Main.

Das Unternehmen hat in den Berichtsjahren mit Hilfe von Landesbaudarlehen und sonstigen Krediten ein umfassendes Instandset-

zungs- und Neubauprogramm durchgeführt. Insgesamt wurden Hypotheken und Darlehen von rd. 17 Mio DM aufgenommen. Die Darlehen wurden z.T. unter Bürgschaft der Stadt Darmstadt gegeben. Mitte des Jahres 1951 stand das Unternehmen mit der Stadt Darmstadt in Verhandlungen wegen der Übernahme fast des gesamten Wohnhausbesitzes der Stadt. Der Bauverein hatte sich bereiterklärt, diesen Hausbesitz als Sacheinlage zum Werte von 3,5 Mio DM zu übernehmen. Die Stadt Darmstadt vertritt jedoch den Standpunkt, dass dieser Betrag dem vollen Wert der Baulichkeiten nicht entspreche. Die Verhandlungen sind noch in der Schwebe.

Das letzte Geschäftsjahr vor der Währungsreform und das vereinigte Geschäftsjahr vom 21. Juni 1948 bis 30. September 1949 schlossen ohne Gewinn oder Verlust ab.

2. Flughafen AG. - jetzt Flughafen GmbH. - in Darmstadt

Wie aus der durch den Wirtschaftsprüfer Adolf Görlitz in Darmstadt geprüften DM-Eröffnungsbilanz hervorgeht, reichte das vorhandene Vermögen nur aus, um ein Grundkapital von 30 000 DM in Aussicht zu nehmen. Da nach § 44 DM-Bilanzgesetz für eine Aktiengesellschaft ein Mindestkapital von 50 000 DM erforderlich ist, wurde das Unternehmen in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter Festsetzung des Stammkapitals auf 30 000 DM umgewandelt. Der Anteil des Landes Hessen am Kapital des Unternehmens, der sich ursprünglich auf 14 200 RM belief, beträgt nunmehr 4 300 DM.

Der Betriebszweck des Unternehmens ist weggefallen. Der Betrieb geht über die vermögensverwaltende Tätigkeit (vorwiegend Grundbesitz) nicht hinaus. Mit Rücksicht darauf haben es die Aktionäre (Land Hessen und Stadt Darmstadt) abgelehnt, Einzahlungen auf eine Kapitalerhöhung vorzunehmen und die Umwandlung in eine GmbH. vorgeschlagen. Es ist nicht anzunehmen, dass der Flughafen in Darmstadt neben dem Rhein-Main-Feld eine überörtliche Bedeutung gewinnt. Andererseits ist aber die künftige Entwicklung des Luftverkehrs nicht abzusehen. Es erschien deshalb zweckmässig, das Unternehmen zunächst am Leben zu erhalten.

Der Rechnungshof hat die Abschlüsse des Unternehmens nach Abschnitt IVa RHO geprüft.

3. Hessische Elektrizitäts Aktiengesellschaft (HEAG) in Darmstadt

Das Grundkapital des Unternehmens, das sich auf 13 Mio RM belief, wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 13 Mio DM umgestellt. Im Eigentum des Landes befinden sich Aktien von nom. 66 000 DM.

Das Unternehmen, das den Straßenbahnbetrieb, den Obus- und Kraftverkehrsbetrieb in Darmstadt und Umgebung sowie den Betrieb von Elektrizitätswerken und Stromverteilungsanlagen, Gaswerken und Gasverteilungsanlagen zum Gegenstand hat, konnte in dem DM-Rumpfgeschäftsjahr 1948 und im Gj. 1949 ein umfassendes Erneuerungsprogramm durchführen. Nahezu alle Betriebszweige wurden durch Neuanlagen beträchtlich erweitert.

Von dem Geschäftsertrag des DM-Rumpfgeschäftsjahres 1948 wurden 4 % Dividende ausgeschüttet, für das Gj. 1949 ist mit einer solchen von 5 % zu rechnen.

4. Hessische Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungen (HEGEMAG), Darmstadt

Das Grundkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 50 000 DM umgestellt. Im Eigentum des Landes befanden sich Aktien von nom. 47 000 DM. Über die in späteren Geschäftsjahren beschlossenen Kapitalerhöhungen wird der Rechnungshof zu gegebener Zeit berichten. Die Gesellschaft hat nach der Währungsreform zunächst die an ihren Baulichkeiten eingetretenen Teilschäden beseitigt und im Gj. 1949 auch den Wiederaufbau der durch Luftkriegseinwirkung total zerstörten Wohnungen aufgenommen. Die wirtschaftliche Lage gibt auch unter Berücksichtigung der Verpflichtungen auf Grund des Hypothekensicherungsgesetzes zu Bedenken keinen Anlaß.

Zu dieser günstigen Entwicklung hat beigetragen, dass dem Unternehmen vor der Währungsreform die RM-Bestände des Wohnungsfürsorgefonds (vgl. die Einzelbemerkung Nr. 15) darlehensweise überlassen wurden. Nach Umwandlung der Landesmittel im Verhältnis 10:0,65 verfügte das Unternehmen zunächst über 2 668 997,89 DM Darlehensmittel des Landes. Von diesem Betrag wurden je 600 000 DM der Nassauischen Heimstätte GmbH., Frankfurt/Main und der Hessischen Heimstätte GmbH., Kassel, für Zwecke des Wohnungsbaues überlassen. Nach Entrichtung der Zinsen an die Staatshauptkasse verblieben der HEGEMAG als lang-

fristiges Darlehen des Landes 1 200 000 DM. Ein Teilbetrag dieses Darlehens wurde später zur Kapitalaufstockung verwendet.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens sowie den Abschluß für das vereinigte Geschäftsjahr vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war der Verband Badischer Wohnungsunternehmen - Organ der staatlichen Wohnungspolitik - in Karlsruhe/Rhein.

5. Nassauische Siedlungsgesellschaft mbH., Frankfurt/Main

Das ursprüngliche Stammkapital des Unternehmens von 1 716 970 RM wurde auf 1 400 000 DM umgestellt. Die Beteiligung des Landes beläuft sich auf 17,5 % des Stammkapitals, d. s. 244 630 DM.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens sowie die Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 1948 und zum 31. Dezember 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main.

Das Unternehmen wurde erstmals im Gj. 1949 als Siedlungsträger zur Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung herangezogen. Zu diesem Zweck wurden folgende Mittel bereitgestellt:

a) Betriebsmittelkredit, Vorschüsse (Epl. VI)	DM 175 000,-
b) Darlehen für den Landankauf, Epl. VI Kap. E 19 Titel 1	960 000,-
c) Darlehen für Siedlungsbauten, Epl. VI Kap. 19 Titel 31	<u>1 026 000,-</u>
	<u>2 161 000,-</u> =====

Im Anschluß an seine Prüfung hat der Rechnungshof darauf hingewiesen, dass dem Unternehmen im Gj. 1949 mehrfach Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt wurden, bevor ein tatsächlicher Bedarf vorlag. Von den im Gj. 1949 zur Verfügung gestellten Beträgen waren am Ende des Geschäftsjahres rd. 542 000 DM unverbraucht.

Der Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft hat auf die Beanstandung des Rechnungshofs sichergestellt, dass Landesmittel künftig nur entsprechend dem Fortgang der Siedlungs-

und Bauarbeiten ausgezahlt werden.

Die Prüfung der von dem Siedlungsträger zu erstellenden Bauabrechnungen hat sich der Rechnungshof vorbehalten.

6. Neckar-AG., Stuttgart

Das Grundkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 22 Mio DM umgestellt. Im Eigentum des Landes Hessen befinden sich Aktien von nom. 119 800 DM. Gegenstand des Unternehmens ist die Kanalisierung des Neckars entsprechend den Vereinbarungen mit dem Reich bzw. Bund, die Unterhaltung der erbauten Schleusen und sonstigen Schiffahrtsanlagen sowie der Betrieb von Wasserkraftwerken. Der zweite Teil des G.j. 1948 ist auf Grund des § 3 der 17. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz mit dem G.j. 1949 verbunden worden. In diesem Zeitraum hat das Unternehmen befriedigend gearbeitet. Von den Erträgen des vereinigten Geschäftsjahres verblieb nach Deckung aller Aufwendungen ein Restbetrag von 346 325,23 DM, der wie bisher auf Grund der 4. Ergänzung vom 5. Juni 1925 zum Neckar-Donau-Staatsvertrag von 1921 für den weiteren Ausbau der Schiffahrtsstraße zur Verfügung gestellt wurde.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz und den Abschluß für das vereinigte Geschäftsjahr vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war die Schwäbische Treuhand-AG. in Stuttgart.

7. Preußische Elektrizitäts AG. (PREAG) Berlin-Charlottenburg, jetzt Hannover

Das Grundkapital des Unternehmens, das den Betrieb von Kohlengruben, Dampfkraftwerken, Wasserkraftwerken nebst den zugehörigen Verteilungsanlagen sowie den Bau derartiger Einrichtungen zum Gegenstand hat, wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes von ursprünglich 155 Mio RM im Verhältnis 10:7,2 auf 111 600 000 DM umgestellt. Im Besitze des Landes befinden sich nunmehr Aktien von nom. 3 024 000 DM.

Dieser Aktienbesitz des Landes Hessen stammt aus der Auseinandersetzung zwischen dem ehemaligen Volksstaat Hessen und der PREAG wegen des Braunkohlenschwelkraftwerkes Hessen-Frankfurt AG.

(HEFRAG) in Wölfersheim. Die HEFRAG geht wiederum zurück auf das Braunkohlenwerk Ludwigshoffnung in Wölfersheim, das von dem ehemaligen Volksstaat Hessen als Regiebetrieb geführt wurde. Die Interessen des Volksstaates Hessen an der HEFRAG wurden bei Übernahme dieses Unternehmens durch die PREAG in Aktien abgegolten.

Neuerdings mußte der HEFRAG in Wölfersheim erneut Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie in den letzten Jahren völlig unrentabel arbeitete. Die dort abgebaute und in dem Schwelkraftwerk verarbeitete minderwertige Braunkohle kann nicht mehr in ausreichendem Maße im Tagebau gewonnen werden. Die PREAG ist aus diesem Grunde gezwungen, von der HEFRAG erhebliche Organisationsverluste zu übernehmen. Um eine Stilllegung der HEFRAG-Betriebe zu vermeiden, hat sich das Land Hessen in einer Vereinbarung mit der PREAG bereiterklärt, einen Teil der Verluste dieses Unternehmens durch verlorene Zuschüsse aus Haushaltsmitteln abzudecken. Wegen dieser Vereinbarung wird noch Prüfungsschriftwechsel mit dem Minister der Finanzen geführt.

Dividende hat die Beteiligung an der PREAG in den Rj. 1948 und 1949 nicht erbracht. Auch in den nächsten Jahren dürfte damit kaum zu rechnen sein.

8. Rhein-Main-Donau AG., München

Das Grundkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 30 200 000 DM umgestellt. Das Land besitzt nom. 9 000 DM Aktien. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung der Rhein-Main-Donau Großschiffahrtsstraße, die treuhänderische Verwaltung der fertiggestellten Bauabschnitte bis zur Übergabe an die Bundeswasserstraßenverwaltung sowie der Betrieb der Kraftwerke entlang der projektierten Großschiffahrtsstraße (staatsvertragliche Konzession bis zum 31. Dezember 2050). Der Hauptteil der in der DM-Eröffnungsbilanz enthaltenen Anlagewerte entfällt auf die Sachanlagen von 16 Wasserkraftwerken. Inzwischen wurde der Bau weiterer 5 Kraftwerke beschlossen und in Angriff genommen. Zur Finanzierung dieser Bauten hat das Unternehmen im Jahre 1949 langfristige Darlehen in Höhe von 25 Mio DM aufgenommen. Daneben konnte es verschiedene mittelfristige Kredite erhalten.

Dem Rechnungshof ist bis jetzt nur die DM-Eröffnungsbilanz zugegangen, die nach Abschnitt IVa RHO geprüft wurde.

9. Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG., (RWE), Essen

Das Grundkapital des RWE wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 246 000 000 DM umgestellt. Im Eigentum des Landes Hessen befinden sich Aktien von nom. 350 000 DM.

Das RWE ist das größte Elektrizitätsversorgungsunternehmen Deutschlands. Die Summe der in der DM-Eröffnungsbilanz nachgewiesenen Aktiven und Passiven beläuft sich auf rd. 1,621 Milliarden DM. Das Unternehmen hat seit Kriegsende keine Dividende ausgeschüttet. Dies hat seine Hauptursache darin, dass die Strompreise noch immer dem Preisstop unterlagen. Die Ertragslage hat sich jedoch im Gj. 1949/1950 soweit gebessert, dass mit der Ausschüttung einer kleinen Dividende von etwa 2 % gerechnet werden kann. Im Gj. 1950/1951 wurde die Stromabgabe auf über 10 Milliarden Kilowattstunden gesteigert. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahre eine Erhöhung um 22 % und macht eine weitere Verbesserung der Ertragslage wahrscheinlich.

Die Ertragssteigerung war nur dadurch möglich, dass unmittelbar nach der Währungsreform die Errichtung weiterer Kraftwerkneubauten in Angriff genommen wurde. Auch die Stromlieferungen an das benachbarte Ausland wurden erhöht und durch neue Verträge gesichert. Zur Durchführung dieser Maßnahmen standen in erheblichem Umfange ECA-Mittel zur Verfügung.

Der Rechnungshof hat sich auf die Prüfung nach Abschnitt IVa RHO beschränkt.

10. Süddeutsche Holzwirtschaftsbank AG., München

Das Unternehmen hatte ein RM-Grundkapital von 2 010 000 RM. Ausgehend von dem in die Umstellungsrechnung eingestellten vorläufigen Eigenkapital von 257 443 DM wurde das Grundkapital unter Bildung eines Kapitalentwertungskontos von 77 557 DM auf 335 000 DM festgesetzt. Der Aktienbesitz des Landes macht nur 0,8 % des Grundkapitals aus.

Nach den dem Rechnungshof vorliegenden Prüfungsunterlagen nach § 112 RHO hat das Unternehmen in dem vereinigten Geschäftsjahr vom 21. Juni 1948 bis 31. Dezember 1949 und im Gj. 1950 zufriedenstellend gearbeitet. Es betätigte sich vorwiegend auf

dem Gebiet der Finanzierung von Rundholzgeschäften. Es ist beabsichtigt, aus dem Überschuß des Gj. 1950 von 92 354,38 DM eine Dividende von 4 % auf die nom. 335 000 DM Aktien auszusütten.

Der Rechnungshof hat die Abschlüsse nach Abschnitt IVa RHO geprüft.

11. Verkehrs-AG. Rhein-Main, Frankfurt/Main

Das Grundkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes von 3 Mio RM auf 1 800 000 DM umgestellt. Es befand sich im Besitz folgender Aktionäre:

	<u>DM</u>
Stadt Frankfurt/Main	607 000,-
Bezirksverband Wiesbaden	522 000,-
Land Hessen	429 000,-
ehemaliges Deutsches Reich	<u>242 000,-</u>
	1 800 000,-
	=====

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens, die Jahresabschlüsse zum 31. März 1949 und zum 31. März 1950 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war die Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main.

Das Unternehmen, das in erster Linie den Betrieb des Flughafens Rhein-Main-Frankfurt/Main zum Gegenstand hat, wurde im Gj. 1949 aufgefordert, sich an der Finanzierung der Baukosten einer 2. Start- und Landebahn auf dem Flugfeld, die zunächst auf 10 Mio DM veranschlagt waren, zu beteiligen. In der Aufsichtsratssitzung vom 18. März 1949 wurde beschlossen, dass die Gesellschaft $\frac{1}{3}$ der Baukostensumme (etwa 3,5 Mio DM) übernimmt. Die Mittel sollten über den Kapitalmarkt beschafft werden. Als Versuche in dieser Richtung ohne Erfolg blieben, halfen die Aktionäre, von diesen das Land Hessen mit einem Kredit, der bis zum 31. März 1950 mit 513 702,75 DM in Anspruch genommen war, und einer Bürgschaft gegenüber der Hessischen Landesbank - Girozentrale - Darmstadt, über 750 000 DM.

Nachdem es sich endgültig als unmöglich erwiesen hatte, die von der Gesellschaft benötigten Mittel über den Kapitalmarkt zu beschaffen, wurde in der Hauptversammlung vom 13. Mai 1949 beschlossen, das Grundkapital auf 4,8 Mio DM, also um 3 Mio DM,

zu erhöhen. Auf die Kapitalerhöhung hat das Land Hessen 1 118 000 DM einzuzahlen.

Nach der Kapitalerhöhung befand sich das Grundkapital in der Hand folgender Aktionäre:

	<u>DM</u>
Stadt Frankfurt/Main	1 619 000,-
Bezirksverband Wiesbaden	1 392 000,-
Land Hessen	1 144 000,-
ehemaliges Deutsches Reich	<u>645 000,-</u>
	4 800 000,- =====

Der Rechnungshof hat auf Grund seiner Prüfung gegen diese Investitionen des Landes gewisse Bedenken geäußert. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft sind durch die entschädigungslose Konfiskation eines Teils der Platzanlagen und sonstige Einflußnahmen der Besatzungsmacht stark beeinträchtigt. Neben den Einzahlungen auf die Kapitalerhöhung ist das Land Hessen durch den am 25. April 1950 abgeschlossenen HICOG-Vertrag verpflichtet, die Erfolgsrechnungen der Gesellschaft im Falle von Unterdeckungen gemeinsam mit der Stadt Frankfurt/Main durch Zuschüsse auszugleichen. Wie aus den Berichten der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, hervorgeht, vermögen die Vorteile des HICOG-Vertrages, welcher der Gesellschaft gewisse Funktionen auf dem Flugfeld übertrug, die wirtschaftlichen Einbußen nicht auszugleichen, die sich aus den bereits erwähnten Hemmnissen ergeben. Diese Regelung hat, da ein laufender Zuschußbedarf der Gesellschaft erwartet werden muß, zu einer erheblichen Dauerbelastung des Landes geführt.

Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen HICOG und dem Bundesfinanzministerium wegen der Zahlung von Nutzungsentschädigungen für die beschlagnahmten Sachanlagen der Gesellschaft liegen dem Rechnungshof noch nicht vor. Eine eingehende Prüfung, ob der Zuschußbedarf des Unternehmens vermindert werden kann, ist beabsichtigt.

c) Beteiligungen des ehemaligen Landes Preußen

1. Bad Wildunger Heilquellen AG., Königsquelle, Bad Wildungen

Das Grundkapital der Gesellschaft, die den Brunnenversand

sowie den Kur- und Badebetrieb bei der dem Unternehmen gehörigen Königsquelle und den Schloßquellen in Bad Wildungen zum Gegenstand hat, wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 10:6 auf 210 000 DM umgestellt. Im Eigentum des ehemaligen Landes Preußen befinden sich Aktien von nom. 148 800 DM.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz sowie die Jahresbilanzen zum 31. Dezember 1948 und 31. Dezember 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war der Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann Ludewig in Kassel.

Die Beteiligungen wurden bisher als Vermögensbestandteil des Staatsbades Bad Wildungen, das als kaufmännisch eingerichteter Staatsbetrieb nach § 15 RHO verwaltet wird, betrachtet. Der Erwerb der Beteiligungen durch das Staatsbad ist darauf zurückzuführen, dass das Land Preußen die Kur- und Badeeinrichtungen, die sich bei Auflösung des Landes Waldeck in Privateigentum befanden, nur teilweise aufgekauft und mit dem Betriebsvermögen des Staatsbades vereinigt hat. Bei 2 Unternehmen, der Bad Wildunger Heilquellen-AG., Königsquelle und Reinhardquelle GmbH., über die unter der lfd. Nr. 10 berichtet wird, hat man sich darauf beschränkt, die Mehrheit des Grund- bzw. Stammkapitals zu erwerben und sich so maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsgebarung zu sichern. Es war beabsichtigt, beide Gesellschaften im Laufe der Jahre ebenfalls in Staatseigentum zu überführen und ihre Vermögen mit dem des Staatsbades zu vereinigen. Dies entspricht dem Grundsatz, dass in einem Heilbad der Wettbewerb mehrerer Unternehmen zu Unzuträglichkeiten führt und nach Möglichkeit vermieden werden sollte. Nach der Neuregelung der Verwaltung der preußischen Beteiligungen besteht für einen Nachweis der Vermögenswerte in der Bilanz des Staatsbades keine Grundlage mehr.

Die Entwicklung des Betriebes nach der Währungsreform gibt Anlaß zu ernster Besorgnis. Der Verlustvortrag am Ende des GJ. 1949 belief sich auf 68 586,69 DM. Auch in den folgenden Geschäftsjahren blieb die erwartete Besserung der Ertragslage aus.

2. Fischerei-Gesellschaft Edersee mbH. in Edersee

Das Unternehmen ist in der Anlage zur Ersten Durchführungsverordnung zum § 6 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der

Rechtsverhältnisse des Reichsvermögens und der preußischen Beteiligungen vom 26. Juli 1951 (BGBl. S. 471) nicht aufgeführt. Nach Mitteilung des Hessischen Ministers der Finanzen beabsichtigt der Bundesminister für Verkehr, die Anlagen der Gesellschaft zu einer Fischereilehranstalt für das gesamte Bundesgebiet auszubauen und die Beteiligung an dem Unternehmen selbst zu verwalten.

Das Stammkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 10:8,3 von 150 000 RM auf 125 000 DM umgestellt. Beteiligt sind das ehemalige Land Preussen und das ehemalige Reich je zur Hälfte.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens sowie die Abschlüsse zum 31. Oktober 1949 und zum 31. Oktober 1950 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann Ludewig in Kassel.

Die Verhandlungen des Landes mit den zuständigen Bundesbehörden wegen der Verwaltung der Beteiligung und der künftigen Aufgaben des Unternehmens sind noch nicht abgeschlossen.

3. Grifte-Gudensberger Kleinbahn und Kraftwagen AG., Gudensberg

Das Grundkapital des Unternehmens ist auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 600 000 DM umgestellt worden. Es befindet sich im Besitz folgender Aktionäre:

Stadt Gudensberg	404 000,-
ehemaliges Land Preußen	<u>196 000,-</u>
	600 000,-
	=====

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens nach Abschnitt IVa RHO geprüft.

Da sich die Aktien der Gesellschaft im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, ist es fraglich, ob ihr Betrieb endgültig in Gemeineigentum zu überführen ist. Trotzdem ist bisher von der Voraussetzung ausgegangen worden, dass das Unternehmen dem Art. 41 HV und dem Treuhändergesetz unterliegt. Der Bürgermeister der Stadt Gudensberg ist Vorstand der Aktiengesellschaft und gleichzeitig Treuhänder im Sinne des genannten Gesetzes. Diese Verbindung war insofern von Vorteil, als der

Betrieb in Gemeineigentum und die Aktiengesellschaft gemeinsame Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen aufstellen konnten.

Prüfungsunterlagen nach § 112 RHO für die auf die Währungsreform folgenden Geschäftsjahre liegen dem Rechnungshof noch nicht vor.

4. Hessische Heimstätte GmbH., Kassel

Das Stammkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 2:1 auf 3 400 000 DM umgestellt. 50 % des Stammkapitals sind Eigentum des ehemaligen Landes Preußen. Inzwischen hat eine Kapitalerhöhung stattgefunden, um die Abwicklung der nach der Währungsreform begonnenen Bauvorhaben beweglicher gestalten zu können und eine Ausgeglichenheit der Zahlungsbereitschaft herbeizuführen. Die Kapitalerhöhung erfolgte im G.j. 1950. Insgesamt wurden 1,2 Mio DM aufgebracht, von denen das Land Hessen die Hälfte übernahm (vgl. hierzu die Ausführungen zur HEGEMAG, Darmstadt).

Die Gesellschaft hat, wie bei der Prüfung nach Abschnitt IVa RHO festgestellt wurde, in den letzten Jahren mit geringen Überschüssen gearbeitet.

Das Bauprogramm in dem vereinigten Geschäftsjahr vom 20. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 umfaßte die Fertigstellung begonnener Bauten mit Landesbaudarlehen, die Durchführung eines Neubauprogramms aus Mitteln des Landesarbeitsamtes, die Erstellung von Arbeiterwohnungen mit Hilfe von ERP-Mitteln und Landesbaudarlehen, sowie den Ausbau staatseigener Gebäude zu Wohnungen mit Hilfe von Landesbaudarlehen. Insgesamt wurden in dem oben bezeichneten Zeitraum 1 324 Wohneinheiten fertiggestellt. 716 Wohneinheiten befanden sich am 31. Dezember 1949 noch im Bau.

5. Kleinbahn AG. Frankfurt/Main-Königstein in Frankfurt/Main

Das Grundkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 1 529 500 DM umgestellt. Im Eigentum des ehemaligen Landes Preußen befinden sich Aktien von nom. 184 800 DM, d. s. rd. 12 % des Grundkapitals.

Der Bahnbetrieb ist gemäß Art. 41 HV in Gemeineigentum überführt. Seitdem rechnet die Deutsche Eisenbahngesellschaft AG., Frankfurt/Main, als Betriebsführerin des Unternehmens das Jahresergebnis mit dem vom Hessischen Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft bestellten Treuhänder ab. Die Buchwerte des in Gemeineigentum überführten Bahnbetriebsvermögens erscheinen dagegen in der DM-Eröffnungsbilanz.

Der Kraftverkehrsbetrieb ist, da von den Sozialisierungsmaßnahmen nur der Schienenverkehr betroffen ist, nicht in Gemeineigentum überführt. Aufwendungen und Erträge dieses Betriebszweiges laufen nach wie vor durch die Erfolgsrechnungen der Aktiengesellschaft. Daneben bewirtschaftet die Aktiengesellschaft nach wie vor die geringen Vermögensteile, die nicht zum Bahnbetriebsvermögen gehören.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Nach Mitteilung des Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft sind Jahresabschlüsse für die Zeit nach der Währungsreform zunächst nicht zu erwarten.

6. Kleinbahn Kassel-Naumburg AG. in Frankfurt/Main

Das Grundkapital der Gesellschaft wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 2 370 000 DM umgestellt. Im Eigentum des ehemaligen Landes Preußen befinden sich Aktien von nom. 60 000 DM.

Auch der Betrieb dieses Unternehmens ist nach Art. 41 HV in Gemeineigentum überführt (vgl. hierzu die Ausführungen zu lfd. Nr. 3 und 5).

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz der Gesellschaft auf Grund der nach § 112 RHO übersandten Unterlagen geprüft. Nach Mitteilung des Ministers für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft sind Jahresabschlüsse auch dieses Unternehmens für die Zeit nach der Währungsreform zunächst nicht zu erwarten.

7. Kur-AG., Bad Homburg

Das Grundkapital des Unternehmens wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 100 000 DM umgestellt. Im Eigentum des ehemaligen Landes Preußen befinden sich Aktien

von nom. 36 000 DM. Gegenstand des Unternehmens ist der Kur- und Badebetrieb in Bad Homburg v.d.H. nach dem mit der Stadtgemeinde Bad Homburg abgeschlossenen Nießbrauchvertrag vom 7. Juli 1924. Der Vertrag räumt der Gesellschaft für 99 Jahre den unentgeltlichen Nießbrauch an Gegenständen und Rechten ein, die z.Z. des Vertragsabschlusses zum Bereich der Kur- und Badeverwaltung gehörten, einschl. der Quellen und Brunnen, der Saalburgwirtschaft und des Hirschgartens. Da das Unternehmen auf Grund des Nießbrauchvertrages auch an den Erlösen der Spielbank Bad Homburg partizipiert, war die Geschäftsentwicklung nach der Währungsreform befriedigend.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war der Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann Hermann Praetorius, Frankfurt/Main-Höchst.

8. Nassauische Heimstätte GmbH., Frankfurt/Main

Das Stammkapital des Unternehmens wurde im Verhältnis 5:1 auf 800 782 DM umgestellt. Hiervon entfielen auf das ehemalige Land Preußen 400 000 DM. Inzwischen ist eine Kapitalerhöhung durchgeführt worden. Auf die Kapitalerhöhung hat das Land Hessen 600 000 DM eingezahlt (vgl. hierzu die Ausführungen zu der HEGEMAG, Darmstadt). Das Stammkapital beläuft sich nunmehr auf 2 717 972 DM.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war die Aktiengesellschaft für Wirtschaftsprüfung - Deutsche Baurevision - in Düsseldorf. Prüfungsunterlagen nach § 112 RHO für die auf die Währungsreform folgenden Geschäftsjahre sind dem Rechnungshof noch nicht zugegangen.

9. Nassauische Kleinbahn AG., Wiesbaden

Das Gründkapital der Gesellschaft wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 10:1,25 auf 250 000 DM umgestellt. Inzwischen wurde eine Kapitalerhöhung durchgeführt, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, dringende Investitionen vorzunehmen. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass die Bahn ihrer Betriebspflicht genügen und andererseits einigermaßen rentabel arbeiten kann. Vor allem soll der Personenverkehr auf dem

Schienenweg stillgelegt und auf den Omnibusbetrieb verlagert werden. Der Schienenweg wird dann nur noch dem Güterverkehr dienen. Die Kapitalerhöhung ist durchgeführt. Das Aktienkapital beträgt nunmehr 500 000 DM. Die neuen Aktien wurden wie folgt übernommen:

	<u>DM</u>
Bezirksverband Wiesbaden	117 600,-
Land Hessen	102 700,-
Kreis St. Goarshausen	18 800,-
Kreis Unterlahn	9 400,-
Privataktionäre	1 500,-
	<hr/>
	250 000,-
	=====

Im Eigentum des ehemaligen Landes Preußen befinden sich somit alte Aktien von nom. 68 750 DM, im Eigentum des Landes Hessen junge Aktien von nom. 102 700 DM.

Dem Art. 41 HV unterliegt das Unternehmen nicht, da sich ein erheblicher Teil der Bahnbetriebsanlagen im Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz befindet. Dieses Land konnte sich trotz des an dem Betrieb bestehenden Interesses infolge seiner finanziellen Notlage an der Kapitalaufstockung nicht beteiligen.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens und den Abschluß für das vereinigte Geschäftsjahr vom 21. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1949 nach Abschnitt IVa RHO geprüft. Sachverständiger Prüfer im Sinne des § 48 RHO war Wirtschaftsprüfer Dr. Karl Kaiser, Wiesbaden.

10. Reinhardtsquelle GmbH., Bad Wildungen in Bad Wildungen-West

Das Stammkapital des Unternehmens ist auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 230 000 DM umgestellt worden. Der Anteil des ehemaligen Landes Preußen am Stammkapital beläuft sich auf 128 750 DM, d.s. 56 %. Auch diese Beteiligung wurde bisher als Aktivum in der Bilanz des Staatsbades Bad Wildungen nachgewiesen. Hinsichtlich des Erwerbs der Beteiligung durch das Staatsbad gelten die Ausführungen unter der lfd. Nr. 1 (Königsquelle AG) entsprechend.

Zur Geschäftsentwicklung ist zu bemerken, dass sich der Ertrag aus dem Kur- und Badebetrieb im Gj. 1950 wesentlich erhöhte, während die Erträge aus dem Versandbetrieb zurückgingen. Der Versandbetrieb ist aber stets eine der wichtigsten

wirtschaftlichen Grundlagen dieses Unternehmens gewesen. Immerhin besteht der Eindruck, dass sich das Unternehmen nach anfänglichen Rückschlägen wieder erholen wird.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz der Gesellschaft und die Abschlüsse zum 31. Dezember 1949 und 31. Dezember 1950 nach Abschnitt IVa RHO geprüft.

11. Wiesbadener Autoverkehrs-Gesellschaft mbH. in Wiesbaden

Das Stammkapital der Gesellschaft wurde auf Grund des DM-Bilanzgesetzes im Verhältnis 1:1 auf 70 000 DM umgestellt. Davon haben in Händen

10 000 DM das ehemalige Land Preußen,
40 000 DM Stadt Wiesbaden,
10 000 DM Daimler-Benz AG., Stuttgart-Untertürkheim,
10 000 DM Vereinigte Waggonfabrik AG., Mainz-Mombach.

Das ehemalige Land Preußen hat die Beteiligung s.Z. erworben, weil die Gesellschaft früher die Linie Wiesbaden-Schlangenbad-Bad-Schwalbach befuhr. Die Gründe, die damals für den Erwerb und die Aufrechterhaltung der Beteiligung sprachen, sind, nachdem die Deutsche Post diese Linie übernommen hat,orgefallen.

Der Rechnungshof hat aus diesem Grunde davon abgeraten, dass sich das Land Hessen selbst an einer evtl. Kapitalerhöhung der Gesellschaft beteiligt. Die Geschäftslage hat sich verhältnismässig günstig gestaltet. Während der Verlust im Gj. 1949 31 669,71 DM betrug, belief er sich im Gj. 1950 auf noch 9 132,08 DM. Von den Abschreibungen in Höhe von rd. 125 000 DM wird das Unternehmen im Gj. 1951 voraussichtlich etwa 100 000 DM verdienen, die zur Abtragung der zur Neubeschaffung von Fahrzeugen aufgenommenen Darlehen verwendet werden sollen.

Der Rechnungshof hat die DM-Eröffnungsbilanz des Unternehmens und die Abschlüsse für die auf die Währungsreform folgenden Geschäftsjahre nach Abschnitt IVa RHO geprüft.

d) Beteiligungen des ehemaligen Deutschen Reichs

Die Beteiligungen des ehemaligen Deutschen Reichs an Unternehmen, die ihren Sitz oder den Mittelpunkt des Betriebes im Lande Hessen hatten, werden nunmehr vom Bund verwaltet. Wie bereits in dem vor-

hergegangenen Bericht nach § 107 Abs. 2 RHO erwähnt, hat sich der Rechnungshof der Prüfung dieser Beteiligungen auch bisher grundsätzlich enthalten.

Lediglich in Einzelfällen wurden Prüfungen durchgeführt, soweit sich hierzu im Zusammenhang mit anderen Prüfungen bei Beteiligungsunternehmen oder Verwaltungsstellen Anlaß ergab (z.B. Frankfurter Flughafen GmbH., Frankfurt/Main, Deutsche Bau- und Bodenbank AG., Frankfurt/Main, Rhein-Main Luftschiffhafen GmbH., Frankfurt/Main, Hessische Heimat, Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Kassel u.a.).

Darmstadt, den 21. Februar 1952

Rechnungshof des Landes Hessen

gez. Dr. Boll

gez. Dr. Grünewald

gez. Dr. Bausch

gez. Bornscheuer

gez. Wietzig

Anmerkung: Zwei Mitglieder des Rechnungshofs konnten wegen Erkrankung an der Beschlußfassung nicht teilnehmen.